Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.02, wo keine Post am Orte, Mk. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Insertionsgebühr beträgt für die einspaltige Colonelzeile oder deren Raum 25 Pfennige, für Arbeitsmarkt, Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige. Auswärtige Inserate 35 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141. Telephon Expedition 1206.

Nr. 18. Breslau, Sonnabend, den 21. Januar 1911 22. Jahrgang.

Wahlvorbereitungen.

Was Ihr im Landtage verbrochen habt, soll bei den Wahlen zum Reichstag gerochen werden! Unter dieser Devise werden die Kundgebungen stehen, die am kommenden Sonntag in ganz Preußen stattfinden und von denen allein 65 in der Provinz Schlesien angekündigt sind. Die Partei rüstet sich mit Macht für die Reichstagswahlen, nachdem die Organisationen gekräftigt und die Kassen gestärkt sind, gilt es, die großen Massen in der Erinnerung an Wahlrechtstäuschung und Wahlrechtsschmach aufzurütteln und die Kolonnen für den Kampf zu formieren. Gewarnt durch die Nachwahlen und deren überraschende Ergebnisse setzen sich aber auch die Gegner zur Wehr, und in der Erkenntnis, daß die Gefahr von links droht, sucht man sie durch allerhand Manöverkünste zu zerteilen. Allerdings geht es mit der Aufstellung der Arbeiterkandidaturen in den bürgerlichen Parteien nicht so glatt von statten, als die Drahtzieher und die christlichen Gewerkschaftler das fordern. Vor kurzem hatten die christlichen Arbeiter in München erklärt, sie wünschten außer dem Mandat des Abgeordneten Schirmer noch eine Anzahl anderer sicherer Sitze für die Zentrumsarbeiterschaft. Die Antwort auf diese Forderung ist bereits erfolgt: Im Wahlkreise Ingolstadt verschickte der Heimsche christliche Bauernverein ein streng vertrauliches Rundschreiben an seine Obmänner und fordert sie auf, als Gegenleistung für die Aufstellung eines Heimschen Bauern in einem anderen Wahlkreise für Ingolstadt den „Handwerkerführer“ Kommerzienrat (!) Nagler-München aufzustellen. In dem Zirkular heißt es, das werde allerdings einen großen Kampf kosten, „da Arbeiter und Ingolstädter Herren für sich eine eigene Kandidatur wollen“. Bei der Kandidatenaufstellung für den Wahlkreis Neunburg in der Oberpfalz aber haben die Zentrumsobmänner den bisherigen Abgeordneten Schirmer, den einzigen bayerischen Vertreter der christlichen Arbeiter im Reichstage, mit 40 gegen 175 Stimmen durchfallen lassen und dafür einen Justizbeamten aufgestellt. Ein christlicher Arbeiter, der seinem Aerger über Schirmers Durchfall in einer Zuschrift an unser Münchener Parteiorgan Luft machte, wird von dem klerikalen „Neuen Münchener Tageblatt“ ein rechter Kindskopf genannt, der da glaube, daß nur Arbeiter und Arbeitersekretäre die Arbeitergesetzgebung fördern könnten. Wenn also die Wünsche der katholischen Arbeiter schon im Westen und Süden so mißachtet werden, wie viel mehr bei uns im Osten, wo mehr als anderswo der Satz des Bischofs Henle gilt: „Knecht soll Knecht bleiben.“ Ein passendes Seitenstück zu dieser „Arbeiterfreundschaft“ bildet das Auftreten der Zentrumsvertreter in der Reichsversicherungskommission, wo allemal die bürgerlichen und adeligen Zentrumsabgeordneten ihre Kollegen aus dem Arbeiterstande niederstimmen helfen.

Auch in dem Zentrumskreise Mörs-Rees, der lange Jahre durch den bekannten Abgeordneten Fritzen vertreten war, ist es zu argen Differenzen gekommen. Satzungsgemäß haben über die Kandidatenfrage beide Kreise gemeinsam zu beschließen. Der Wahlausschuß des Kreises Rees ist aber von dieser Abmachung dadurch zurückgetreten, daß er in einer Versammlung den Beschluß faßte, den Abgeordneten Fritzen aufzufordern, von einer ferneren Kandidatur Abstand zu nehmen. In einer Vertrauensmänner-Versammlung des Kreises Mörs in Rheinberg wurde dann auch mitgeteilt, daß Abgeordneter Fritzen weder für den Reichstag, noch für den Landtag kandidieren werde. Die Vertreter drückten in einer Entschließung ihr schärfstes Mißfallen über das statutenwidrige Verhalten der Parteigenossen des anderen Kreises aus. Die ganze Sache könnte das Mandat ernstlich gefährden. Der Süden des Kreises Mörs ist stark industrialisiert, und sowohl Sozialdemokratie wie Liberalismus haben an dem Ausbau einer Organisation in den letzten Monaten gearbeitet.

Denselben Schwierigkeiten begegnen die liberalen Arbeiter. Eine Versammlung des „Liberalen Arbeitervereins“ in Leipzig beschloß, sowohl den Zentralvorstand der Fortschrittlichen Volkspartei, wie den Zentralvorstand der Nationalliberalen Partei zu ersuchen, dahin zu wirken, daß in günstigen Wahlkreisen liberale Arbeiterkandidaten aufgestellt werden. Einige Partien der Rede, die der bekannte Gewerkvereinsführer Erkelenz bei dieser Gelegenheit hielt, verdienen ein weiteres Interesse. Der Herr führte aus:

„Gemeinsam mit den liberalen Parteien wollen die nationalen Arbeiter am freiheitlichen Ausbau des Deutschen Reiches wirken, die liberalen Parteien müssen daher die nationalen Arbeiter als eine gleichberechtigte Masse in ihre Reihen aufnehmen. Die Schwierigkeiten der Durchsetzung von Arbeiterkandidaten ist namentlich darin begründet, daß die Mandate der Großstädte in den Händen der Sozialdemokratie liegen, und wenn irgendwie Aussichten auf die Wahl nationaler Arbeiter bestehen, dann kommen nur ländliche Wahlkreise in Betracht, die mit einer zahlreichen Industriearbeiterschaft durchsetzt sind. Die Zahl der wirklich tätigen und geeigneten Kandidaten ist nicht allzugroß und insbesondere scheitern Arbeiterkandidaturen an den „Heimatkandidaten“. Aber die nationalen Arbeiter müssen erkennen, daß sie keinen Geiger für die liberalen Kandidaten rühren würden, wenn nicht in einer Anzahl aussichtsreicher Wahlkreise nationale Arbeiterkandidaten aufgestellt werden. Unter den 3 Millionen liberaler Wähler befinden sich sicher 1½ Millionen Arbeiter — leider sind davon höchstens 5000 politisch organisiert, und solange dies nicht anders wird, darf man sich über die zurücksetzende Behandlung der liberalen Parteileitungen kaum beklagen. Aber der deutsche Liberalismus muß noch einmal den Versuch machen, die deutschen Arbeiter an seine Fahnen zu fesseln. Wenn man den Standpunkt vertreten wolle, daß es Prinzip der liberalen Anschauungen sei, Gruppenvertretungen nicht zulassen, so stehe dazu ja die Existenz des Bauern- und Hansabundes im Widerspruch.“

Diese gutgemeinte Anregung des fortschrittlichen Herrn Erkelenz hat nun eine eigenartige Beantwortung in der parteiamtlichen Nationalliberalen Korrespondenz für Sachsen gefunden. Diese teilt folgende Internas mit:

„Auch in Sachsen war die nationalliberale Partei um die Aufstellung von Arbeitern bemüht. Es war jedoch sehr schwierig, Arbeiterkandidaten zu finden, die imstande gewesen wären, über den Kreis ihrer nächsten Anhänger hinaus auf die überall sehr verschiedenartig zusammengesetzte Wählerschaft zu wirken. Die bürgerlichen Wähler sind wenig geneigt, sich wie die sozialdemokratischen Arbeiter einer Parteikandidatur zu fügen, nur weil sie Parteikandidatur ist. Sie wählen keinen Arbeiter, nur weil es ein Arbeiter ist, er muß als befähigter Mann ihr Vertrauen gewinnen. Also auf die Persönlichkeit kommt es an. Dieses Vertrauen wird ausbleiben, wenn der nationale Arbeiterkandidat über die Grenze, die ihn von der Sozialdemokratie scheidet, irgend welchen Zweifel läßt. Die nationalliberale Partei wird unter diesen Voraussetzungen der nationalen Arbeiterschaft bei der Aufstellung der Kandidaten entgegenkommen. Sie wird namentlich den Wahlkreisorganisationen, die nach den örtlichen Verhältnissen mit einer überwiegend starken Arbeiterschaft zu rechnen haben, empfehlen, nach zuverlässigen Männern Umschau zu halten, die selbst im Arbeiterstande stehen oder doch infolge ihrer Stellung und ihrer Gesinnung auf das besondere Vertrauen der Arbeiter Anspruch haben.“

Das Zugeständnis ist sehr interessant. Die Eignung, Befähigung und Opferbereitschaft der sozialdemokratischen Abgeordneten, die aus dem Arbeiterstande stammen, ist nie angezweifelt, aber schon oft bestätigt worden. Wenn man dagegen den Zweifel an der „Wirksamkeit“ der nationalliberalen Arbeiter ausspricht, so bestätigt man eigentlich, daß die Tüchtigsten aus dem Arbeiterstande eben zur Sozialdemokratie gehen! Das Zugeständnis ist beachtenswert, aber auch die ganze Entwickelung der Kandidatenfrage in den bürgerlichen Parteien fordert unser Interesse heraus.

Die christlichsoziale Partei in Bayern hat beschlossen, für die kommenden Reichstagswahlen von der Aufstellung eigener Kandidaten abzusehen und überall, wo sie organisiert ist und in Betracht kommt, die rechtsstehenden Kandidaten zu unterstützen. Das Häuflein Unglück der bayerischen Christlichsozialen hat auf ihren Sammelkandidaten Wengg stets nur eine lächerlich geringe Stimmenzahl vereinigt. Der Beschluß ist deshalb völlig bedeutungslos.

Den genau entgegengesetzten Standpunkt nehmen übrigens die Protestanten am Rhein ein. Die niederrheinische Gruppe des Evangelischen Bundes nahm eine Resolution an, nach der sich der Bund für keine Partei festlegt, aber vor jedem Bündnis mit dem Zentrum warnt und den Zusammenschluß aller Evangelischen unabhängig von den Parteien fordert.

Nationalliberale, Zentrum und Christlichsoziale haben im Reichstagswahlkreise Hagen-Schwelm ein gemeinsames Vorgehen bei den nächsten Reichstagswahlen beschlossen. Die drei Parteien treten unter der Bezeichnung „Vereinigte bürgerliche Parteien“ mit einem Aufruf an die Oeffentlichkeit, in dem die bürgerlichen Wähler zu gemeinsamem Vorgehen gegen die Sozialdemokratie aufgefordert werden. In Wirklichkeit muß allerdings erst der Freisinnige weggedrückt werden; es handelt sich bekanntlich um Eugen Richters alten Kreis, den jetzt Cuno vertritt. Als gemeinsamer Kandidat soll der nationalliberale Fabrikant Rudolf Springmann in Hagen aufgestellt werden. Die Genossen haben wieder den alten Kandidaten, König-Dortmund, aufgestellt, der bereits das letzte Mal in Stichwahl stand.

Zeitweise klingt ein ähnliches Echo aus dem freisinnigen Lager zu der Rechten hinüber. So ließ sich der sächsische freisinnige Abgeordnete Günther in München folgendermaßen aus:

„Nieder mit dem Block der Konservativen und Ultramontanen. Wir fürchten uns vor keinem Gewaltmittel, das uns in dieser Hinsicht zum Siege führen kann. Jede Angstmeierei liegt den Mitgliedern der Fortschrittlichen Volkspartei fern. Wer aus bloßer Furcht vor der Sozialdemokratie dazu verhilft, den erwähnten Block zu dem zu machen, was er ist, der handelt wie ein Soldat, der aus Angst vor dem Feinde sich vorher den Tod gibt.“

Warten wir ab, wie viel solcher freisinniger Selbstmorde doch wieder erfolgen werden. Die allgemeine Kompromisselei ist schon wieder im Gange. Der Fleischermeister Robelt in Magdeburg bleibt wegen seiner Verdienste um die Hebung der unfreiwilligen Komik im Reichstage bürgerlicher Sonnenkandidat für Magdeburg. Aber diesmal dürfte ihm unser Gegenkandidat, Genosse Rechtsanwalt Dr. Landsberg, zu seinen Fleischtöpfen zurückschicken. In Halle allerdings kam der Stichkandidat nur deshalb nicht zustande, weil die Liberalen den Konservativen die Tür wiesen.

Die Zahl der Flüchtlinge im Lager der Rechten wächst. Mandatsmüde ist gleich so vielen Junkern auch der konservative Abgeordnete v. Reutter auf Kanoten, der 1902 für Friedland-Rastenburg-Gerdauen unter dem Kampfesruf seiner Getreuen: „Auf, haut die Gegner auf die Pfoten — wir wählen Reutter auf Kanoten“, in den Reichstag einzog, aber hier in acht Jahren nicht ein einziges Mal gesprochen hat. Er hat mit Herrn Rother aus Ohlau um den Rekord der Schweigsamkeit konkurriert.

Fest auf den Fersen sind die schlesischen Nationalliberalen, die so lange nichts von sich hören ließen, jetzt auf einmal den Junkern. Nachdem sie in Militsch-Trebnitz den Rittergutspächter Schmidthals als Kandidaten aufgestellt haben, gehen sie im Wahlkreise Guhrau-Steinau-Wohlau als Wühler umher. Nach einer Versammlung in Dyhernfurt trat ihnen in Wohlau der sattsam bekannte Pastor Nitschke in der Diskussion entgegen. Der brave Kunde, der in den eigenen Versammlungen keine Diskussion zuläßt, kriecht doch in gegnerische Versammlungen. Man machte aber sehr kurzen Prozeß mit ihm und er schreit deshalb wegen der erlittenen Unbill.

Das eine steht nach alledem fest: Rings im Lande regen sich die Parteien! Auch die Genossen müssen auf dem Posten sein!

* * *

Im 2. sächsischen Reichstagswahlkreise Löbau-Ebersbach hat eine Kreisversammlung der Fortschrittlichen Volkspartei am Sonntag in Ebersbach einstimmig beschlossen, einen eigenen Kandidaten für die bevorstehende Reichstagswahl aufzustellen. 1907 wurde hier der nationalliberale Abgeordnete Weber mit 18.948 gegen 10.441 sozialdemokratische und 462 Zentrumsstimmen gewählt.

Der Bund der Landwirte beschloß in Kiel, den „Kieler Neuesten Nachrichten“ zufolge, bei der kommenden Reichstagswahl zum ersten Male im Wahlkreise Kiel-Neumünster einen eigenen Kandidaten aufzustellen. Auch will er in den Reichstagswahlkreisen Flensburg, Tondern-Husum, Ostholstein und Lauenburg besondere Kandidaten aufstellen.

Im [illegible] des sächsischen Wahlkreises Landsberg-Soldin stellen, wie gemeldet wird, Bürgermeister Lehmann-Landsberg als Reichstagskandidaten auf.

Im Wahlkreise Oberbarnim ist von der Fortschrittlichen Volkspartei der Generalsekretär des Verbandes mittlerer Postbeamten, Hubrich, als Kandidat aufgestellt worden.

In Osnabrück ist von den Nationalliberalen der Kupferschmied Gösmann als Kandidat aufgestellt worden; der Kandidat der Fortschrittlichen Volkspartei ist Graf Hoensbroech.

Die nationalliberale Partei des Wahlkreises Worms-Heppenheim hat den bisherigen Reichstagsabgeordneten Freiherrn von Heyl wieder aufgestellt.

In Annaberg im sächsischen Erzgebirge haben die Vertrauensmänner der nationalliberalen Partei und der Fortschrittlichen Volkspartei beschlossen, den bisherigen Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann als Kandidaten der liberalen Parteien aufzustellen.

Im Wahlkreise Zschopau-Marienberg dagegen wollen die Nationalliberalen geschlossen für den Kandidaten der Fortschrittlichen Volkspartei eintreten.

Dr. Appelius-Eisenach läßt erklären, er werde die Kandidatur für den Reichstag nicht wieder annehmen.

Die Reichstagskandidatur Dr. Böckels in Marburg ist nunmehr Tatsache. Die „Wahrheit“ veröffentlicht einen Aufruf an die deutsch-völkischen Kreise um Geld für die Kandidatur Dr. Böckels-Michendorf (Mark). Böckel habe sich zur Kandidatur entschlossen, um die demokratische Hochflut von Gerlachs einzudämmen, da alle bisherigen Gegenkandidaten Gerlachs aussichtslos seien. Allein Böckel könne ihm gegenüber etwas ausrichten. Damit stehen Gerlach schon 3 Kandidaten der Rechten entgegen.

In Hof haben die Liberalen und Fortschrittler den bisherigen Abgeordneten Dr. Goller wieder aufgestellt. Es dürfte ihm schwer fallen, sein Mandat gegen unseren Ansturm zu verteidigen.

Für Züllichau-Crossen ist als Kandidat der Fortschrittlichen Volkspartei Lehrer Bruckhoff-Guben aufgestellt worden. Den Kreis hatte der Reichsparteiler Schlüter das letzte Mal nur mit ganz geringer Majorität gegen Fortschrittler und Sozialdemokraten.

Politische Uebersicht.

Hurra, die Landräte!

Das auffallende Fernbleiben des jüngsten Ritters des Schwarzen Adlerordens, des langen Ehrendoktors und Philosophen honoris causa von den Sitzungen des Dreiklassenhauses scheint nicht bloß mit der Tageseinteilung des Oberhofmeisteramtes zusammenzuhängen. Manchem maßgebenden Junker dürfte sogar der Herr von Bethmann-Hollweg noch zu wenig reaktionär vorgekommen sein und deshalb hat man dem Herrn von Dallwitz die ausschließliche Vertretung der Regierungspolitik vor dem preußischen Landtag überlassen. Am Donnerstag verhandelte das Abgeordnetenhaus die Landratsinterpellation der Freisinnigen. Der Stettiner Volksparteiler Dr. Lippmann begründete sie in mehr als zweistündiger Rede. Der Ton dieser Rede war keineswegs aufreizend, und wenn sie dennoch auf die Zuhörer, die die Tribünen dicht gedrängt füllten, den aufregenden Effekt machte, den sie auch draußen im Lande hervorrufen wird, so liegt das daran, daß Herr Lippmann eben eine Aufzählung von landrätlichen Amtshandlungen vortrug, die länger [illegible] darum nicht entfernt, als sonst in einer Zeitungsnummer oder in einer Versammlungsrede [illegible]

kann. Die Arbeiter in Preußen wissen zur Genüge, wie es um diese Amtsführung bestellt ist. Sie empfinden das in ihrem gesetzlichem Kampfe um mehr Recht als Bürger, um besseren Lohn als Arbeiter, um kürzere Arbeitszeit als Familienväter, um unverfälschte Bildung als geistig regsame Menschen alltäglich, und es braucht an dieser Stelle kein Wort weiter über die innere Verwaltung Preußens gesagt zu werden. Für die Liberalen haben ja besonders die Landräte von Lyck-Oletzko, Greifswald-Grimmen und Labiau-Wehlau in der letzten Zeit Material zur Erkenntnis preußischer Eigenart beigebracht. Dieser Herren und auch des so rasch berühmt gewordenen Landrats Schröder gedachte Dr. Lippmann unter häufiger Bewegung und vielem Beifall seiner Parteifreunde. Die Rechte blieb in der gleichmütigen Ruhe des Drachen Fafner: „Ich lieg' und besitz'!" Nur als Dr. Lippmann das gleiche Staatsbürgerrecht, das jetzt sogar schon die Liberalen als Kampfesforderung aufstellen können, auch für die Sozialdemokratie verlangte, erscholl das höhnische Lachen. Nach dem, was sich Minister von Dallwitz in den letzten Tagen geleistet hat, ist es nur konsequent von ihm, wenn er absolut nicht den mindesten Grund finden kann, mit den Landräten selbst ostpreußischer Couleur unzufrieden zu sein. Ach wo! Das Gesetz, das Rechtsbewußtsein und das Rechtsbedürfnis des Volkes kann in gar keinen besseren Händen sein, als in denen der Herren, wie man sie ab und zu einmal aus einem Landratsprozeß kennen lernt. Den Vogel, wir wissen allerdings nicht welcher Klasse, schoß der Polizeiminister ab, als er den armen Landrat von Maltzahn beklagte, der das Opfer der Verfolgungen des Rittergutsbesitzers Becker-Barthmannshagen sei. Hier mischte sich in den Beifall der Maltzähne das Gelächter der Linken. Im Dreiklassenhause kann die Opposition kaum anders ihrem von Bitterkeit erfülltem Herzen Luft machen. Aber **bei den Reichstagswahlen** wird nicht gelacht werden, und da wird auch kein Minister schmunzeln. Da werden die „Untertanen" der Landräte antworten, und wenn die Landräte noch weiter, gestärkt durch die Aufmunterung ihres obersten Chefs, dazu beitragen wollen, daß auch ein großer Teil des Bürgertums in diese Antwort einstimmt — uns kann es recht sein! Nach einer Provokationsrede des Konservativen von Hennings wurde die Debatte auf Freitag vertagt; auch die Winzerinterpellation steht auf der Tagesordnung.

Reichsverband und Reichstagswahlkampf.

Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie hielt Montag und Dienstag in Berlin seine Vertreter-Versammlung ab, die nach reichsverbändlerischer Versicherung doppelt so stark besucht war, wie die vorangegangene. Zahlenmäßige Angaben zu machen, hütet man sich. Die Referenten **von Liebert** und **Hagemann** behandelten die kommenden Reichstagswahlen. Die Referenten verkannten nicht, daß ihnen diesmal die Ausübung ihres Handwerks etwas erschwert werden wird, aber die Reichsverbändler wollen trotzdem alles anwenden, um ein bisher noch nie dagewesenes Zerrbild von der Sozialdemokratie fertig zu bekommen. Besonderes Gewicht will die Liebert-Garde auf die Ausschlachtung der Verhandlungen des Magdeburger Parteitages und auf die Reichstagsrede Ledebours über die Republik legen. Ueber das taktische Verhalten der Reichsverbändler sind folgende Grundsätze aufgestellt worden:

1. „Schon bei der Hauptwahl diejenigen aufs tatkräftigste zu unterstützen, die als einzige bürgerliche Kandidaten der Sozialdemokratie gegenüberstehen;
2. ebenfalls schon in der Hauptwahl denjenigen Kandidaten seine Unterstützung gewähren, die bereit sind, sich zu verpflichten, ihre Wähler in einer unzweideutigen Erklärung des in der Stichwahl verbleibenden bürgerlichen Kandidaten aufzufordern;
3. in der Stichwahl zwischen einem bürgerlichen Kandidaten und Sozialdemokraten jenem Wahlhilfe zu leisten; sollte eine bürgerliche Partei ein offizielles Wahlbündnis mit der Sozialdemokratie eingehen, dann wird der Reichsverband
4. den Kandidaten einer solchen Partei in dem betreffenden Wahlkreise ebenso bekämpfen, wie einen Sozialdemokraten."

Die ganze ungeheuerliche Ueberhebung der Reichsverbandssippe kommt darin wieder einmal zum Ausdruck. Die bürgerlichen Parteien, die der Gründung dieses Verbandes, der nur in den berüchtigten „Echt-Russen" seinesgleichen hat, sympathisch gegenüberstanden, werden heute zum Teil schon einsehen, welche Rute sie sich auf den Buckel gebunden haben. Der Reichsverband befiehlt, und die bürgerlichen Parteien haben zu gehorchen. Wollen sie nach eigenem Ermessen handeln, dann setzen sie sich der Gefahr aus, mit Reichsverbandsschlamm beworfen zu werden. Der Reichsverband besorgt unter dem Deckmantel der Bekämpfung der Sozialdemokratie lediglich die Geschäfte der verbissensten und verbohrtesten Reaktion. Die Flucht der Beamten aus dem Reichsverband ist ein Beweis dafür, wie man in Kreisen, die sich ein gewisses Maß politischen Anstandes bewahrt haben, über diese Organisation denkt. Ihre ganze Kraft werden die Reichsverbändler darauf konzentrieren, den Häuptlingen des Reichsverbandes, Liebert und Hagemann, ihre sehr gefährdeten Reichstagsmandate zu sichern, ein Beginnen, das freilich ziemlich aussichtslos erscheint. v. Liebert vertritt den Wahlkreis Borna, wo ihm die Liberalen einen eigenen Kandidaten entgegenstellen, wodurch Liebert aus der Stichwahl verdrängt werden dürfte. Hagemann vertritt Erfurt, das keineswegs als sicherer nationalliberaler Besitz angesehen werden kann. Die Sozialdemokratie wird dem kommenden Reichsverbandsfeldzug mit kühler Gelassenheit entgegensehen können.

Der verleugnete schwarz-blaue Block. In einer Notiz über die bevorstehende Reichstagsersatzwahl im Kreise Immenstadt-Lindau leistet sich die „Kreuzzeitung" in ihrem Zorn über die liberale Wahlparole: „Auf, Ihr Liberalen, ohne Unterschied der Färbung, gegen den schwarz-blauen Block, den Bund der Junker und des Zentrums!" den allerdings nicht mehr ganz neuen Scherz, den Fuselblock zu verleugnen. Mit der Miene tief gekränkter Unschuld schreibt das Blatt:

„Ehrliche Männer würden sich schämen, auch jetzt noch, nachdem das Gegenteil bündig erwiesen ist, von einem Bunde der Junker und des Zentrums und davon zu sprechen, daß Junkertum und Zentrum miteinander die Herrschaft führen. Aber wo ist das Schamgefühl der Liberalen geblieben? Sie hetzen und verdächtigen darauf los. Und wenn sie rot und immer röter werden, so ist das nicht Schamröte, sondern der Widerschein von links her, wo die „Genossen" schon vor den geöffneten Scheuern stehen, um die aus der liberalen Aussaat ihnen zugewachsene Ernte einzuheimsen."

Viel interessanter wäre die Antwort auf die Frage, wo das Schamgefühl der Konservativen geblieben ist, daß sie mit so eiserner Stirn ihr eigenstes Werk, den Schnapsblock, verleugnen.

Der Aufstand der Standesherren. Das Wertzuwachssteuergesetz läßt in seinem § 56 neben den Landesfürsten auch den hohen Adel, die sogenannten depossedierten Familien, letztere mit einer geringen Beschränkung, steuerfrei. Das paßt den deutschen Standesherren nicht; sie erblicken darin den Ausdruck einer Rechtsungleichheit und erheben durch ihre Organisation beim Reichstage nachdrücklichst Protest.

Die Protesterheber sind in dem „Verein der deutschen Standesherren" organisiert, ihr Vorsitzender ist der **Fürst zu Stolberg-Wernigerode.** Der Protest wendet sich gegen die Bevorzugung der Depossedierten vor den Standesherren, denn der ganze Unterschied bestehe nur darin, daß die Standesherren 60 Jahre früher als die Depossedierten ihre Souveränität verloren hätten. Die Standesherren verlangen, daß die Steuerfreiheit der Depossedierten beseitigt werde. Weil sie aber wissen, daß die bürgerliche Mehrheit des Reichstages nicht dafür zu haben ist, und weil sie wohl auch nicht in den unerhörten Verdacht kommen wollen, sich etwa gar zum Steuerzahlen zu drängen, haben sie ihrem bereits erwähnten Antrag noch einen Eventualantrag angefügt. In diesem Antrage verlangen sie auch für sich **Steuerfreiheit,** wenn sie den Depossedierten gewährt werde.

Das scheint den deutschen Standesherren die Hauptsache zu sein. Das Verlangen selbst ist freilich ein starkes Stück. Wie käme das Reich dazu, einer bestimmten Kaste steuerliche Vorrechte einzuräumen, nur deshalb, weil deren Vorfahren vor mehr denn 100 Jahren über Staaten „regiert" haben, die oft kaum dem Umfang einer Kleinstadt gleich kamen! Wir verlangen, daß nicht nur die Depossedierten, sondern auch die Landesfürsten zu allen Steuern herangezogen werden. Der Versuch der sogenannten Standesherren, für sich ein Vorrecht herauszuschlagen, verdient als Zeichen der Zeit festgenagelt zu werden.

„Wenn das am grünen Holz geschieht?" Minister v. Dallwitz, der einstige Kanalrebell, hat den ulkigen Versuch gemacht, zu beweisen, daß in Preußen bei der Auswahl der höheren Verwaltungsbeamten parteipolitische Erwägungen garnicht in Frage kommen können. Ueber dieses Unterfangen macht sich selbst die nationalliberale „Magdeburgische Zeitung" lustig und was das bedeutet, begreift man erst, wenn man bedenkt, daß die „Magdeburgische Zeitung" dem Herrn v. **Heydebrand** eigentlich näher steht, als dem Herrn Bassermann. Mit wirklich gelungenem Hohn weist dieses Blatt darauf hin, daß Anwärter auf die höhere Beamtenlaufbahn, die nicht „Borussen" sind, stets nur als „Außenseiter" angesehen werden können.

„Welche Schwierigkeiten schafft es schon — mancher in die Reichsverwaltung übernommene Prädikatsassessor weiß ein Lied davon zu singen — bis ihm, der zufällig in einem **keinem besseren Korps aktiv** war und dem keine stolze Ahnenreihe noch aus dem Jenseits die Hand hilfreich herüberstreckt, die Würde eines königlich preußischen Regierungsassessors verliehen wird. Vielfach bedarf es starker Schwüre des betreffenden Reichsamtes, daß es beim „Charaktermajor" sein Bewenden haben solle; daß man mit einer dauernden Beschäftigung des jungen Herrn im Reichsdienst rechne und **keinesfalls** die **preußische** Verwaltung je für ihn zu sorgen haben werde, um das Plazet des hochmögenden Personaliendezernenten im Ministerium des Innern zu erwirken."

Die Reichsämter werden von der preußischen Bureaukratie überhaupt nicht für „voll" angesehen, denn erstens haben sie keine Tradition und zweitens stößt man dort auf Leute, die aus den einzelnen Bundesstaaten gekommen sind und die eine maßgebende Stelle nie für würdig erachtet hätte, in der innerpreußischen Verwaltung angestellt zu werden. Sie bleibt vorläufig eine Domäne der **näselnden** oder **schnarrenden** Abkömmlinge des Junkertums, das aber nicht nur in der Verwaltung, sondern auch im Heere Anspruch auf die höheren, gut bezahlten Stellen erhebt.

Reichsversicherungsordnung. Am Donnerstag führte die Beratung der Krankenversicherung in der Kommission zur Aussetzung wichtiger Kapitel; auf Antrag des Zentrums wurden die Paragraphen über die Anstellung der Beamten, die Anstellungsverträge der Angestellten und der Arztvertrag zurückgestellt. Unsere Genossen sprachen sich sehr entschieden gegen die Verschleppung der Sache aus. Genosse Schmidt wandte ein, man müsse sich doch über solche wichtige Fragen klar sein und sie auch zur Entscheidung bringen. Die Zurückstellung der Entscheidung lasse das Zustandekommen des Gesetzes immer mehr zweifelhaft erscheinen. Bleibe aber die Regierung auf ihrem ablehnenden Standpunkte, Dritteilung der Beiträge, und sei auch die Majorität in der Kommission in ihrer Beschlußfassung durch Entscheidung der Fraktionen gebunden, so frage es sich, ob nicht die viele Arbeit unnötig getan sei, und man könnte sich die weitere Mühe sparen. — Die Kommission entschied indes für die Vertagung der Kapitel. Nach der Erklärung Hitzes will man Zeit gewinnen, vielleicht sei noch eine Verständigung möglich.

Es wird dann in die Beratung der Bestimmungen für die Landarbeiter eingetreten. Die Konservativen und Nationalliberalen versuchen wieder, die Landarbeiter der Versicherungspflicht unter der Voraussetzung zu entziehen, daß der Unternehmer die Kassenleistung aus eigenen Mitteln übernimmt. Von unseren Genossen und auch von anderer Seite wird hervorgehoben, daß die Großgrundbesitzer von diesem Rechte Gebrauch machen würden. Die Folge wäre, daß die Landkrankenkassen die leistungsfähigsten Beitragszahler verlieren und die Landkrankenkassen dadurch schwer gefährdet werden, da dann die kleinen Besitzer die Lasten tragen müßten. Selbst der Konservative Doerksen wendet sich aus gleichen Gründen gegen den Antrag, für den nur die Antragsteller stimmen, ohne ihm zur Annahme verhelfen zu können.

Weiter bemühten sich die Konservativen, das Krankengeld für die Landarbeiter im Winter zu ermäßigen. Dieser Versuch zur Schädigung der Landarbeiter fand selbst bei den Nationalliberalen keine Unterstützung, sodaß der Antrag mit großer Majorität abgelehnt wurde.

Die Hexe vom Triesnerberg.

Eine Erzählung aus Liechtensteins dunklen Tagen
von **Marianne Maidorf.**

4] (Nachdruck verboten.)

Gretli setzte das Reis ab und betrat den kleinen Raum, aus dessen Halbdunkel das Leuchten des ewigen Lichtleins geheimnisvoll hervordrang. Gretli kniete nieder und betete andächtig für die Seelenruhe der Mutter. Ihr Blick blieb wie so oft schon auch diesmal an dem alten Gemälde haften, das eine Hauptzierde des Kirchleins war und auch bis auf den heutigen Tag noch wohlerhalten ist. Es stellt den hl. Theodul, den ersten Bischof von Wallis, mit dem eine Glocke tragenden Teufel dar. Nach alter Sage soll der Bischof, der von dem Papste eine Glocke erhalten hatte, aber nicht wußte, wie er sie aus Italien über die Alpen nach dem Wallis befördern sollte, den Teufel gezwungen haben, sie auf den Schultern nach ihrem Bestimmungsort zu schaffen.

„St. Joder, bitt für uns! St. Joder, bewahre uns vor dem Bösen!"

Aus dem geheimnisvollen Halbdunkel der Kirche trat Gretli nun wieder heraus auf die Matte und schritt nun rüstig bergan. Kein Mensch war zu erblicken weit und breit. Schmal war der Fußpfad, der höher und höher auf die Alpe führte; die tauschweren Grashalme netzten die Schuhe des Mädchens. Der heisere Schrei der Raben durchdrang die Luft; scheue Schneehühner erhoben sich flatternd, aufgescheucht durch die hallenden Fußtritte, und umkreisten das Haupt des Mädchens. Auch huschte flink und scheu etwas unter ihren Füßen fort; war es ein Murmeltier, ein Junghase oder gar der Fuchs, der listige, schlaue? Gretli hatte das leichtfüßige, sich eiligst entfernende Tier nicht erkannt; sie lachte einmal herzhaft zu ihrer eigenen Beruhigung auf, als sie ein wenig Furcht beschleichen wollte.

Am Rain leuchtete es rot aus dem welken Grün; ein paar überreife Heidelbeeren waren es.

Gretli bückte sich und pflückte die kleinen Dinger mitsamt den grünen Zweiglein. Liebkosend glitten ihre Finger über das Sträußchen, das sie dann in das Mieder steckte.

„Seid ihr vergessen, ihr Beerlein, haben die Kinder euch nicht gefunden?"

Auch Gretli war früher mit den Triesnerberger Kindern zum Beerensuchen auf die sonnigen Halden der Alpen gegangen; denn die Alpe bietet ihre köstlichen Schätze in so reicher Fülle, daß es für die Kinder eine Lust ist, sie zu suchen und zu pflücken. [illegible] die Kinder auf die Berge [illegible] sie [illegible] selbst haben. Es [illegible] sie eigentlich immer von den andern Kindern beschämt worden war, denn ihr Geschirrchen hatte immer nur wenig Inhalt gezeigt.

Sie lächelte.

Ja, sie hatte lieber auf dem moosigen Waldboden gelegen und geträumt mit offnen Augen, wenn die andern Kinder fleißig Beeren sammelten. Wie wunderbar schön war das aber auch gewesen! Sie lag auf dem Moosboden und sah dem Gekrabbel der Käfer zu, bewunderte die buntfarbige Raupe, die sich dort langsam auf dem Blatt fortbewegte; durch die hohen Föhren und Lärchen drang ein Stückchen Himmelsblau; meinte man nicht, dort geradeswegs in den Himmel zu schauen?

Am liebsten aber lag sie in den Wiesen. Welch eine Fülle an Schönheit und Pracht bietet eine Alpenwiese! Da blüht und duftet es, da schillert und funkelt es in den hundertfachen Farben, in allen Größen, in allen Formen. Wer zur Sommerszeit eine blühende Alpenwiese betritt, der bricht in einen Freudenruf aus; seine Augen können sich nicht satt sehen an der Farbenpracht der herrlichen Blumen; seine Hände möchten immerfort greifen und pflücken! Dann bemerkt er hier eine köstliche Blüte, die er noch nie zu sehen vermeint hat, dann dort ein seltenes Hälmchen oder Blümchen; und wer sich ein wenig Sinn für die Natur bewahrt hat, der bricht immer wieder in neue Jubellaute des Entzückens aus.

Gretli liebte die Blumenwiesen über alles. Da hinten auf Silum, dort, wo die niedrigen Heuställe stehen mit ihren überhängenden Holzdächern, die zum Schutz und Trutz gegen den rauhen Sturmwind mit großen Steinblöcken beschwert sind, da war eine solche, die ihresgleichen nicht zum zweitenmal aufzuweisen hatte. Die liebte Gretli fast mehr als ihr Leben. Große Sträuße, daß die kleinen Hände sie kaum zu fassen vermochten, hatte sie heimgebracht und die Stube der Bäuerin damit geschmückt. Anna Stäg schüttelte wohl verwundert den Kopf darüber; denn wer hätte wohl jemals am Triesnerberg daran gedacht, von der Alpe Blumen heimzuschleppen und die Stube damit zu schmücken? Höchstens brachte man dem Bildstock oben am Wege, der nach Bargella führte, oder jenem, der am Weg nach Sücca stand, einen Strauß. Aber auch den Bildstock schmückte Gretli getreulich.

Im langsamen Aufstieg verflogen die Stunden. Der Himmel war ein wenig klarer geworden; die Nebelmassen hatten sich geteilt, ein freier Ausblick auf die Schweizer Berge wurde möglich. Der Alvier grüßte herüber, weiter rechts der Altmann; selbst der gewaltige Kopf des Säntis tauchte für einen Augenblick aus dem Nebelmeer hervor. [illegible] und der Schnee würde alles [illegible] in die Täler des Rheins einhüllen. Grau, düster hingen die Zacken der Drei Schwestern über, als wenn sie die grünen Matten zu ihren Füßen fortwährend bedrohen wollten. Gretli starrte gern zu dieser Felsenwildnis empor; im Sommer hatte sie mit dem Alois die hochragenden Spitzen erklettert und von dort Ausblick gehalten. Das Herrliche, was sie da geschaut hatte, das vergißt sie in ihrem ganzen Leben nicht; sie hatte ja nie geahnt, daß die Welt so weit, so schön sein könne.

Es war an einem herrlichen klaren Tage, als sie mit ihrem treuen Führer Alois den mühsamen Aufstieg über Schutt und Geröll unternommen hatte. Als die erste Spitze erreicht war, schaute man in ein wildes Tal, durch das die Samina rauschte; die ganze Halde abwärts aber war mit Alpenrosen bewachsen, deren prachtvolles Rot über dem Grün der Sträucher leuchtete und glühte. Und ein Bergkopf nach dem andern tauchte auf. Gretli schaute und schaute; doch der Alois drängte vorwärts. Das Schönste käme ja noch. Dann ging es weiter über den Grat; ein Glück war es, daß Gretli schwindelfrei war. Aber sie schritt so ruhig und sicher, wußte sie sich doch bei Alois in guter Hut. Dann war die Spitze erreicht, und dann ging das Schauen erst recht an! Drüben im Schweizerland grüßten die Bergriesen herüber, der Altmann, der Säntis, der Alvier, der Sardonagletscher, der Piz Sol, der Calanda, der Falknis; und die Tiroler Berge winkten, und in der Ferne tauchte eine weite, weite, blaue Fläche auf, der Bodensee, an seinen Ufern stattliche Dörfer und Burgen. Die beiden einsamen Menschenkinder auf der Bergeshöhe waren versunken in dem herrlichen Anblick; der Alois erklärte alles, denn er wußte gar gründlich Bescheid.

„Siehst du dort hinten Feldkirch, Gretli? Da wimmelt es wieder von fremden Soldaten, wie einer aus Triesen berichtet hat. Wehe den unglücklichen Dörfern am Rhein, wenn sie wieder ihren Durchzug nehmen! Siehst du den schmalen Silberstreifen, den Rhein, der so ruhig und still das Tal durchzieht? Man sollte nicht denken, daß er ein solch wilder Geselle werden könne, der das ganze Land mit seinem Wasser verwüstet. Aber das kommt, wenn der Schnee schmilzt; wenn die Rüfe das viele Wasser nicht fassen können und diese sich wildschäumend zu Tal stürzen. Das braust und tost im wilden Tobel der Lavena; es ist grausig schön anzusehen. Gretli, wenn wieder im Frühjahr das Wasser stürzt, dann gehen wir zusammen zur Lavenaschlucht; du sollst es auch sehen, wie grausig schön es ist. Aber Furcht darfst du nicht haben, und wenn du selbst glaubst, daß du bei dem Getöse und Gebrause taub werden würdest." — —

„Juhu, juhu, juhu!"

Die Felsen brachten das Echo zurück.

Gretli [illegible] empor, die Augen mit der Hand beschattend. Das war ja ein Willkommensgruß für sie. Da sah sie eine menschliche Gestalt hoch oben auf dem Kopf des [illegible]

(Fortsetzung folgt.)

Der Reichstag setzte im Schneckentempo am Donnerstag die zweite Lesung der Reichswertzuwachssteuer fort. Man erledigte ungefähr ein Dutzend Paragraphen. Augenscheinlich sind die meisten Abgeordneten mit der in der Tat außerordentlich schwierigen Materie wenig vertraut und der Freisinnige Potthoff, nebenbei gesagt einer der wenigen Fortschrittler, die es ernst mit einer wirklichen Zuwachssteuer zu nehmen scheinen, hatte garnicht so unrecht, als er ausrief: Das ist ja gar keine Plenarberatung, sondern eine vierte Kommissionsberatung. Das Haus war zu Beginn der Sitzung ganz außerordentlich schwach besetzt; nachher aber sorgten die Verschlechterer und Verwässerer, die sich so ziemlich auf alle bürgerlichen Parteien verteilten, für ein beschlußfähiges Haus, mit dessen Hilfe sie, wenn auch mit geringer Mehrheit und einmal nur auf dem Wegen des Hammelsprungs, weitere und zwar nicht unwichtige Durchlöcherungen des Gesetzes durchsetzten. Daß nicht alle Verwässerungsanträge durchgesetzt wurden und daß überhaupt etwas übrig blieb, lag eigentlich nur daran, daß die hausagrarischen Anträge der Liberalen von Sozialdemokraten, Zentrum und der Rechten, die Anträge der Landagrarier wenigstens bisweilen von den Sozialdemokraten und Liberalen und einem Teil des Zentrums und der Rechten abgelehnt wurden. Wenn sich aber Land- und Stadtagrarier fanden, dann half alles Händeringen Wermuths nicht, und neue Ausnahmen wurden beschlossen, deren schließlicher Erfolg der sein wird, daß den Kommunen viel genommen und dem Reiche wenig gegeben wird. Der Fortschrittler Cuno, der bisweilen den Agrariern scharf entgegentrat, dann aber seinerseits auch wieder Verschlechterungsanträge verfocht, sagte dies Resultat mit Recht voraus. Von unserer Seite kämpften die Genossen Böhle, Binder, Zietsch und Südekum gegen die Verwandlung eines modern gedachten Steuergesetzes in ein agrarisches Klassengesetz. Am Freitag will man unter allen Umständen mit dem Gesetz fertig werden.

Die Kraetke-Reform. In diesen Tagen sollte die Telephongebühren-Ordnung im Reichstage zur zweiten Lesung gelangen. Der Wechselbalg wird demnächst auch auf der Tagesordnung erscheinen. Aus der Debatte darüber wird aber wohl nichts werden; den Machern graut vor ihrem eigenen Werke. Die vom schwarz-blauen Block gefaßten Kommissionsbeschlüsse haben mit Recht den lebhaftesten Protest der Handels- und Industriekreise geweckt, denen das unentbehrliche Verkehrsmittel verteuert werden soll. Es ist deshalb von der Seite, die sich um das Zustandekommen der Kommissionsbeschlüsse am eifrigsten bemüht hat, am Donnerstag Nachmittag in einer zwanglosen Besprechung von Abgeordneten, die an der Beratung des Gesetzes teilgenommen haben, empfohlen worden, die Zurückverweisung des Gesetzentwurfes an die Budgetkommission zu beantragen. Ein solcher Antrag soll von allen Parteien unterzeichnet werden. Man hat eingesehen, daß die Kommissionsbeschlüsse in wesentlichen Teilen nicht aufrecht erhalten werden können. Was nun aus der Gebührenordnung wird, läßt sich nicht sagen. Die Zurückverweisung an die Kommission kann zu einem sang- und klanglosen Begräbnis werden. Die Budgetkommission wird vor Ostern kaum zu einer erneuten Beratung gelangen, die sich sehr eingehend gestalten muß, da feststeht, daß die Postverwaltung falsche Angaben gemacht hat. Ob sich nach Ostern im Plenum des Reichstages noch Zeit finden wird, dieses Gesetz zu beraten, erscheint recht zweifelhaft.

Wie im Reichsamte des Innern gearbeitet wird. Am Mittwoch beschäftigte sich die Budgetkommission des Reichstags von neuem mit der teuren Schreibarbeit im Reichsamt des Innern und dem dort üblichen Nebenstundenwesen bei der sogenannten Hausarbeit. Nach einer Darstellung des Unterstaatssekretärs Richter sollen sich die Kanzleibeamten während ihrer siebenstündigen Bureauarbeit geradezu überarbeiten; der Dienst soll so anstrengend sein, daß die Armen frühzeitig pensioniert werden müssen. Von einem Streik im vorigen Jahre könne keine Rede sein. Die Stunde Schreibarbeit koste allerdings 2 Mark (!) und der Bogen durchschnittlich 2,70 Mark. (!) Die Hausarbeit sei nicht zu umgehen und müsse gut bezahlt werden. Schließlich mußte der Unterstaatssekretär aber zugeben, daß die Beamten infolge der Hausarbeit nicht immer voll leistungsfähig seien. Staatssekretär Delbrück gab zu, daß die Beamten Hausarbeit zu den neuen Bedingungen nicht mehr leisten wollten, sich aber schließlich gefügt hätten. Schatzsekretär Wermuth hält das Kanzleiwesen für reformfähig und meint auch, es könne mehr gearbeitet werden. Im Statistischen Amt werden durchschnittlich 12,8 Bogen geschrieben, bei manchen anderen Behörden nur 7 bis 8. Es wurde ferner auf die ungünstigen Urteile des früheren Staatssekretärs Dernburg über die Tätigkeit und Leistungsfähigkeit der Kanzleibeamten hingewiesen. Auch Staatssekretär Delbrück gab zu, daß Maschinenschreiberinnen ganz anders leistungsfähig als die Militäranwärter seien, die übernommen werden müßten. Von sozialdemokratischer Seite wurde festgestellt, daß selbst nach den Angaben der Regierung lange Jahre hindurch schwere Mißstände bestanden haben und die Beamten ein völlig ungenügendes Arbeitsquantum leisteten. Die Militäranwärter seien in der Regel wegen ihrer Vorbildung für Bureaudienste nur wenig geeignet. Es müsse auch Auskunft darüber gegeben werden, ob es wahr sei, daß von einem höheren Beamten im Reichsamt des Innern den Beamten im Patentamt Ratschläge zur Durchführung der „passiven Resistenz" gegeben worden seien. Von nationalliberaler Seite werden Vergleiche der Leistungsfähigkeit und Bezahlung der Bureaubeamten in den Reichs- und Privatbetrieben angestellt; es wird nachgewiesen, daß der Privatbetrieb billiger und prompter arbeite. Auch der Leiter der Reichsdruckerei hat Abgeordneten erklärt, daß er Maschinenschreiberinnen angestellten Beamten vorziehe. Festgestellt wurde auch, daß für besondere quantitative Leistungen innerhalb der siebenstündigen Bureauarbeit nicht selten noch Extraentschädigungen gezahlt werden. Ein Abgeordneter meinte, die Beamten seien stets mit großem Eifer bestrebt, zu ihren hohen Gehältern fortwährend noch Extraentschädigungen herauszuschlagen. Ein Antrag, prozentual eine Anzahl von Kanzleibeamtenstellen zu streichen, wurde einstimmig angenommen.

Die meisten Steuern zahlt in Berlin eine Aktiengesellschaft. Sie ist zur Staatseinkommensteuer mit einem Steuersatz von 719.600 Mk. veranlagt, was einem Einkommen von 18 Millionen Mark das Jahr entspricht. Dann kommen eine Gesellschaft mit 587.400 Mk. Staatseinkommensteuer, eine mit 378.600 Mark, eine mit 247.400 Mk., eine mit 230.800 Mk., eine mit 219.600 Mk., eine mit 215.400 Mk., eine mit 207.600 Mk., eine mit 185.000 Mk. Von den Gesellschaften mit beschränkter Haftung zahlt die höchstbesteuerte von einem Einkommen von 8.184.000 Mk. 368.200 Mk. Staatseinkommensteuer. Die Gesellschaft steht allein da, denn die nächst höchstbesteuerte zahlt „nur" 90.820 Mk. Staatseinkommensteuer. Alle Berliner Steuerzahler reichen aber nicht an die schlesischen Granden heran.

Die Widerspenstigen. Den Modernisteneid sollen nach der „Neckarztg." zwölf katholische Geistliche in Württemberg, ferner noch vier Tübinger Universitätsprofessoren und zwei Repetenten am Tübinger Konvikt verweigert haben.

„Hansabunds-Kriegswagen." Die „Staatsbürger Zeitung" erzählt liebliche Märchen von dem „roten Golde des Hansabundes". Von einem Augenzeugen des Kampfes in Labiau-Wehlau wird ihr berichtet, daß die Luft im ganzen Wahlkreise durch die Benzindämpfe des „Hansabunds-Kriegswagens" verpestet war. Unsere Automobilfabriken werden wohl schon mit fieberhaftem Eifer arbeiten, um alle für die allgemeinen Reichstagswahlen von dieser Seite angeforderten Ausflugwagen bereitstellen zu können. Noch anrüchiger aber als diese Methode der Automobilbeförderung zum Wahllokal will uns die Waffenanwerbung von Wählern, oder, wie man sagte: — Schleppern — erscheinen. Der Schleier, der über dieser hier geübten Art der Stimmenvermehrung liegt, müßte sich doch so lüften lassen, daß es den Hansabündlern verleidet wird, bei den allgemeinen Wahlen die ungezählten Millionen ihres Wahlfonds in gleicher Weise anzulegen.

Der „Staatsbürger-Zeitung" erscheinen die „ungezählten Millionen" der Hansabündler natürlich nur deshalb so anrüchig, weil sie „internationalmoderne", soll beweisen welche Opferwilligkeit hinter diesen Schätzen wittert. Gegen das „rote Gold," das den Antisemiten zugewendet wird, hat sie nichts.

Admiral v. Tirpitz über die Unterseebootskatastrophe. Die Budgetkommission des Reichstags beriet den Marineetat. Hierbei nahm Staatssekretär v. Tirpitz Gelegenheit, nachdem die Kommission durch ihren Vorsitzenden ihr Beileid zu der Katastrophe des „U III" hatte aussprechen lassen, auf die Ursachen des Unglücks einzugehen. Seine Erklärungen gipfelten darin, daß, soweit die bisherigen Ermittelungen haben feststellen können, ein Verschulden nicht vorliege. Seitens aller Fraktionen, die sozialdemokratische eingeschlossen, wurde betont, daß dies der erste Unfall sei, von dem die deutsche Unterseeflotte betroffen wurde. Das beweise, mit welcher Vorsicht diese neue Waffe in der deutschen Marine gehandhabt werde.

Die Kapitalistengruppen und die Pensionsversicherung der Privatangestellten. Der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Rheinlande und Westfalen und die nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Stahlwerksbesitzer berufen auf den 3. Februar eine Versammlung nach Düsseldorf ein zur Beratung über das Pensionsversicherungsgesetz der Privatangestellten. Abg. Dr. Beumer wird das Referat halten.

Ein konservativer Zuschläger. Am Dienstag verurteilte das Wehlauer Schöffengericht den Gemeindevorsteher Minuth in Poppendorf zu einer Geldstrafe von zehn Reichsmark oder zu zweimal 24 Stunden Gefängnis, weil er am Tage der Stichwahl in Labiau-Wehlau den liberalen Vertrauensmann Fischer aus Königsberg im Hausflur zum Wahllokal tätlich angegriffen und an die frische Luft befördert hatte. — Die Konservativen werden dieses Urteil, das einen ihrer Helden trifft, unbegreiflich finden und anfangen, an ostelbischer Gerechtigkeit zu zweifeln.

Kandidatenüberfluß. In Elbing waren für die bevorstehende Ersatzwahl zum preußischen Abgeordnetenhause zwei konservative Kandidaten aufgestellt worden. Eine konservative Vertrauensmännerversammlung hat nun beide abgesägt und an ihrer Stelle den Gutsbesitzer Baerecke-Spittelhof als Kandidaten aufgestellt.

Ueber das Abstimmungsergebnis bei der Wiederwahl des Präsidenten von Kröcher im Abgeordnetenhause teilt der „Vorwärts" folgendes mit: „Von der Sozialdemokratie wurden bei dieser zweiten Abstimmung überhaupt keine Stimmen abgegeben. Also nicht nur die drei weißen Zettel, sondern auch die auf den nationalliberalen Herrn Schwabach und unseren Genossen Adolf Hoffmann lautenden beiden Stimmzettel sind von bürgerlichen Abgeordneten abgegeben worden.

Gemeinderatswahlsieg. In Remtengrün (Vogtland) wurde die Gemeinderatswahl vom 3. Dezember für ungiltig erklärt; wegen ungenügender Bekanntmachung des Wahltermins waren damals aus der Klasse der Unansässigen nur drei Wähler erschienen. Bei der Neuwahl am letzten Sonntag wurden die beiden sozialdemokratischen Kandidaten mit je 33 Stimmen gewählt. Die übrigen 34 Stimmen verteilten sich auf elf bürgerliche Kandidaten. Unsere Genossen beteiligten sich zum ersten Male an der Wahl.

Zur Reichstagsersatzwahl im Kreise Allenstein-Rössel. Eine national-polnische Wählerversammlung, die am 15. d. M. in Allenstein stattgefunden hat, nominierte als Kandidaten für die bevorstehende Reichstagsersatzwahl den Propst Barczewski aus Braunsberg. Das national-polnische Wahlkomitee für das Ermeland versichert in einem Aufruf, daß von den für den Zentrumskandidaten bei den Wahlen im Jahre 1907 abgegebenen Stimmen ungefähr der vierte Teil von Polen abgegeben wurde. Gelinge es durch die Entfaltung einer energischen Wahlagitation diese Stimmen für den national-polnischen Kandidaten zu gewinnen, so liege die Möglichkeit nahe, daß es zu einer Stichwahl zwischen Zentrum und Polen kommen könne.

Ausland.

Ueber den japanischen Anarchistenprozeß

berichtet die „Korrespondenz des Aeußersten Ostens" noch folgende Einzelheiten:

Die Straßen, durch die die Gefangenen kommen mußten, waren von Soldaten gesperrt. Die Gefangenen erschienen zu Anfang der Sitzung in Handketten, von denen sie jedoch nach dem Anfange der Sitzung befreit wurden. Sogar die Rechsanwälte waren von den Sitzungen ausgeschlossen. Auf ihre Beschwerde hin wurden 20 von den Gerichtspräsidenten gewählte Rechtsanwälte nach der vierten Sitzung zu den Sitzungen zugelassen und wenigstens einige Stunden geduldet. Dann nach einer oder höchstens zwei Stunden wurden sie aufgefordert, das Gerichtsgebäude zu verlassen. Die Rechtsanwälte halten diese Maßnahmen für unwürdig für ihren Stand und protestierten energisch. Der Staatsanwalt begann in der dreizehnten Sitzung seine Rede, die zwei Stunden dauerte. Er verlangte für die 26 Angeklagten die Todesstrafe. Die Verhandlungen wurden einen Tag zur Ruhe ausgesetzt. Einer der Angeklagten war so schwach, daß er den Sitzungen nur liegend beiwohnen konnte. Die Rechtsanwälte hielten in der 15. und 16. Sitzung ihre Verteidigungsreden. Nach diesen Reden verlangte die Staatsanwaltschaft folgende Strafen: 4 oder 5 Verurteilungen zu Todesstrafen, 7 oder 8 Freisprechungen, für die übrigen Angeklagten Strafen unter 10 Jahren Gefängnis. Die öffentliche Meinung ist den meisten Angeklagten sehr günstig gestimmt. Das Gericht aber verurteilte 24 Angeklagte zum Tode, die beiden andern zu elf und 8 Jahren Gefängnis.

Während die Verhandlung im Anarchistenprozeß geheim war, wohnten Mitglieder des diplomatischen Korps und angesehene Japaner der Urteilsverkündigung bei. Einer der Verurteilten rief: „Banzai!", worauf alle Verurteilten aufsprangen. Ein anderer rief: „Hoch lebe die Anarchie!" Dann ließen sich alle ruhig abführen. Man hält es für möglich, daß die Todesstrafe in lebenslängliche Verbannung umgewandelt wird.

Angeblich will man den Verurteilten die Errichtung einer Dynamitfabrik auf dem Berge Kiso und die Absicht eines Attentats auf die kaiserliche Familie nachgewiesen haben.

Ueber die Winzerunruhen in Mittelfrankreich wird noch aus Paris gemeldet: Ministerpräsident Briand hat besondere Maßnahmen angeordnet, um einer Wiederholung der Unruhen in der Campagne vorzubeugen. Die Regierung findet die Vorgänge unerklärlich, da für die Winzerunterstützung Kredite bewilligt worden sind und auf die Unterdrückung der Weinfälschung hingearbeitet wird.

Aus Epernay wird gemeldet: Mittwoch Abend fanden lärmende Kundgebungen in Vantenil statt, wo der Staatsanwalt auf dem Bürgermeisteramt mehrere Zeugen über die Plünderungen der Winzer in Damary vernahm. Als sich das Gerücht verbreitete, zwei Winzer würden verhaftet werden, schlug die Menge die Saalfenster des Saales, in dem das Verhör stattfand, ein und schoß Böller ab, um die Winzer der Umgebung zu alarmieren. Erst als sich der Staatsanwalt entfernte, ohne Verhaftungen vorgenommen zu haben, zog die Menge ab.

Die Weinbauer setzten in der Nacht zum Donnerstag die Kundgebungen fort. Um Mitternacht zog ein großer Haufen in Begleitung von Frauen unter Absingen revolutionärer Lieder und Vorantragen roter Fahnen nach Haut Villers. Mit Harken und Hämmern bewaffnet erbrach die Menge die Kellereien von Berthet und Gecquillon und ließ 400 Hektoliter Wein durch das Einschlagen der Böden von 210 Stücken auslaufen. Die Menge zog singend ab, bevor die Behörden einschreiten konnten.

* * *

Neuwahlen in Rumänien. Die rumänische Regierung beschloß, das Parlament am 22. Januar aufzulösen. Die allgemeinen Wahlen sollen Ende Februar stattfinden.

* * *

Zur Ausstandsbewegung im belgischen Kohlenrevier. Die Zahl der Ausständigen hat sich sehr wenig verändert. In verschiedenen Versammlungen wurde die Fortsetzung des Streiks beschlossen. Im Laufe der Nacht wurde in dem Orte Wilmort ein Dynamit-Attentat verübt; Personen sind dabei nicht zu Schaden gekommen. Eine Anzahl Ausständiger versuchte, unter dem Vorwand, daß die Streikgelder nicht in gerechter Weise zur Verteilung gelangen, gewaltsam in das Volkshaus von Lüttich einzudringen, um sich der Streikkasse zu bemächtigen. Ein starkes Polizeiaufgebot ist zusammengezogen worden, um weitere Zwischenfälle zu verhindern. In Mons ist ein Teilausstand wegen Verabschiedung einiger Arbeiter ausgebrochen.

Schlesien, Posen und Nachbargebeiet.

Die Folgen der unsinnigen Steuerpolitik.

Die von der Schweidnitzer Handelskammer in ihrem Bezirk angestellten Erhebungen haben ergeben, daß in der Zündholzindustrie infolge Auflösung des Syndikats geradezu haltlose Zustände hereingebrochen sind. Die allenthalben überaus reichlichen Läger, die auf alle Fälle geräumt werden müssen, wozu noch Monate vergehen werden, ließen die Warenpreise weit unter die Herstellungskosten sinken. Die Schachtelindustrie ist durch diese Verhältnisse stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Eine Fabrik, die früher dauernd etwa 300 Arbeiter beschäftigte, hat bereits 70 Prozent der Arbeiter entlassen müssen und falls keine Aenderung der Verhältnisse eintritt, steht die gänzliche Betriebseinstellung in Aussicht.

Die Schuld an dem Ruin dieser Industrie trägt die unbesonnene Steuermacherei der Konservativen und des Zentrums.

Schweidnitz, 20. Januar. Vom Schwurgericht. Mit einem harten Urteil hat das hiesige Schwurgericht am Mittwoch seine Verhandlungen, die 9 Tage dauerten, zum Abschluß gebracht. Der junge Mensch, der auf der Anklagebank Platz genommen hatte, war noch nicht 20 Jahre alt und unbestraft. Allerdings hatte er dreiste Schwindeleien verübt, indem er sich bei ländlichen Besitzern als Knecht vermietete, das Mietsgeld einstrich und dann auf Nimmerwiedersehen verduftete. In 11 Fällen hatte der leichtsinnige Bursche mit Erfolg operiert und dadurch zirka achtzig Mark erbeutet; in vier Fällen blitzte er ab. Da er bei diesen Schwindeleien auch eine öffentliche Urkunde fälschte, so kam er vor die Geschworenen. Trotz seiner Jugend und Unbescholtenheit wurden ihm nur zum Teil mildernde Umstände zugebilligt und das Urteil lautete auf 2 Jahre Gefängnis, wovon 2 Monate durch die erlittene viermonatliche Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wurden. Sowohl die Geschworenen, als auch der Gerichtshof folgten durchweg den Anträgen der Staatsanwaltschaft. Wenn der Verurteilte wird entlassen werden, hat er 26 Monate hinter Gefängnismauern zugebracht. Wird er dann gebessert zurückkehren ins Leben?

Glogau, 20. Januar. Die Errichtung eines Fritz Reuter-Brunnens hierselbst wird nunmehr zur Wirklichkeit werden. Der Magistrat stellt den halbkreisförmigen Platz an der Westseite des Wilhelmsplatzes für diesen Zweck zur Verfügung und trägt die Kosten der Fundamentierung und des Wasserleitungsanschlusses dieses Brunnens im Gesamtbetrage von 1650 Mark.

Bunzlau, 20. Januar. Der Mühlsdorfer Mörder gefaßt? Mittwoch Nachmittag wurde im hiesigen Gefängnis ein in Görlitz verhafteter Dachdeckergeselle eingeliefert, in welchem man glaubt, der Mörder, der am Nachmittag des 21. September v. Js. die Stellenbesitzersfrau Winkler aus dem nahen Mühlsdorf in einem Büschchen bei Possen erwürgte, gefaßt zu haben. Da ja in den nächsten Tagen die Gegenüberstellung des Verhafteten mit den Zeugen erfolgt, wird sich wohl bald ergeben, ob man jetzt den Richtigen erwischt hat.

Lüben, 20. Januar. Von einem niederstürzenden Gemäuer erschlagen wurde in Sabitz ein 18jähriger Knecht. Er war beim Niederreißen einer alten Scheune beschäftigt. Plötzlich löste sich eine Wand, hinter welcher der junge Mann stand, und begrub ihn unter sich. Nur als Leiche konnte der junge Mensch hervorgezogen werden.

Ohlau, 20. Januar. Kein Unfall. Der gestern berichtete Unglücksfall auf dem Eise hat sich glücklicherweise nicht ereignet. Nach den eingezogenen Erkundigungen ist ein derartiges Unglück nicht passiert.

Brieg, 17. Januar. Das Schloß der Piasten. Neben dem Heidelberger Schlosse ist, wie namhafte Kunstschriftsteller anerkannt haben, das schönste Bauwerk der Renaissance einer kunstfrohen Vergangenheit das Schloß der Piasten zum Briege in der alten Oderstadt Brieg. Wenn dieses Juwel deutscher Baukunst an einer lebhaften Touristenstraße liegen würde, hätte es längst seine Sterne im Bädecker. So träumt es einen Dornröschenschlaf, dem äußeren Ansehen nach allerdings mehr ein Aschenbrödel als ein Dornröschen. Von der verschwundenen Pracht zeugt eigentlich nur noch das gut erhaltene große Portal mit den Standbildern seines Erbauers aus dem Hause der Piastin und dessen Gemahlin. Auf dem weiten Hofe, der einst prächtiges Marmorpflaster trug und auf dem glänzende Turniere ausgefochten wurden, mahnen einen die mit Brettern vernagelten Fensterhöhlen an die Vergänglichkeit alles Irdischen. Lediglich die Schloßkapelle, die jedoch auch nicht mehr zum Gottesdienst benützt wird, ist noch einigermaßen gut erhalten, wohl, weil sie die Begräbnisstätte der Piastenherzöge birgt. Die weiten Räume des Schlosses selbst sind dem Proviantamt eingeräumt, das Heu, Hafer und andere für Vieh und Mensch nützliche Dinge dort lagern läßt. Ab und zu, einige Male im Jahre, erscheinen würdige Herren aus Breslau und sehen nach, ob das Schloß nicht inzwischen gestohlen worden ist. Für die Erhaltung des Gebäudes ist bisher soviel wie nichts geschehen. Der hiesige Lokalpatriotismus hat sich dieses Objekt seiner Betätigung vollständig entgehen lassen. Jetzt hofft man die Genehmigung zu einer Lotterie zu erhalten, um den alten Bau in würdiger Weise zu restaurieren.

Auch ein Beitrag zur Pflege der Heimatkunst.

Festenberg, 20. Januar. Von der loyalen Handhabung des Reichsvereinsgesetzes. Wegen angeblicher Nichtanmeldung einer öffentlichen politischen Versammlung war Genosse Hößerich aus Handsfeld zur Anzeige gebracht und mit einem Strafmandat über 10 Mark bedacht worden. Hiergegen legte Genosse Hößerich Berufung ein, über die am Dienstag vor dem hiesigen Schöffengericht verhandelt wurde. Es gelang aber Genossen Hößerich den Nachweis zu führen, daß es sich um eine Zusammenkunft handelte, an der nur Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins teilnahmen. Der Amtsanwalt trat dennoch für die Strafbestätigung des Befehls ein, das Schöffengericht erkannte jedoch auf Freisprechung. Die Kosten werden der Staatskasse auferlegt. — Warum wegen einer so an sich klaren Sache noch Strafmandate geschickt werden, ist bezeichnend für die „liberale" Auslegung des Reichsvereinsgesetzes.

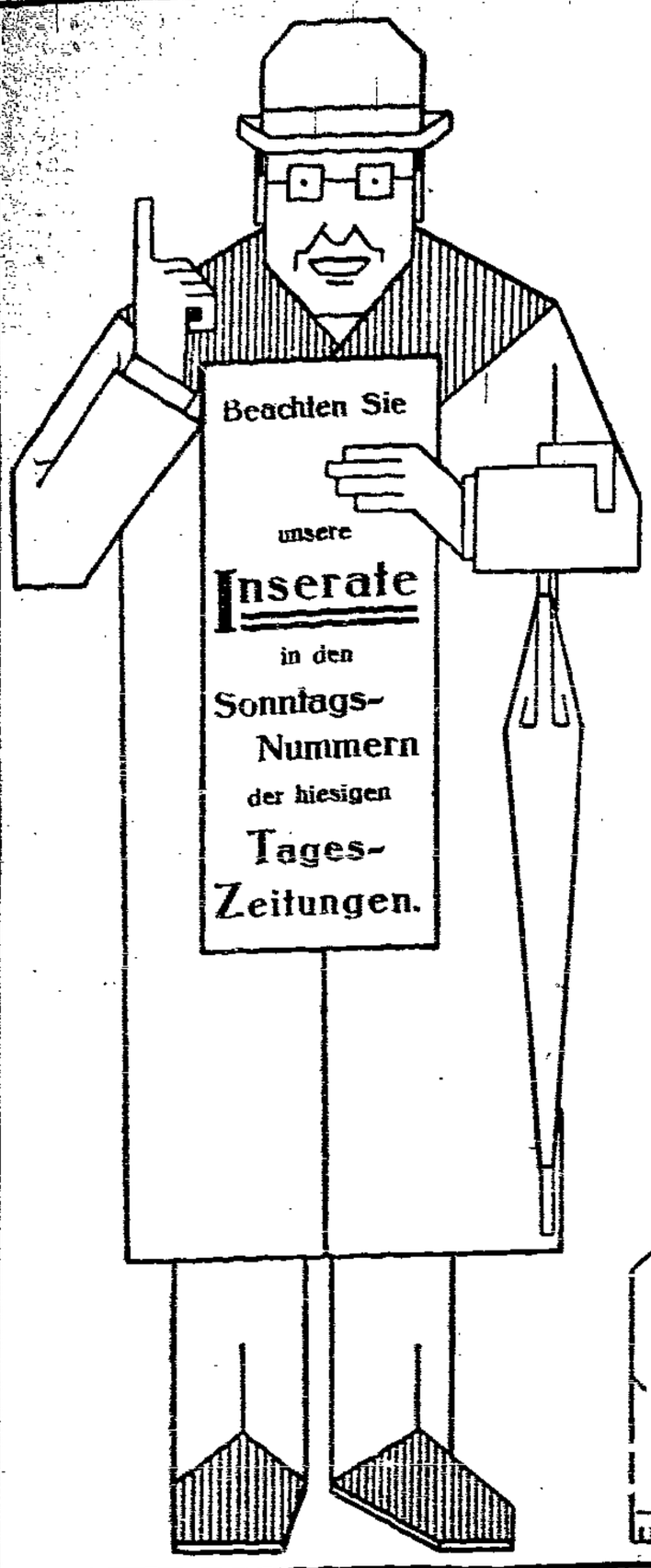
Festsetzungen der städtischen Markt-Notierungs-Kommission.

Breslau, den 19. Januar. Pro 100 Kilogramm

	gute höchst.	gute niedr.	mittlere höchst.	mittlere niedr.	geringe Sorte höchst.	geringe Sorte niedr.
Weizen, weißer	19 50	18 50	18 50	17 50	17 50	16 50
Weizen, gelber	19 40	18 50	18 40	17 50	17 40	16 40
Roggen	14 50	14 —	13 90	13 —	12 90	12 —
Braugerste	17 50	16 —	15 90	15 —	— —	— —
Gerste	14 —	13 50	12 90	12 50	11 60	11 —
Hafer	15 —	14 50	14 40	13 50	12 50	12 —
Viktoria-Erbsen	23 50	22 50	21 50	20 50	19 50	18 50
Erbsen	19 50	19 —	17 50	16 50	16 —	15 50
Winterraps	23 90	— —	21 90	— —	19 90	— —

Heu per 50 Kgr. 3.20—3.40 Mk.
Roggenstroh pro Schock 28—30 Mk.
Preß-Stroh 50 Kgr. 1.20—1.40 Mk.

Breslauer Mehlmarkt. Mehl behauptet, per 100 Kgr. [illegible] Weizenmehl 00 behauptet 28.00—[illegible] Mk., Roggenmehl 00 [illegible] 21.50 Mk. Kaiser-Auszugmehl behauptet 31.50—32.00 Mk. [illegible] Weizenkleie [illegible] 10.00 Mk.



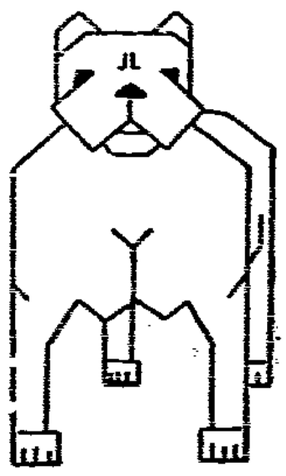
Gebr. Barasch

Neumarkt Ring Wachtplatz

Voranzeige:

Montag, d. 23. Jan. beginnt unser diesjähriger

Grosser Inventur-Räumungs-Verkauf.



Zur jetzigen Saison empfehle ich mein großes Lager von

Schuhwaren

in

Herren-, Damen- und Kinderstiefeln

zu staunend billigen Preisen.

Martha Christmann, Geschäftsführerin

Auguste Koch.

36 Schweidnitzerstraße 36

Bitte genau auf Firma zu achten. 123

„Der wahre Jakob".

Sozialdemokratisches Witzblatt.

Durch die Expedition und Kolporteure zu beziehen.

Die sicher wirkenden

Spül-Spritzen

Werner Schlegel, Breiten 1, Schlesien: 21, 1. Etg. vorn, jede Frau aus Sep.-Drucksel, Versand Gal.-Zahle, Anstreichungen. 158

Leihweise

Frack-, Rock-

und Smoking-Anzüge

Röcke- und Zylinderhüte

nur neueste Zeitmod. 300

C. P. Pätzold

Ziegelstraße 9, I. Fernruf 9524.

Haus- und Küchengeräte, Lampen

eiserne Öfen und Ofenrohre

zu billigsten Preisen.

Paul Hauschild jr.

Friedrich-Wilhelmstrasse 10. 5521

Zur Konfirmation!

Schwarze und weisse 303

Kleiderstoffe

zu ausserordentlich billigen Preisen.

Kosterlitz & Lissner

Reuschestr. 1, Ecke Blücherplatz.

Fortsetzung des Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis

Waldenburger Industrie-Revier.

Herren-Garderobe.
Kemper, A., Mt. Joh. G. Riedel, Schweidnitzerstraße 12.
Silbermann, M., Waldenburg, Gartenberg.

Hüte, Mützen, Pelzwaren.
Benz, Ott., Kaiser-Wilhelmplatz 6.
Lux, Artur, jr., Friedländerstr. 33, gar Abteilung.

Kolonial- und Gemischtwaren.
Eliger, R., Nr.-Bielitz, Ringstraße 1, Fig.

Lederhandlung.
Gäßler, Wing. Ringstr. 4.

Manufaktur- u. Modewaren.
Nadbert, Theodor, II. Hochstraße.

Maschinenfabrik u. Eisenhandlung.
Pfeiffer, Eisenhandlung G. & G. Grunert.

Möbel- und Sargmagazine.
Gottschling, G., Bismarckstr. 14, vig. Bahnh.

Konditoreien.
Marlig, J., Gartenstraße 2.

Polsterarbeit, Lederwaren.
Silberstein, S., Friedländerstr. 22, Gottlobstr.

Putz, Wäsche, Wollwaren.
Gerstel & Schwab, Ring 14.
Lewin, Martin, Gute gute Schuhwaren.
Kramer, W., Friedländerstr. 22.
Sabath's Nachf., Ring 21, Herren.
Gebert, Robert, Ring 18, Damenhüte.

Schuhwaren u. Schuhmacher.
Kaulfe, Paul, Gartenstraße 21.
Kaul, Oskar, Ring 12.
Lewin & Gerstel, Ring 21.

Tabakspfeifen u. Zigarren.
Kriebel, E., Gymnasialstr. 5.

Uhren und Goldwaren.
Schindler, M., Friedländerstr. 2, gegenüb. Kath. Pfarrkirche.
Schwidder, W., Waldenburg, Nr.-Bielitz, Ring.
Seifert, R., Schwerstr. 19 (Kreuz.
Rolke, Herm., Salzer-Str. Hauptstraße 6.

Verkehrshandlungen.
Werner, R., Nr.-Bielitz, Ringstr. 4.

Zahn-Atelier.
Dank, W., Gartenstr. 2, Johanneskirchstr.

Altenessen.

Bäckereien und Konditoreien.
Wilhelmer, Otto, III. Reg. 24b, Bismarckstraße.

Drogen und Farben.
Kentzel-Drog., Essener Chausseestraße 58.
Wiegel, Arch., (Essen, Rüttenscheid) I. Reg. 12a.

Fleischerei und Wurstfabrik.
Hillmer, Hermann, II. 19, (Kath. Kirche).
Brunk, Hermann, Gerichtsstraße 22.

Herren-Garderoben.
Hubrich, Emanuel, (Kolonie u. Rhd.)
Kolonie u. Spielwaren, an jeder u. Gebiet.
Schmidtberger, Carl, Altenessen.

Kaffeehäuser.
Bergner, Hermann, Hermann u. Kaiserstraße.

Kolonial- und Gemischtwaren.
Schulz, III. IV. R. Ecke Kaiserstraße u. Wilhelmstraße.
Schulz, R. Essen, Gerichtsstraße.
Schlüter, A. Essen, Gerichtsstraße.

Manufaktur- und Modewaren.
Hübner, L., Essen, Kaiserstraße, Ecke Kaiserstraße.
Sudermann, R. R., Fahrrader, Nähmasch.

Möbelmagazine.
Eilmer, Carl, Möbel- u. Sargmagazin.
Radeck, Richard, Möbel- u. Sargmagazin.
Schäfer, Hugo, Möbel- u. Sargmagazin.
Springer, E., Bau- u. Möbeltischlerei.

Papier- und Schreibwaren.
Deutschel, Ang., Promenade, Schulstraße.

Photographische Ateliers.
Brunner, W., Kaiserstr. 2, beim Deutsch. Kaiser.

Polsterwaren.
Schumann, Paul, Ober-Altenessen.

Rasiermesser u. Scheren.
Bonte, H., Schlüter u. Nachf. Schlüter.
Brunner, Hermann, III. 21d. Schlüter.

Tischlereien, Stuhlbauer, Vollwaren.
Bischer Martin, Altenessen, (Dorfstr.).

Bilderstock.

Bäckereien.
Schwarzer, Wilh., Gustav u. Tischler.

Kaffeehäuser für Herrengesellschaft.
Ohlig, O., Hauptstraße, Ecke u. Tischler.

Kolonial- und Gemischtwaren.
Bechtler, A., Haupt- und Hüttenstraße.
Bonsel, Joh., III. Gemeinde, Gerichtsstr.

Schuhwaren.
Schwarz, Wilh., III. Ring u. Hüttenstr.

Frohnhausen.

Fleischereien u. Wurstfabriken.
Bauer, G., Schmied bei Industriebahn.
Bauer, Robert, Haupt 21.

Reise und Partiewaren.
Zichmann, M., Küche, Krikenzen.

Schuhwaren.
Bikuel, Heinr., Herren- u. Knab.-Konfektion.

Gottesberg, Fellhammer.

Bäckereien und Konditoreien.
Böhm, Robert, Fellhammer.

Bier-Brauereien.
Aktien-Brauerei, Gottesberg.

Drogen- und Farben.
„Gold auf"-Drogerie (Kolonialwaren).

Fahrräder u. Nähmaschinen.
Mengel, Julius, Grüssenstr., Reparatur.

Fleischerei und Wurstfabrik.
Hennig, R., Friedrichstr. 7. (Tel.-Gel.)

Haus- und Küchengeräte.
Bodenge, H. (Gas, Spiegel, Emaillewaren).

Hüte, Mützen, Pelzwaren.
Grossmann, H., Friedrichstr.

Kinderwag., Korbwaren, Lederwaren.
Jungling, Gustav, Friedrichstr. 5. (Bahnstr.)

Manufaktur- u. Schnittwaren.
Hellwig, Otto, Friedrichstr. 8. (Mittelstr.)

Möbel-Magazine.
Sohn, E. (Sarg- Möbel-Magazin).

Photographische Ateliers.
Becker, Robert, Friedrichstr. 36.
Becker, Gustav, Bismarckstr. 14.

Putz- und Tapisseriegeschäft.
Blumen, Gustav, Friedrichstraße 38.

Putz, Wäsche und Wollwaren.
Bonsel, Otto, Friedrichstr. 28.
Bonsel, Gustav, Friedrichstr. 14. (Mittelstr.)

Schuhwaren, Schuhmacher.
Demuth, Heinrich, Niederstraße 2.
Henke, Adolf, Fellhammer 79.

Spezial-Putzgeschäft.
Bauch, Ehrenfried, Trauerhüte, gr. Auswa.

Uhren und Goldwaren.
Gäßler, C., Fellhammer, Musikwerke.

Zigarren, Zigaretten.
Gebel, Paul, Ring 4, Raucht „Glückauf"-Zig.

Kolonie Sandberg.

Fleischereien.
Tietze, Paul, Sandberg 21.

Möbeltischlerei u. Sargmagazin.
Rieger, Paul, Sandberg.

Schuhmacherei.
Bittner, Gustav, Sandberg 1.

Schuhwaren u. Schuhmacher.
Stark, W., Sandberg 48.

Kost.-Salzbrunn-Sorgau.

Fleischereien u. Wurstfabriken.
Schmidberger, Carl, Kt.-Salzbrunn.

Kolonial- u. Gemischtwaren.
Bernhard, Rud., Sorgau 16.
Hirschberg, Max, Sorgau.

Möbeltischlerei und Sargmagazin.
Geiglich, Franz, (fertige Möbel).

Tuch-, Woll- und Schnittwaren.
Bischof, Heinr., Kt.-Salzbrunn (Fug).

Waldenburg, N.-Hermsdorf

Bäckereien.
Bilgeh, Paul, Nieder-Hermsdorf.
Thiel, Theodor, Hauptstraße 15.
Schlesiger, Bernhard, Nr.-Hermsdorf.

Fleischereien u. Wurstfabriken.
Bach, Gustav, Hermsdorf 62.

Gasthäuser.
Gasth. z. „Deutsch. Hause", R. Künzler.
Gasth. z. „Gemeindemühle", H. Schreiber.

Herren-Garderobe.
Pusch, A., auch Schuhwaren, N.-Hermsdorf.

Kolonial- und Gemischtwaren.
Hertwig, Karl, Altwasserstraße 17.

Putz-, Weiss- u. Wollwaren.
Menz, Pauline, N.-Hermsdorf 120.

Sofas und Matratzen.
Erbrich, A., Sattler u. Tapezierer, Teilzahl.

Sarg- und Möbel-Magazin.
Rößler, E., Hauptstraße 43.

Uhren- und Goldwaren.
Holzapfel, Paul, Grammoph., Opt. Artikel.
Thyroll, A., Nieder-Hermsdorf.

Zigarren, Zigaretten.
Hillberg, Paul, Hauptstr. 47, Ansichtskarten.

Wüstegiersdorf, Blumenau.

Arbeiter-Garderobe, Schuhwaren.
Alex, Paul, Papier- und Schreibwaren.

Bäckereien und Konditoreien.
Seibert, Edmund, Pfefferkuchen u. Zuckerw.

Galanterie- u. Spielwaren, Fahrräder.
Weiß, Fritz, Blumenau, Zig., Zigaretten.

Kolonial-, Qualität-, Eisen-, Kurzwaren.
Dreßler, Herm., Haus- u. Küchengeräte.

Konfektion und Schuhwaren.
Wagner, Gustav (Wäsche, Hüte, Mützen).

Partiewaren- u. Kostehandlung.
Ziel, Herm., Blumenau (für Händler).

Zaborze-Zabrze

Herren-Garderobe, Schuhwaren, Hüte.
Frank, Gustav, Zabrze, 3.

Kolonialwaren.
Kolonialw. Zs., Zabrze 2.

Mode-, S. p., Zabrze 2.

1. Beilage zu Nr. 18 der „Volkswacht“.

Sonnabend, den 21. Januar 1911.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 20. Januar.

Geschichtskalender.

21. Januar.

1793 Ludwig XVI. wird hingerichtet.
1804 Der Maler Moritz v. Schwind *.
1851 Albert Lortzing, Komponist, †.
1872 Franz Grillparzer, Dichter, †.

Die sechs Protest-Versammlungen

am Sonntag, womit wir die Antwort auf die jüngste Thronrede geben und den Reichstagswahlkampf eröffnen werden, veranlassen die „Schlesische Zeitung“ zu folgender Bemerkung:

„Man wird sich erinnern, daß um dieselbe Zeit vor einem Jahre durch solche Versammlungen Straßendemonstrationen eingeleitet wurden.“

„Die „Schlesische Zeitung“ und die ihr verwandten Geister können beruhigt sein. Welchen Zweck die Versammlungen haben, geht aus der Ankündigung gewiß deutlich genug hervor; es handelt sich hauptsächlich um die Vorarbeiten für die Reichstagswahlen, die zur Zeit alle unsere Kräfte anspannen. Straßendemonstrationen wird es am nächsten Sonntag nicht geben.

Vom dänischen Fleisch in Breslau.

Es stellt sich jetzt immer deutlicher heraus, daß das dänische Fleisch, das der städtische Verkaufsvermittler Markus von Kopenhagen nach Breslau kommen ließ, nicht minderwertig und von geringer Qualität gewesen ist, wie die Fleischermeister der Innung behauptet haben, sondern allen Ansprüchen genügte und vollwertig war. Die „Breslauer Zeitung“ bringt heute eine ausführliche Darstellung des Sachverhalts, aus der wir folgendes wiedergeben:

„Der städtische Verkaufsvermittler in Breslau hat die Aufgabe, durch Heranschaffung größerer Warenmengen preismildernd auf den Nahrungsmittelmarkt einzuwirken. Es lag demnach durchaus innerhalb seines Wirkungskreises, wenn er, angesichts der dauernden Klagen der Konsumenten über die hohen Fleischpreise in Breslau sich mit einer Kopenhagener Firma behufs Lieferung von zirka 5000 Kilo dänischen Rindfleisch in Verbindung setzte. Die Firma erklärte sich unter gewissen Kautelen bereit, und bald darauf traf über Warnemünde ein Waggon dänisches Rindfleisch in Breslau ein. Da es noch nicht in Warnemünde untersucht war, wurde es auf dem hiesigen Königlichen Auslandsfleischschauamt einer eingehenden Untersuchung unterzogen. Wie uns von diesem auf Grund der Ermächtigung seitens der königlichen Regierung mitgeteilt wird, befanden sich die Tiere in einem ausgezeichneten Nährzustande, das Schlachtgewicht betrug im Durchschnitt 210 Kilo, das hellgelbe Fett zeigte, daß das Fleisch von jüngeren Tieren stammte. Von den eingelieferten Tierkörpern wurden nur zwei zurückgewiesen, die übrigen wurden als vollwertig befunden und als solche abgestempelt. Für die Vollwertigkeit der Ware bürgt außer der Verantwortlichkeit des beamteten Tierarztes einmal die Erwägung, daß Rinder von 420 Pfund Schlachtgewicht überhaupt kein minderwertiges Fleisch ergeben, zum anderen die Strenge der gesetzlichen Bestimmungen. Nach diesen müssen Tierkörper von der Einfuhr zurückgewiesen werden, „wenn die Beschaffenheit des Fleisches einen schlechten Ernährungszustand des Tieres bekundet.“ Zu dieser und anderen außerordentlich strengen Einfuhrbestimmungen kommt noch die Vorschrift, daß von auswärts eingeführtes Fleisch bedeutend eingehender untersucht werden muß, als das im Inland geschlachtete. Mit all diesen Maßregeln wird gewährleistet, daß nur völlig einwandfreie Ware in das Inland gelangen kann.

Nach Freigabe des Fleisches zum Verkauf erklärte sich der hiesige Engros-Fleischermeister Wachholz, nachdem er sich selbst von der guten Qualität des Fleisches überzeugt hatte, bereit, den ganzen Posten zu übernehmen. Indessen zog er sein Angebot zurück, weil er von dem Direktor des städtischen Schlachtviehhofes nicht die Erlaubnis erhalten konnte, das Fleisch in den dortigen Kühlhallen aufzubewahren. Der Direktor berief sich auf die Bestimmung, daß in den Kühlhallen nur Fleisch konserviert werden dürfe, das auf dem Viehhof geschlachtet worden ist. Daher sah sich der Grossist genötigt, seine Absicht, das Fleisch zu übernehmen, aufzugeben, und Herr Marcus versuchte nun, das Fleisch freihändig an hiesige Fleischer zu angemessenen Preisen zu verkaufen, was ihm abermals mißlang. Die Fleischer beriefen sich auf eine Polizeiverordnung, wonach auswärts geschlachtetes Fleisch in den Verkaufsständen durch Plakat als solches kenntlich gemacht werden muß, und erklärten, ihre Kundschaft würde das Fleisch deshalb nicht kaufen. Wie wenig zutreffend diese Befürchtung war, bewies ihnen Herr Marcus dadurch, daß er einen Teil des Fleisches an das hiesige Warenhaus Gebrüder Barasch zum Verkauf gab, wo es in wenigen Tagen reißenden Absatz fand. Das Warenhaus hatte sich, bevor es den Verkauf übernahm, außer dem nochmaligen Gutachten des beamteten Tierarztes Dr. Hoffmann, vom Fleischermeister Schirpke, der selbst ein ganzes Stück für seine Zwecke käuflich erwarb, die ausgezeichnete Qualität des Fleisches bestätigen lassen. Uebrigens dürften die besten Sachverständigen die Käuferinnen gewesen sein, die des Lobes voll waren und sich aus Angehörigen der in ihren Ansprüchen verwöhnteren Gesellschaft, wie aus solchen der breiteren Massen des Volkes zusammensetzten. Trotzdem unterließen es die Fleischer, den in den Kühlhallen der Markthalle lagernden Rest des Fleisches zu übernehmen, so daß sich Herr Marcus nach einer Woche genötigt sah, am letzten Dienstag das Fleisch öffentlich zu versteigern. Er erzielte nur geringe Preise, weil von den zahlreich erschienenen Fleischern die gewissermaßen einen Ring bildeten, nur wenige sich beim Bieten beteiligten!“

Aus dieser Darstellung geht hervor, daß die Fleischermeister erstens das dänische Fleisch ohne Grund abfällig beurteilten und dann beim Verkauf passiven Widerstand leisteten. Bisher haben die Fleischermeister immer erklärt, daß sie unter der seit Jahresfrist bestehenden Fleischnot mit leiden; ihr Verhalten dem dänischen Fleisch gegenüber läßt aber die Behauptung gerechtfertigt erscheinen, daß sie mit dem gegenwärtigen traurigen Zustande, der vielen Tausenden die Fleischnahrung überhaupt unmöglich macht, durchaus zufrieden sind. Uebrigens wird noch mitgeteilt, daß das dänische Fleisch, das in Breslau von den Fleischermeistern für so minderwertig erklärt worden ist, in Dresden, Berlin, Leipzig und Hamburg seit Jahren als gut verbraucht wird. Unter solchen Umständen kann man nur wünschen, daß auch Breslau vom Auslande das nötige Fleisch bekommt, damit die Preise nicht ins unendliche steigen.

Ueber Fortschritte im Schulunterricht

wird aus Leipzig berichtet. Nach der Kom. Praxis hat der Rat dieser Stadt im Dezember 1910 beschlossen, von Ostern 1911 ab an 15 Bezirksschulen je eine Reform-Elementarklasse einzurichten. In dieser Klasse wird das Lesen, Schreiben und Rechnen frühestens im Winterhalbjahre oder gar erst mit dem Beginn des zweiten Schuljahres einsetzen. An deren Stelle werden geeignete Beschäftigungen im Zimmer und im Freien, sowie Turn- und Singspiele treten. Lehrspaziergänge in die nähere Umgebung der Schule werden die Kinder häufig aus dem Klassenzimmer hinaus ins Freie führen.

Durch diese Veranstaltungen hofft man, den Uebergang aus der Ungebundenheit des vorschulpflichtigen Alters in die Gebundenheit des Schullebens zu mildern und zugleich auch den Anschauungsunterricht, den Hauptgegenstand der Reformklasse, fruchtbringend zu gestalten. Außerdem sollen die Kinder dieser Klasse angehalten werden, das Angeschaute nicht allein durch das Wort, sondern auch durch malendes Zeichnen, Formen in Ton und Sand, Stäbchenlegen, Papier- und Papparbeiten darzustellen. Bei dieser Handbetätigung muß der Schüler messen und zählen, und dadurch soll für den späteren Rechenunterricht ein guter Grund gewonnen werden. Von der geförderten Handgeschicklichkeit erwartet man auch eine wirksame Vorbereitung des Schreibunterrichts. Durch die mündliche Pflege der hochdeutschen Sprache, einschließlich planvoller Lautier- und Sprechübungen, will die Versuchsklasse dem eigentlichen Leseunterricht erst den Weg bereiten.

Durch alle diese Maßnahmen gedenkt man, in der Reform-Elementarklasse die auffassenden und darstellenden Kräfte der Kinder soweit zu erschließen und zu stärken, daß der Lese-, Schreib- und Rechenunterricht im zweiten Schuljahre nur noch geringe Mühe verursachen wird. Trotz dieser Abweichungen vom bisherigen Lehrverfahren sollen auch die Reformschüler am Ende des zweiten Schuljahres das gesetzliche Lehrziel der 7. Klasse erreicht haben.

Das Vorgehen des Rats der Stadt Leipzig ist gewiß sehr anerkennenswert und sollte in anderen Orten beachtet werden.

* **Aus der Gemeindevertretung in Krietern.** In der Sitzung am 18. Januar lag ein neues Gesuch des Gendarmen Constand vor, ihm eine Ortszulage zu bewilligen, weil er sich in seinem früheren Wirkungskreise Peisterwitz durch Tagesspesen vom Ohlauer Gericht besser gestanden habe. Das Gesuch wurde einstimmig abgelehnt. Man war der Meinung, daß der Staat verpflichtet sei, den Gendarmen besser zu bezahlen. Durch den Neubau einer katholischen Kirche macht sich eine kleine Aenderung des Bebauungsplanes notwendig, der zugestimmt wurde. Da des Abends ein Teil der Straßenlaternen bis 12½ Uhr brennt und sich dadurch eine doppelte Beschäftigung der Laternenwärter herausstellte, wurde diesen pro Laterne und Monat 25 Pfg. bewilligt. Für die Schule, die wohl als mustergiltig bezeichnet werden kann, wurde der Etat festgesetzt. Er beläuft sich in Einnahme und Ausgabe auf 15.400 Mark. An der Schule, die eine siebenstufige ist, sind vier Lehrkräfte (drei männliche und eine weibliche) angestellt, außerdem eine Handarbeitslehrerin. Die Schülerzahl in den einzelnen Klassen schwankt zwischen dreißig und fünfzig. Wegen der mißlichen Verhältnisse wurde die Armen-Unterstützung der Witfrau Torsch auf 7,50 Mk. pro Monat erhöht. Die Johann Wolfgangstraße ist für Lastfuhrwerke gesperrt; es soll das durch Aufstellung von 2 Tafeln bekannt gemacht werden.

* **Der falsche Kriminalkommissar.** Alle Augenblicke hört man, daß sich Leute als Kriminalbeamte aufspielen. Dem neuesten Falle liegen aber wenigstens edlere Motive zugrunde. Der Bäckergeselle Korballe wollte am 1. Juli v. J. mit seiner Braut nach Morgenau tanzen gehen. Da diese keine Lust hatte, geriet er mit ihr in Streit, in dessen Verlaufe er sie in häßlicher Weise beschimpfte und auf sie einschlug. In demselben Augenblicke kam der Bahnassistent Albin v. Gfug hinzu, und da er glaubte, K. belästige das Mädchen, mischte er sich in den Streit, um das Fräulein zu schützen. G. kam aber bei dem Bräutigam schlecht an, der auch noch von einem Bekannten unterstützt wurde. Er hielt sich deshalb für bedroht und sagte er sei Kriminalkommissar. Die Strafkammer, vor der er sich am Donnerstag wegen unbefugter Ausübung eines öffentlichen Amtes zu verantworten hatte, nahm nicht an, daß es sich hier um Notwehr gehandelt habe. Der Angeklagte hatte kein Recht, sich in den Streit zu mischen und als Kriminalbeamter aufzutreten. Der Fall liege aber sehr milde, da der Angeklagte nur in guter Absicht gehandelt habe, weshalb eine Geldstrafe von 10 Mark ausreiche.

* **Von den Breslauer Konservativen.** Der deutschkonservative Verein hielt am Donnerstag im „König von Ungarn“ seine erste diesjährige Hauptversammlung ab. Herr Justizrat Grützner eröffnete sie mit einem Klagelied über die abtrünnigen 11 Wahlmänner bei der Landtagsersatzwahl. Ein Redner bezeichnete sie als Verräter und verlangte nicht nur, sie aus dem Verein auszustoßen, sondern noch weitere Maßregeln zu ergreifen. Hierauf sprach Herr Bezirksschornsteinfegermeisten Conradt über das Thema: „Der erwerbstätige Mittelstand und seine Bedeutung für Stadt und Kommune.“ Mit der Sozialdemokratie ist eigentlich nicht viel Aufhebens zu machen, die ist nach seinen Worten der geborene Feind des Mittelstandes und eine Aufruhrbewegung, es sei nur bedauerlich, daß sich die Regierung so schwach gezeigt habe. Herr Conradt ist offenbar mit der Moabiter Blamage noch nicht zufrieden. Die Freisinnigen und der Hansabund sind in seinen Augen nur Hetzer und Verräter des Mittelstandes, dagegen findet bei den Konservativen die weiteste Förderung seiner Interessen. Nirgends werde die Steuerschraube so angezogen als bei der freisinnigen Breslauer Stadtverwaltung. Ein Herr Schmidt redete in der Diskussion die Hälfte der etwa hundert Erschienenen zum Tempel hinaus und hörte nicht eher auf, bis ihn vielseitige Schlußrufe dazu nötigten.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Studenten-Demonstration und Streikankündigung. Da das Ministerium die Einführung des Rektorats an der Tierärztlichen Hochschule in Hannover abgelehnt hat, fand am Mittwoch in Hannover eine allgemeine Studenten-Versammlung statt, in der beschlossen wurde, von Donnerstag ab die Vorlesungen nicht mehr zu besuchen. Während die Berliner Tierärztliche Hochschule seit mehr als zwanzig Jahren sich einer Rektorats-Verfassung erfreut, untersteht die Hochschule in Hannover noch immer dem Direktorat. Als in Berlin die Rektorats-Verfassung eingeführt wurde, stellte auch der damalige Direktor der Hannoverschen Anstalt, Geheimer Regierungs- und Medizinalrat Dr. Dammann bei dem Ministerium den Antrag, daß das Rektorat auch für die Hannoversche Tierärztliche Hochschule eingeführt würde. Damals wurde er mit seinem Antrag abgewiesen und auf einen erneuten Antrag hin wurde ihm bedeutet, derartige Anträge in Zukunft zu unterlassen.

In allerjüngster Zeit hat Geheimrat Direktor Dammann zur größten Freude der gesamten Studentenschaft, nachdem diese Frage durch die Verleihung des Promotionsrechtes wieder aktuell geworden war, dieser Antrag erneut beim Ministerium eingebracht. Mit Befremden vernahm man, daß diesem Antrage wiederum nicht stattgegeben worden sei. Lebhafte Protestkundgebungen erweckte vor allem die Anweisung von „oben“, die Studentenschaft möge sich dieser Organisationsfrage gegenüber, für die sie nicht zuständig sei, vollständig passiv verhalten. In der Versammlung wurde unter lebhaftem Beifall eine Resolution angenommen, die kurz zusammengefaßt einen Protest zum Ausdruck bringt.

Aus aller Welt.

Die Ursachen der Katastrophe in Kiel.

In der Budgetkommission des Reichstags gab der Staatssekretär von Tirpitz nähere Erklärungen über das Unglück des „U 3“ ab, denen wir folgendes entnehmen:

„U 3“ machte am 17. d. M., Vormittags, in der Heikendorfer Bucht Trimmübungen, wobei durch Füllen der Tanks das Boot in tauchbereiten Zustand gebracht wird, ohne daß eine eigentliche Unterwasserfahrt stattfindet. Das Boot taucht soweit ein, daß das Deck eben unter Wasser kommt, während der Kommandoturm über Wasser bleibt. Als Begleitboot fungierte „U 1“. Außer der etatsmäßigen Besatzung von zwei Seeoffizieren, einem Ingenieur und achtzehn Mann hatte „U 3“ zehn Schüler an Bord, nämlich drei Seeoffiziere, zwei Ingenieure und fünf Mann. Als beim ersten Trimmen das umgelegte hintere Ventilationsmast ins Wasser kam, trat durch den Schieber, der diesen Mast gegen das Boot abschließt, aus bisher unerklärter Ursache Wasser in schnell steigender Menge in den Maschinenraum ein. Der Kommandant ließ sofort die hinteren Ballasttanks ausblasen, um das Boot hinten zu erleichtern. Außerdem wurde versucht, das eindringende Wasser mit der Lenzpumpe auszupumpen. Die Sicherheitsgewichte wurden fallen gelassen. Zugleich wurden Telephonboje und Hebebojen steigen gelassen. Trotz dieser Maßregel stieg das Wasser im Maschinenraum schnell so weit, daß der Raum verlassen werden mußte. Die Leute zogen sich zunächst in die Zentrale zurück und schlossen das Schott, welches zunächst dicht hielt. Infolge der eingetretenen starken Neigung des Bootes floß vermutlich in den einzelnen Akkumulatorenzellen Säure über, wodurch Kurzschluß entstand, und einige Hartgummikästen, in denen sich die Akkumulatoren befinden, zu schwelen anfingen.

Wegen des entstehenden Qualmes gab der Kommandant den Befehl, daß die Besatzung sich hinter das druckfeste Schott des Torpedoraumes zurückziehen sollte. Er selbst blieb in der Zentrale und blies von dort aus nunmehr auch die vorderen Ballasttanks aus, um das Boot vorn, wo sich die Mannschaft befand, über Wasser zu bringen. Der Aufforderung, mit in den Torpedoraum zu kommen, folgte er nicht, sondern ging, als er es in der Zentrale nicht mehr aushalten konnte, in den Kommandoturm, um von dort das Ausblasen fortzusetzen. Später lief auch die Zentrale durch nachdringendes Wasser teilweise voll. Der Unfall war von „U 1“ sofort bemerkt worden. Durch Telephonboje wurde von „U 3“ die Meldung aufgenommen: „Der hintere Teil ist voll Wasser gelaufen.“ Eine weitere Verbindung durch die Telephonboje war nicht möglich, da inzwischen die Zentrale verlassen war. Durch Vermittelung von „Augsburg“ wurde die Hilfe der Torpedoinspektion und Werft angerufen. Da „Vulkan“ zur Bodenreinigung im Dock lag, war zuerst der Werftkran im Verlaufe einer knappen Stunde zur Stelle. Da nach Lage des Bootes angenommen werden mußte, daß die Besatzung sich vorn befand, wurde mit dem Kran das Vorderteil so weit gehoben, daß die Mündungen der Torpedorohre über Wasser kamen. Diese Art des Vorgehens schien nach Lage der Sache den schnellsten Erfolg zu versprechen. Auf Heranziehung von „Vulkan“, der um 1 Uhr 25 Minuten eintraf und das Boot nur in horizontaler Lage hätte heben können, wurde daher zunächst verzichtet, zumal der Schwimmkran zu dieser Zeit seine Takel durch Taucher schon eingeschäkelt hatte. Durch die Torpedorohre wurden die im Torpedoraum befindlichen Leute gerettet. Sie hatten unter den durch das Schott nachdringenden Dämpfen zu leiden. Sie hielten sich nur dadurch, daß ihnen durch den vorgesehenen Notluftanschluß Luft von außen zugeführt wurde und sie die im Unterseeboot befindlichen Mittel zur Lufterneuerung ausnutzten.

Das Unterseeboot „U 3“ ist Donnerstag Vormittag in eins der beiden Trockendocks gebracht und dort trocken gestellt worden. Die Eltern des verunglückten Leutnants zur See Kalbe sind in Kiel eingetroffen. Die Leichen der beiden Offiziere werden am Freitag an die Bahn gebracht, um nach der Heimat überführt zu werden. Der Matrose Rieper wird am Sonnabend Nachmittag auf dem Garnisonkirchhof in Kiel beerdigt werden. Zahlreiche Beileidskundgebungen, auch von fremden Staaten, die den Kieler Marinebehörden zugegangen sind, beweisen die große Teilnahme weiter Kreise an dem schweren Verlust, der die Marine betroffen hat.

Die Pestgefahr in Ostasien. Die Pestepidemie in der Mandschurei wird immer mehr zu einer Gefahr, gegen die nicht nur die chinesischen und russischen Behörden, sondern auch die europäischen Konsulate zu energischen Abwehrmitteln greifen müssen. Wie depeschiert wird, kommen in Charbin täglich etwa 250 Todesfälle vor. Die Totengräber können nicht genügend Gräber anfertigen. Ein findiger Chinese vermietet seine sonst als Getreidespeicher dienende Scheune zum Stapeln von Pestleichen für 3 Mark täglich pro Leiche. Die chinesischen Behörden in Charbin sind aus dem Chinesenviertel in das Europäerviertel übergesiedelt. Viele Chinesen fliehen nach dem Süden und verschleppen die Pest immer weiter. Der deutsche Konsul hat eine Verfügung veröffentlicht, nach der die deutschen Reichsangehörigen sich den sanitären Bestimmungen des Bahndirektors zu fügen haben. Zuwiderhandelnde werden mit 1000 Mark Strafe bedroht.

Kleine Nachrichten. Auf Zeche „Königsgrube“ in Kellinghausen bei Bochum fiel ein italienischer Arbeiter in den 40 Meter tiefen Schacht, wobei er so schwere Verletzungen erlitt, daß er tot zutage gefördert wurde. — Auf Grube „Kasimir“ bei Sosnowice in Russisch-Polen entstand ein großer Grubenbrand, dessen Entstehungsursache unbekannt ist. Vier Bergleute fanden den Tod durch Ersticken, da sie sich aus der Region der giftigen Gase nicht mehr retten konnten. Die gleiche Gefahr bestand für 460 Bergleute, die sich bei Ausbruch des Feuers in der Grube befanden. Doch gelang es [illegible], sich noch rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. — Donnerstag früh ist die Dampfziegelei [illegible] Müller u. [illegible] in Neumarkt vollständig niedergebrannt. Der Schaden ist enorm.

* **Stadtverordnetenversammlung.** Die nächste Sitzung der Stadtverordneten wird am Donnerstag, den 26. Januar, Nachmittags 4 Uhr, abgehalten.

* **Ein Prozeß um 30000 Mark.** Eine sehr interessante Streitsache, die weitere Kreise interessieren dürfte, spielte sich vor dem Breslauer Kaufmannsgericht ab. Im Jahre 1900 errichtete die Automaten-Gesellschaft Kamm u. Co. in Breslau ein Restaurant-Automat auf der Schweidnitzerstraße. Es war das erste Restaurant dieser Art. Es erregte allgemeine Bewunderung, das Publikum strömte förmlich dorthin, der Verkehr war ein ungeheurer. Geschäftsleiter war Herr Fischer. 5 Jahre hindurch machte der Automat die glänzendsten Geschäfte, im sechsten ließ der Umsatz stark nach. Anstatt des erhofften Verdienstes entstand ein Manko. Fischer übernahm vor ungefähr 3 Jahren in Gemeinschaft mit einem Kompagnon das Geschäft für eigene Rechnung, er kaufte es von der Gesellschaft. Bei näherer Durchsicht der Geschäftsbücher, besonders des letzten Jahres der Geschäftsführung Fischers kam die Gesellschaft zu dem Ergebnis, daß das letzte Jahr statt eines Verlustes einen Reingewinn von mindestens 40.000 Mk. hätte ergeben müssen. Nur durch grobe Nachlässigkeit in der Geschäftsleitung oder sonstige Umstände konnte die Unterbilanz entstanden sein. Da sich Fischer außergerichtlich zu einer Entschädigung an die Gesellschaft nicht verstehen wollte, klagte diese vor dem Kaufmannsgericht auf Zahlung einer Entschädigung von 44.000 Mk., die sie später auf 30.000 Mk. ermäßigte. Der Prozeß dauerte viele Monate und beanspruchte eine Reihe von Terminen. Der Beklagte beantragte die Abweisung der Klage, für die, wie er behauptete, nicht der mindeste Anhalt gegeben sei. Der geringe Umsatz wie auch der geringe Verdienst wäre darin zu suchen, daß in Breslau mehrere Automaten-Restaurants eröffnet wurden und die Preise für alle Lebensmittel erheblich höhere geworden sind. Von einer Veruntreuung oder schlechten Geschäftsführung könnte nicht die Rede sein. Das Kaufmannsgericht stand vor einer Riesenarbeit. Es sollte ermittelt werden, ob tatsächlich im letzten Jahre gegen die früheren Jahre der Umsatz kleiner war und einen geringeren Nutzen abgeworfen hat, und weiter, ob der Beklagte daran eine Schuld habe. Es wurden der Bücherrevisor und Konkursverwalter Baer und der Leiter eines Automaten in Köln beauftragt, Gutachten auszuarbeiten. Das Resultat war ein sehr überraschendes. Die Sachverständigen ermittelten auf Grund der Geschäftsbücher, wie hoch sich die Summe für eingekaufte Waren, der Geschäftsunkosten und des Umsatzes für jedes Jahr belaufen hat. Im Jahre 1900 lieferte die Gesellschaft für Breslau 125.000 Mk. Waren, die Unkosten betrugen 50.000 Mk., der Erlös der Waren betrug 210.000 Mk. Der Reingewinn betrug 33.000 Mark. In den nächsten 4 Jahren steigerte sich der Reingewinn auf 50.000—55.000 Mk., im letzten dagegen betrug der Umsatz bei einem Einkauf von 124 000 Mk. nur 168.000 Mk., da die Unkosten 50.000 Mark betrugen, war hier eine Unterbilanz zu verzeichnen. Die Klägerin führte an, daß nicht 160,000 Mk., sondern 210.000 M., genau wie in den ersten Jahren, hätten erzielt werden müssen. Der Fehl-Betrag sei daher ein Rätsel und ließe sich nur durch eine liederliche Wirtschaft erklären. Bewiesen könne werden, daß der Beklagte ein sehr luxuriöses Leben geführt habe. Der Beklagte erklärte, die Rechnung der Sachverständigen stimme nicht, es seien im letzten Jahre nicht für 123.000 Mk., sondern nur für 110.000 Mk. Waren gekauft worden. Das Publikum habe größere Anforderungen gestellt, die Portionen mußten größer gemacht werden und die Ware sei durchgängig teurer geworden, die Wiener Würstchen beispielsweise um 1 1/2 Pfennige das Paar. Die Klägerin gab zu, daß die Würstchen teurer geworden sind, das sei aber das einzige, alle anderen Waren seien billiger gewesen als sonst. Die Würstchen, bemerkte der Beklagte, seien ein Hauptposten, da täglich über 500 Paar verkauft werden, so ergeben die Mehrkosten eine schöne Summe. Dem Vorsitzenden lag daran, die Parteien auf irgend eine Weise gütlich zu einigen. Die Einigung kam auch nach mehrstündiger Verhandlung auf folgende originelle Art zustande: Fischer tritt seinen Anteil an dem Geschäft an die Automat-Gesellschaft Kamm und Co. am ersten Mai dieses Jahres ab. Dafür quittiert die Klägerin die an Fischer bestehende Forderung von 30.000 Mark und zahlt außerdem bei Uebernahme an Fischer in bar 30.000 Mk. Schließlich übernimmt Klägerin die Schuld Fischers an eine dritte Person von 9000 Mk. Der Beklagte verpflichtet sich, das Geschäft bis 1. Mai cr. im normalen Betrieb zu erhalten. So endete der Prozeß, der so viele Arbeit erforderte.

* **Der Zentralverband der Schmiede**, Zahlstelle Breslau, hielt am 18. Januar seine erste Versammlung im neuen Jahre im Gewerkschaftshause ab. Der Kassierer gab zunächst die Abrechnung vom 4. Quartal 1910 bekannt. Dann erstattete Kollege Penkert den Geschäftsbericht vom Jahre 1910. Daraus geht folgendes hervor: Die Konjunktur war, wie auch in den letzten beiden Vorjahren, eine ungünstige. Die Zahl der Beschäftigten blieb gegen frühere Jahre noch zurück und verschiedentlich wurde bei verkürzter Arbeitszeit gearbeitet. Dadurch war die Organisation in ihrer Entwickelung gehemmt. Auch die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse konnte nicht, wie gewünscht, herbeigeführt werden. Trotzdem ist es gelungen, in manchen Betrieben etwas herauszuschlagen. Wenn sich auch keine direkten Lohnbewegungen zeigten, so wurde doch auf Betreiben der Organisation einer ganzen Anzahl von Kollegen eine Erhöhung des Lohnes zu teil. Die Huf- und Wagenschmiede hatten sich gegen weitere Belastung in der Ortskrankenkasse zu wehren. Dabei ist das Eingreifen der Organisation wohl nicht ohne Erfolg geblieben; es hätte mehr erreicht werden können, wenn sich die Mehrzahl der beteiligten Kollegen mehr der Bedeutung der Angelegenheit bewußt gewesen wäre. Wegen Regelung des Arbeitsnachweises ist die Innung angegangen worden. Ihr Vorstand hat sich wohl mit dem Gesellenausschuß darüber ausgesprochen, der Innungsverband hat es aber noch nicht für nötig befunden, über seine Stellungnahme Antwort zu geben. Das Verhältnis zu anderen Organisationen war, mit geringen Ausnahmen, befriedigend.

Die Mitgliederzahl ist gegen das Vorjahr um 8 gestiegen. Aufnahmen wurden 91 (68 im Vorjahr) gemacht. — Der gesamte Zugang an Mitgliedern betrug 110 (82). Der Abgang beträgt 102 Mitglieder, darunter 23 abgereiste und 59 gestrichene. Zu andere Verbände übergetreten sind 7 Kollegen. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug 6397,95 Mark, gleich 802 Mark mehr als 1909; von dem Mehr kommen allerdings 620,50 Mark auf Extrabeiträge. Die Ausgabe weist die Summe von 4058,63 Mark (1127,43 Mark) auf; darunter 1100,22 Mark Arbeitslosenunterstützung, 1518,68 Mark Krankenunterstützung, 47,50 Mark Reiseunterstützung, 35 Mark Umzugsunterstützung, 4 Mark Streikunterstützung und 149,31 Mark für Rechtsschutz. 2180 Mark konnten der Hauptkasse überwiesen werden. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 1656,82 Mark der eine Ausgabe von 1480,36 Mark gegenüberstand. Auch hier sind noch 179,50 Mark Arbeitslosenunterstützungen, 240 Mark Krankenunterstützung und 16 Mark sonstige Unterstützungen gezahlt worden. Für das Arbeitersekretariat und das Kartell wurden 118,84 Mark und für das Gewerkschaftshaus 218,18 Mark gezahlt. Zur Unterstützung der Werftarbeiter wurden der Hauptkasse 300 Mark überwiesen. An den Bericht schloß sich eine kurze Debatte. Es folgten dann die Berichte über den Arbeitsnachweis und das Gewerkschaftskartell, worauf die Ortsverwaltung und der Kartelldelegierte neu gewählt wurden. Um 11½ Uhr fand die Versammlung ihr Ende.

* **[illegible]-Verband.** Die Generalversammlung im Gewerkschaftshause am 18. Januar nahm zunächst den Geschäftsbericht des [illegible] des V. V. entgegen. Das [illegible] Mitglied [illegible] wurde dabei in üblicher Weise geehrt. Der Vorsitzende Kollege Hannig gab den Kassenbericht über das Jahr 1910. Die Einnahme betrug 241,28 Mk., ausgegeben wurden 57,65 Mark; es bleibt mithin ein Kassenbestand von 184,63 Mark. Der Verein zählt 105 Mitglieder. Nach dem Kassenbericht des Kollegen Gerlach über das 4. Quartal 1910 betrugen die Einnahmen aus Marken und Einschreibegeldern 768,30 Mark, die Ausgaben 377,33 Mark. Unterstützungen wurden gezahlt: an 9 Kranke für [illegible] Tage 255 Mark, an 3 Arbeitslose für 15 Tage 22,50 Mark. Es konnten also 390,97 Mark an Hauptkasse gesandt werden. Die Lokalkasse hat eine Einnahme von 325,75 Mark und eine Ausgabe von 146,83 Mark. Das Vermögen der Lokalkasse betrug am 1. Januar 1911 260.42 Mark, die Mitgliederzahl am Schluß des Jahres 1910 119. Der Arbeitsnachweis des Verbandes wurde von 15 Arbeitgebern benutzt. An 37 arbeitsuchende Kollegen wurden 28 Stellen vermittelt. Es folgte dann die Neuwahl des Vorstandes, aus der der bisherige Vorstand wieder hervorging. Da es den organisierten Kollegen unmöglich war, bei den Innungsmeistern Arbeit zu erhalten, richtete der Vorstand der Filiale ein Schreiben an die Innung mit dem Ersuchen, den beim Streik gefaßten Beschluß, keinen organisierten Gesellen zu beschäftigen, aufzuheben und mit der Organisation die Lohnverhältnisse zu regeln. In der Antwort vom 23. Dezember 1910 versichert die Innung, daß der Beschluß nicht mehr bestehe, lehnt aber jede Verhandlung mit der Organisation ab. Mit diesem Verhalten wird sich eine Mitglieder-Versammlung am 25. Januar im Billardzimmer des Gewerkschaftshauses beschäftigen. Nach Besprechung des Balles mit Reisenkranz, der am 11. März im „Deutschen Kronprinzen" abgehalten wird, wurde die Versammlung geschlossen.

* **Graf-Kursus.** Heute, Freitag Abend, findet der dritte Vortrag des naturwissenschaftlichen Kursus „Vom Urtier zum Menschen" statt. Behandelt wird die Entstehung der Lebewesen und die Entwickelung der Pflanzenwelt.

* **Der Kampf um die Schankkonzession.** Seit mehreren Jahren petitionierte der Architekt Juntke um die Erteilung der Konzession zum Betriebe der Schankwirtschaft in dem Grundstück Schuhbrücke und Kupferschmiedestraße Nr. 14. Ueber diese Sache ist schon viel geschrieben worden. In dem Grundstück wurde, ehe umgebaut wurde, eine Kretscham-Restauration „Blauer Adler" betrieben. Der Besitzer beging den Fehler, daß er, anstatt die Konzession nachzusuchen, bevor der Bau in Angriff genommen wurde, erst nach Fertigstellung des Baues das Gesuch einreichte. Stadtausschuß sowohl wie Bezirksausschuß erachteten das eingebaute Lokal als ein neues und da das Ortsstatut für Schankwirtschaften bestimmt, daß die Erteilung der Konzession für neu errichtete Wirtschaften vom Bedürfnis abhängig zu machen sei, wurde der Petent wiederholt mit seinem Antrage abgewiesen, da die Bedürfnisfrage jedesmal verneint wurde. Petent war dadurch nicht entmutigt. Er kam immer wieder von neuem ein und behauptete, daß auf dem Hause nach einer Urkunde aus dem achtzehnten Jahrhundert von Kaiser Leopold die Realgerechtsame ruhe, es gehöre zu den damals privilegierten 154 Wirtschaften. Der Stadtausschuß konnte sich zwar von dieser Tatsache nicht überzeugen, aber er erteilte vor etwa 3 Monaten die Erlaubnis zum Betriebe der Wirtschaft, indem er annahm, daß die Verhältnisse in der dortigen Gegend sich zugunsten des Petenten geändert haben. Es sei jetzt in einer Entfernung von 150 Schritt nur ein gleichartiges Etablissement vorhanden, das das Bedürfnis nicht decke, und daher sei jetzt das Bedürfnis für das zu konzessionierende Lokal anzuerkennen. Das Polizeipräsidium war damit nicht einverstanden, es legte Berufung beim Bezirksausschuß ein und bemängelte, daß die Bedürfnisgrenze vom Kreisausschuß zu niedrig bemessen worden sei; im Innern der Stadt sei die Grenze nicht 150, sondern 200 Schritt. In dieser Entfernung befänden sich aber mehr als eine gleichartige Schankstelle, demnach sei kein Bedürfnis vorhanden. Herr Juntke bat den Bezirksausschuß unter Vorlegung seiner persönlichen Verhältnisse, das Urteil des Stadtausschusses zu bestätigen, da er sonst ruiniert sein würde. Der Gerichtshof bestätige die Vorentscheidung. Endlich, kann der Mann ausrufen, komme ich zur Ruhe.

Ein anderes interessantes Schankgesuch ist das des Restaurateurs Simon auf der Mäntlergasse. Der Mann ist mehrere Male um die Genehmigung zum uneingeschränkten Schankbetrieb in Erweiterung seines Geschäfts eingegangen, aber immer abgewiesen worden. Der Restaurateur versuchte nun, auf eine andere Weise zum Ziele zu kommen. Er erklärte, um darzutun, daß für sein Geschäft unbedingt das Bedürfnis bestehe, daß er monatlich 12 bis 15 Eimer Korn ausschenke. Der Stadtausschuß erteilte auch wirklich die Erlaubnis. Wenn soviel Korn verkauft werde, sagte er sich, muß wirklich ein Bedürfnis vorhanden sein. — Das Polizeipräsidium legte Berufung ein. — Der Bezirksausschuß hob die Entscheidung auf und erkannte auf Abweisung. Der Vorsitzende, Verwaltungsgerichtsdirektor Dr. Sarre, führte aus, daß der Bezirksausschuß es unmöglich als richtig anerkennen kann, daß ein Wirt, der viel Schnaps verkauft, auf ungesetzlichem Wege die Konzession erhalten müsse. Das Bedürfnis in diesem Stadtteil sei gedeckt und darum eine Vermehrung der Schankstätten nicht geboten. Simon hatte sich an den Kaiser gewendet; es ist ihm geantwortet worden, daß Konzessionen auf dem Gnadenwege nicht erteilt werden können.

h. **Der 40 Kongreß der Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-Innungen** Deutschlands tagt vom 24. Juli bis 26. Juli in Breslau im Konzerthause. Mit dem Kongreß ist verbunden eine Fach- und gewerbliche Ausstellung. Meister, Gehilfen und Lehrlinge sollen für ihre besten Arbeiten prämiiert werden. Am 25. Juli Abends wird ein Preis-Damen-Frisieren veranstaltet. Es werden dazu etwa 20 bis 25 Damen mit schönem, vollem Haar gesucht.

* **Achtung, Arbeiterturner!** Sonntag, den 22. Januar, Nachmittags 4 Uhr, Generalversammlung des Vereins im Gewerkschaftshause. Bei der äußerst wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht aller Mitglieder, anwesend zu sein.

* **Ueber einen Unfall**, dem beinahe ein Menschenleben zum Opfer gefallen wäre, wird uns geschrieben: Arbeiter der städtischen Gaswerke waren Donnerstag im Hause Albrechtsstraße 37 damit beschäftigt, die Gasleitung, die vom Vorderhause nach dem Mittelhause führt, in Ordnung zu bringen. Hierbei wurde der Arbeiter Schimmel durch ausströmendes Gas so betäubt, daß es nur nach längerem Bemühen der Sanitätsmannschaften der herbeigerufenen Feuerwehr gelang, ihn wieder zum Bewußtsein zu bringen. Schimmel ist dann im Krankenwagen nach dem Allerheiligenhospital gebracht worden. Die Arbeiter führten Klage, daß in dem Grundstück eine ungenügende Absperrvorrichtung vorhanden wäre. Auch die Feuerwehrleute bemängelten dies.

§ **Von einem Automobil umgerissen** wurde Mittwoch auf der Neuen Tauentzienstraße ein achtjähriger Knabe, der schwere Verletzungen am Kopfe davontrug.

§ **Vermißt** wird seit dem 14. d. Mts. der 35 Jahre alte Schneider Paul Zurfiebel von hier, Oderstraße 13 wohnhaft. — Ferner wird seit demselben Tage der 16jährige Tapezierlehrling Karl Kutschein, Gabitzstraße 8, vermißt.

§ **Aufgefundener Fötus.** Am Donnerstag ist auf dem Fränkelplatz ein etwa 4 Monate alter Fötus weiblichen Geschlechts gefunden worden, der in geblümten Stoff gehüllt war und in den Anlagen des Platzes niedergelegt war.

§ **Ein neues Einbrecherkleeblatt.** Am 15. d. M. wurden in einer Wohnung auf der Friedrich-Wilhelmstraße Einbrecher bemerkt; man holte Polizei herbei, aber zweien der Diebe gelang es, zu entfliehen, während der dritte, der sich unter einem Sofa versteckt hatte, gefaßt werden konnte. Es war dies der [illegible] Jahre alte Hausdiener, frühere Brauerlehrling Otto [illegible]; auch die beiden anderen Männer sind inzwischen ermittelt, haben sich aber ihrer Festnahme durch Flucht vorläufig entzogen. Dieses Diebeskleeblatt führte an dem genannten Tage schon den dritten Einbruch aus, hatte nämlich vorher auf der [illegible] und auf der Sonnenstraße eingebrochen. Nach weiteren Ermittelungen sind von den drei Leuten [illegible] Einbrüche ausgeführt worden, so u. a. auf der Vorwerksstraße, wo ihnen 500 Mk bares Geld in die Hände fielen.

§ **Auf frischer Tat verhaftet.** Der Hausdiener Alois Thiel hatte Donnerstag früh auf dem Salvatorplatz ein Fahrrad „Apollo" [illegible] und dieses im Laufe des Tages an verschiedenen Stellen zum Kaufe angeboten. Davon hatte die Kriminalpolizei Wind, und schließlich gelang es einem ihrer Beamten, Thiel mit dem Rade in dem Augenblicke zu fassen, als er über die [illegible] entweichen wollte.

§ **Wieder ein Kollidiebstahl.** Am 14. d. M. ist von einem Rollwagen, vermutlich in der Nähe des [illegible], ein Kolli sig. E. K. B. Nr 5224 gestohlen worden. In dem Kolli befanden sich ein [illegible].

§ **Einen Handwagen mit geschlachtetem Geflügel** im Werte von 93 Mark stahl am Donnerstag ein Unbekannter auf der Neudorfstraße Ecke Augustastraße. Nachdem sich der Dieb das Geflügel eingesackt hatte, ließ er den Wagen unweit des Tatortes stehen.

§ **Ueberzieherdiebstahl.** Vor einigen Tagen wurde einem Tischlergesellen in einem Tanzlokal auf der Gabitzstraße ein Winterüberzieher gestohlen.

§ **Gefunden** wurden ein braunes Fell, zwei Boas, eine Ledertasche enthaltend ein Paar Schuhe, ein Paket enthaltend einen Ueberzieher, ein Jackett, eine Weckeruhr und drei Töpfe.

Neueste Nachrichten.

Wahlrechtsversammlungen.

Berlin, 20. Januar. Für nächsten Sonntag Mittag sind auch hier von der Partei etwa 60 öffentliche Volks-Versammlungen ausgeschrieben worden, mit der Tagesordnung: „Kein gerechtes Wahlrecht in Preußen".

Antrag der polnischen Fraktion im Reichstage.

Berlin, 20. Januar. Die polnische Fraktion des Abgeordnetenhauses hat den Antrag eingebracht, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, sobald als möglich eine Vorlage einzubringen, durch die der unbeschränkte Gebrauch der polnischen Sprache in öffentlicher Versammlungen landesgesetzlich gewährleistet wird.

Nachdem die Polen sich bei der Finanzreform und bei der Zivilliste so „mannhaft" benommen haben, wird man gerade auf sie Rücksicht nehmen.

Von den Geretteten des „U. III."

Kiel, 20. Januar. Die aus dem Unterseeboot geretteten Offiziere und Mannschaften haben sich bis gestern Nachmittag so weit erholt, daß 21 von ihnen aus dem Lazarett entlassen werden konnten. Nur zwei der Leute sind noch im Lazarett geblieben, aber auch diese werden schon im Laufe des heutigen Tages aus dem Lazarett entlassen werden können. Nachträglich verlautet von den Geretteten, daß bei den Rettungsarbeiten eine fortgesetzte Verständigung zwischen den Rettern und den im Bootsraum eingeschlossenen Mannschaften ermöglicht wurde und zwar geschah dies dadurch, daß mit dem Hammer an die Schiffswand geschlagen wurde. Durch Klopfzeichen dieser Art wurde auch, als das Vorderschiff des Bootes gehoben war, die Eingeschlossenen aufgefordert, die Verschlußkapseln des Rohres zu öffnen und als dies geschehen war, krochen die drei mehrfach genannten mutigen Retter hinein, um auch die, die zu erschöpft waren, um ohne fremde Hilfe aus dem Rohr ins Freie zu gelangen, zu holen. Das war keineswegs eine leichte Aufgabe, denn sie mußten sich durch ein Rohr von 45 Zentimeter Weite und 6 Meter Länge zwängen. Eine gemeinsame große Trauerfeier für die Opfer findet heute Nachmittag in der Kapelle des Garnisonslazaretts statt.

Ermittelungsverfahren gegen Studenten.

Königsberg i. Pr., 20. Januar. Gegen die Studenten, die in Labiau-Wehlau Wahlhilfe leisteten, ist, der „Hartung'schen Zeitung" zufolge, vom Universitätsrichter ein Ermittelungsverfahren eingeleitet worden. Es haben bereits zahlreiche Vernehmungen stattgefunden.

Opfer des Brandes des „Kasimir".

Kattowitz, 20. Januar. Die Zahl der Opfer beim Brande der Grube „Kasimir" bei Sosnovice beträgt vierzig. Die Katastrophe soll auf mangelhafte Einrichtungen zurückzuführen sein, die bei der Grube schon seit langem herrschten.

Die Winzerunruhen in der französischen Kammer.

Paris, 20. Januar. Die Kammer wird heute in ihrer Sitzung sich mit den Kundgebungen befassen, die in den letzten Tagen von den Weinbauern und Weinproduzenten im Gebiete der Champagne veranstaltet worden sind.

Teilweise Begnadigung.

Tokio, 19. Januar. Für zwölf von den vierundzwanzig verurteilten Anarchisten ist die verhängte Todesstrafe in lebenslängliche Gefängnisstrafe umgewandelt worden. Kotoku und die verurteilte Frau sollen hingerichtet werden. (Siehe Ausland.)

München, 20. Januar. Hier hat sich ein 17jähriger Gymnasiast, der Sohn eines Apothekers, auf dem Boden des elterlichen Hauses aus bisher noch unbekannten Gründen erhängt. In der Schule lag gegen ihn nichts vor.

Wasserstands-Nachrichten der Oder.

Pegelst. in Meter früh 8 Uhr	Ratibor	Cosel	Krappitz	Neisse	Neisse Mdg. Ob.	Neisse Mdg. Un.	Brieg Ob.	Brieg Un.	Kottwitz*)	Treschen*)	Breslau Ob.	Breslau Un.	Pöp. Stb.	Steinau
20. 1.	1,25	2,26	3,13	—	2,6	2,36	4 94	5,11	1 70	1,48	5,20	—0,78	1,36	—
19. 1.	1,76	0,51	2,00	0,02	2.16	1,74	4,72	3,58	1,44	1,20	5.12	—0,98	1,10	1,77
Mittel	1,68	0,98	2,12	0,42	2,46	2.07	4,07	2,38	1,68	1,56	5,00	0,14	1,88	1 15

*) Ausuferungshöhe i. Kottwitz 3,50; für Treschen (Oder-) Ohle-Niederung 3,25.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Freitag, den 20. Januar:

Vortrags-Kursus im großen Saale.

Sonnabend, den 21. Januar:

Schiffszimmerer. Maskenball im großen Saale.

Maschinenschlosser. Vertrauensmänner-Versammlung im Zimmer Nr. 3.

Bildhauer. Abends 9 Uhr: Außerordentlich wichtige Versammlung im Zimmer 5.

Sonntag, den 22. Januar:

Isolierer. Vormittags 9 Uhr: Versammlung im Billardzimmer.

Freie Turnerschaft Breslau. Nachmittags 4 Uhr: Generalversammlung im Zimmer 2. Ohne Mitgliedskarte kein Zutritt.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Distrikt 17 (Schweidnitzer Tor, südlich).

Sonnabend, den 21. Januar, Abends 6 Uhr: Fortsetzung der Flugblatt-Verbreitung. Um den Rest zu erledigen, ersucht um eine nochmalige Beteiligung. Der Distriktsführer.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land). Neumarkt.

Land-Distrikt 17 (Deutsch-Lissa).

Sonntag, den 22. Januar, Nachmittags 3 Uhr, bei Frau Fuhrmann in Deutsch-Lissa große öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung: „Thronrede und Wahlrecht in Preußen und die Antwort des Volkes 1911." Genossen, agitiert für die Versammlung.

Montag, den 23. Januar, Abends 8 Uhr, bei [illegible] Mitglieder-Versammlung. Alle Mitglieder haben zu erscheinen, da die Tagesordnung sehr wichtig ist. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Abends 7 Uhr in demselben Lokal Abrechnung der Bezirksführer. Listen und Karten müssen vorgelegt werden.

Der Distriktsführer.

Literatur.

Für unsere Mütter und Hausfrauen: Die Armen in der Kirche. Von Arthur Rimbaud. — Kunst und Proletariat. Von Klara Zetkin. (Schluß.) — Steinwerfen! Von Heinrich Scharrelmann. — Feuilleton: Sein letztes Hochamt. Von Wilhelm Holzamer. (Schluß.)

Die „Gleichheit" erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 Mk.

Briefkasten

Sprechstunden der Redaktion Wochentags nur v. 12—1 Uhr Mittags. Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt.

P., Gärtnerweg. Wenn Ihr Mann nicht entmündigt worden ist, hat er noch das Recht der väterlichen Gewalt; daß er augenblicklich im Armenhause untergebracht ist, hat nichts zu sagen.

Tristan. 1. Das von dem Ehegatten selbst geschriebene Testament genügt. 2. Die Stempelgebühr richtet sich nach dem Werte des Nachlasses. 3. Innerhalb 14 Tagen. Ein Testament, das nicht gestempelt ist, ist trotzdem giltig. 4. Ja.

K. 50. Sie müssen den Schuldner zunächst auf Zahlung eines Teiles der Schuld beim Amtsgericht verklagen. Besorgen Sie sich vom Gemeindevorsteher ein Armuts-Zeugnis, womit Sie aufs Gericht gehen müssen, um dort mit der Klage das Gesuch um Bewilligung des Armenrechts und Zuordnung eines Rechtsanwalts zu beantragen.

D., Langegasse. 1. Die Frau war nicht berechtigt, die Sachen mitzunehmen; sie muß beim Amtsgericht auf Herausgabe verklagt werden. 2. Sind minderjährige Kinder vorhanden, so wird der überlebende Ehegatte immer vom Gericht aufgefordert, ein Nachlaß-Verzeichnis einzureichen. Wenden Sie sich an das Amtsgericht, daß Ihnen darüber nähere Angaben machen wird.

A. K., Sandberg. Ueber die Kündigungszeit haben Sie die nötigen Vorschriften zu machen, nicht die Bank.

B. K., Striegau 100. 1. Die Sachen, die Sie in die Ehe eingebracht haben, dürfen wegen der Gerichtskosten des Mannes nicht gepfändet werden. 2. Hat Ihr Mann außer dem Rockanzuge noch zwei andere Anzüge, so ist der Rockanzug pfändbar, sonst nicht.

K. G. Das Kunstblatt ist mit dem Heft 51 der „Freien Stunden ausgegeben worden; wenden Sie sich an die Expedition.

A., Glogau. Die zweitgrößte Stadt Preußens ist Köln, nicht Breslau.

M. S., Waldenburg. Werden die Kinder von dem Manne roh mißhandelt, so bitten Sie den Magistrat, daß er dagegen einschreitet. Gegen das Zusammenleben der Leute ist nichts zu machen.

A., Bärenstraße. 1. Ihre Frau muß sich beim Ausscheiden aus der Arbeit sofort als freiwilliges Mitglied der Kasse anmelden, damit sie nach der Entbindung die Wöchnerinnenunterstützung sechs Wochen lang bekommt. Vor der Entbindung gibts kein Krankengeld, denn Schwangerschafts-Unterstützung kennt das Gesetz leider noch nicht. 2. Wenn Sie von einem Vormunde bisher nichts gehört haben, obwohl das Kind 6 Monate alt ist, so muß sich die Mutter an das Gericht wenden und beantragen, daß endlich ein Vormund bestellt wird. Wenn die Mutter 21 Jahre alt ist, kann sie auch selbst die Vormundschaft übernehmen. 3. Ja, aber wir raten Ihnen davon ab.

Am 17. d. Mts. verschied nach langen Leiden die Frau unseres Werkmeisters

Frau Agnes Reinhold

geb. Beli

im Alter von 63 Jahren.

Die organisierten Arbeiter und Handwerker der Firma „Archimedes", Abteilung: Maschinenbau.

Beerdigung: Sonnabend, nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause, Friedrich-Wilhelmstr. 95, nach Cosel, St. Barbara. 306

Am 19. d. Mts. verstarb unerwartet an Herzschlag unser seelensguter Gatte und Vater, der Tischler 345

Otto Pelzl

im 46. Lebensjahre.

In tiefstem Schmerz zeigt dieses an

Die trauernde Gattin:
Lina Pelzl nebst Kindern.

Beerdigung: Sonntag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Kospothstrasse 4, nach Oswitz, St. Michael.

Am 19. d. Mts., früh 7 Uhr, starb unerwartet, in Ausübung seines Berufs, unser Kollege, der Tischler

Otto Pelzl.

Ein dauerndes Andenken bewahren ihm

Die Tischler der Firma Mager, Hundsfeld.

Beerdigung: Sonntag, den 22. Januar, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhaus, Kospothstrasse 4, nach Oswitz. 310

Stadt-Theater.
Freitag 7½ Uhr:
„Die lustigen Weiber von Windsor".
Sonnabend 7½ Uhr:
„Hoffmanns Erzählungen".
Sonntag nachmittag 3½ Uhr:
„Rotkäppchen".
Abends 7 Uhr:
Gastspiel **Friedrich Plaschke.**
„Die Walküre".

Lobe-Theater.
Freitag 7½ Uhr:
„Das Musikantenmädel".
Sonnabend 7½ Uhr:
Zum 1. Male:
„Die Kinder".
Sonntag nachmittag 3½ Uhr:
„Der Graf von Luxemburg".
Abends 7½ Uhr:
Zum 2. Male:
„Die Kinder".

Thalia-Theater.
Sonntag 7½ Uhr:
„Die geschiedene Frau".
Billettverkauf Sonnabend von 10—2 Uhr, Sonntag von 11—2 Uhr im Stadt-Theater und im Thalia-Theater.

Schauspielhaus
Freitag abend 8 Uhr:
„Hans, der Flötenspieler".
Sonnabend nachmittag 3½ Uhr:
Kinder-Vorstellung bei kleinen Preisen.
„Die goldene Märchenwelt".
Abends 8 Uhr:
„Kreoleublut".
Sonntag nachmittag 3½ Uhr:
„Die keusche Susanne".
Abends 8 Uhr:
„Kreoleublut".

Liebich's Etablissement.
Telephon 1646.
Die G'schamige.
Moritz Heyden. Ada Pagini.
Martin Kempinski
etc. etc. etc.
Anfang 7½ Uhr.

Viktoria-Theater
Gastspiel
Henry Bender
Der Doppelmensch.
Vorher die neuen Kunstkräfte.
Anfang 7½ Uhr.

Zirkus Busch
Telephon 3824 **Breslau** Loiseplatz.
Freitag, den 20. Januar 1911, abends 8 Uhr 255
und die folgenden Tage:
Farmerleben
Großes Original-Manege-Schaustück des Zirkus Busch in 5 Bildern.
1. Bild: **Straßenleben in Newyork.** 2. Bild: **Im Urwald.** 3. Bild: **Auf der Farm.** Der Ueberfall und Zerstörung des Blockhauses. 4. Bild: **Thaniss Rache.** 5. Bild: **Das Abschiedsfest.**
Im letzten Bild
Die Riesenspringflut
Jack Joyce, der berühmte amerik. Cowboy mit seinen wildesten Pferden
und das Riesenprogramm.
Preise der Plätze und Billett-Vorverkauf siehe Tageszettel.

Zoltgarten
Dir. H. Krainsik.
Vollständig neues Programm, u. a.
500 000 Volt — **H. B. Wood** — das elektrische Rätsel. — 500 000 Volt
Anfang 7½ Uhr.

Palmengarten.
Dir. H. Krainsik.
Heute Freitag:
Bockfest à la München.
Urgemütlich.
2grossart. Kapellen.
Die Nußen u. Damen-Trompet.
Entree frei.
Zum Ausschank gelangt
Schultheiß-Bock.

„Reformbier" überall käuflich.

Knorr-

Grünkernmehl giebt Suppen hochfeinen, aromatischen Geschmack.

Hahn-Maccaroni das Beste, was es in :: Maccaroni giebt. ::

5912

Nur in Originalpaketen von ¼ und ½ kg. Jedes Paket enthält einen Gutschein. Verlangen Sie die Prämienliste von der Firma C. H. Knorr A.-G., Heilbronn a. N.

C. M. Trapp: Tanz-Schule
Messergasse 14/16,
Prospekte kostenlos,
lehrt gut, reell und schnell alle Rund- u. Tourentänze. Kursus für 6, 8 und 10 Mark. Erteile auch Einzelunterricht zu jeder Zeit ohne Preisaufschlag, vollständig ungeniert, auch Sonntags, Walzer und Rheinländer in 2 Stunden. Aufnahme neuer Schüler täglich. Damen und Herren von Auswärts werden auf das schnellste ausgebildet.

Hosen näherinnen sucht Gensch, Matthiasstraße 165. [158

Hosennäherin
kann s. m. Leuthenstr. 11, part. [346

Gelegenheitskauf. 2 Bettstell. m. Mtz. 1 Chaiselongue, 1 Diwan b. zu verkaufen bei 281
Kreuter, Alexanderstraße 18.

Frische Hasen!
halbe von 1 Mk., junge Fasanen von 1,50 Mk., Rehblätter von 1 Mk., frischer Schwarzhase Stück 10 Pf., junge Kaninchen von 30 Pf. an. 169
C. Valentin, Neumarkt Nr. 2.

Einzel. Hosen verk.
Leihamt Altbüßerstr. 17. 202

Frische Hasen
gespickt 2,70 Mk., Rehwild, Fasanen und Kaninchen empfiehlt 315
Ellguth, Matthiasplatz 21, gegr. 1882.

Herren-, Knaben- und
Arbeiter-Garderobe
Echt Reutlinger
Maschinisten-Anzüge, Jacken und Hosen 5518 billigst bei
Wilhelm Knauerhase
nur Kupferschmiedestr. 17
Vorzeiger 5 % Rabatt.

Wer wohlfeil wirklich reelle und gute **Möbel** kaufen will, komme nur zu [6663
Siegfried Brieger
Kupferschmiedestraße 24.
Gegründet 1859. Telephon 9177.
Zahlung nach Vereinbarung.
Preisliste gratis und franko.

Ruba-Seife
Beste Hauswaschseife
Minimal-Fettsäuregehalt
60% garantiert
Überall erhältlich 4376
Auch im Consum- & Sparverein Vorwärts.
Ruba-Seife

Verein Breslauer Tanzordner, gegr. 1892.
Morgen Sonnabend:
MASKEN-BALL
im „Deutschen Kronprinz", Westendstr. 50/52.
Prunk-Festzug, die 4 Jahreszeiten, grossartige Ausstattung, lebendes Bild etc.
309
Es ladet ergebenst ein Der Fest-Ausschuß.

Beer's Restaurant, Brieg, Mühlstr. 22/23.
Sonnabend, den 21. Januar:

Großes Bockfest.
Für vorzügliche warme und kalte Speisen, Bockwürstchen und gutgepflegte Biere ist bestens Sorge getragen. 303
Zu zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein J. V.: Chr. Rumpel.

Deutscher Transportarbeiter-Verband
(Verwaltungsstelle Striegau.)
Sonnabend, den 21. Januar:
Winter-Vergnügen
bestehend aus Tanz und verschiedenen Verlosungen.
308 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Weißstein und Umgegend. Achtung!
Zu dem am Sonntag, den 22. Januar, nachm. 5 Uhr, im Gasthof zum „Annahof" in Neu-Salzbrunn stattfindenden
Beförderungs-Kränzchen
bei vollem Orchester der Weißsteiner Bergkapelle
ladet freundlichst ein 299 Der Vorstand.

„Das Bernhardiner-Bräu"
ist ein aus bestem Malz und Hopfen sehr stark eingebrautes Salon-Bier von mildem, aromatischem Malz-Geschmack.
Für die jetzige rauhe Jahreszeit eignet es sich ganz besonders zum Genusse, da es durch seinen hohen Gehalt an Malz-Extrakt Hirn und Magen und Körper angenehm durchwärmt. Es wird verzapft in meinen eleganten rauchfreien Bierhallen. Der Versand geschieht in Fässern: per Liter 30 Pf., in Flaschen: 25 Flaschen 3,50 Mk. frei Haus.
Hochachtend [6545
Gustav Sternagel-Haase, Brauerei zum Birnbaum, Breitestraße 8.

Arbeiter, Maurer, Zimmerleute
erhalten die beste
Arbeiter-Konfektion
zu billigsten Preisen. 6268
Dittmar Hamburger, Friedrich-Wilhelmstr. 88.

Grösste Sensation Breslaus! Neu eröffnet! Ein neues Verkaufs-System! !

Schuhwaren
zum Selbstkostenpreise!
mit **nur 10%** Verkaufsgebühren
(inkl. Spesen)
Ohlauerstrasse 58, I.

Einige Beispiele: 304
1 Paar Schuhe, die wir selbst mit 1 Mk. im Einkauf bezahlen, kosten nur 10 Pfg. Verkaufsgebühren, also 1,10 Mk. Verkaufspreis.
1 Paar Herren-Stiefel, die im Einkauf 3,50 Mk. kosten, werden schon mit 3,85 Mk. zum Verkauf gebracht.
1 Paar Herr.- od. Damen-Goodyearwelt-Stiefel, die im Einkauf 9,50 Mk. kosten, werden schon mit 10,45 Mk. zum Verkauf gebracht.
Vom einfachsten bis zum elegantesten Genre.
Auch Versand nach auswärts, nur gegen Nachnahme.

Erscheint 3mal wöchentlich.

Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis.

Den Lesern bei Einkäufen empfohlen.

Beuthen O.-S.

Bäckereien.
Bitte, Hugo, Piekarerstraße 11.

Brauereien.
Vereins-Brauerei A.-G.

Kurz-, Weiss- und Wollwaren.
Cohn, E., Inh.: M. Wartski, Ecke Bahnhofstr.-Boulevard.

Lebensmittel-Konsum.
Böhm, G., Kirchstraße u. Krakauerstraße.

Brieg

Arbeiter-Konfektion.
Neumann, R., Aepfelstr. 1. Div. Artikel.

Bäckereien und Konditoreien.
Beer, G., Mühlstr. 22. Tägl. frische Pfannkuch.
Biewald, Karl, Fischerstr. 57.
Hoffmann, Fedr., Neubäuerstraße 38, Fischerstr. 15, Milchstr. 5.
Kubell, Herm., Paulauerstraße 4.
Schröter, Ring 26, billigste Bezugsquelle für Kommiß- und Landbrot. Schröter, B., nur Zollstr. 24. Man ford. Brotm., b. 6 Stck. b. 7. gratis

Bierbrauereien.
Brieger Stadtbrauerei A.-G.
Bürgerliches Brauhaus. E. G. m. b. H.

Bürsten, Pinsel, Toilette-Artikel.
Fiala, A., Wollwitzerstraße 14.

Drog., Farben, Verbandstoffe.
Jank, R., Zentral-Drogerie, Milchstr. 1.

Fahrräder und Nähmaschinen.
Schmidt, G., Oppelnerst. 8. Reparat.-Wkst.

Fleischerei.
Auher, Joseph, Zollstraße.

Herren- u. Knaben-Garderobe.
Kubnert, Franz, Langestraße 11. Arbeitergarderobe.
Stoppelmann, Georg, Ring 34.
Wohl, Eugen, Burgstraße Nr. 27.

Holz- u. Kohlenhandlung.
Triller, Carl, Neubäuerstraße 55.

Hüte, Mützen, Pelzwaren.
Holzweißig, Franz's Nachf., Milchstr. 14.
Urbanczik, L., Zollstraße 11/12.

Kaufhäuser.
Bach, Arth., Ring 30. Bill. Bezugsquelle.

Kolonialwaren und Lebensmittel.
Grittner, Ernst, Burgstraße 23.
Rothe, Rob., Ring 5. Tabak u. Zigarren.

Kurz-, Weiss- und Wollwaren.
Sächs. Waren-Bazar, D. David, Ring 27.
Schwedenberg, E., Zollstraße 30.

Manufakturw., Damenkonf., Kleiderst.
Breslauer, Louis, Wollwitzerstraße 1.
Gebr. Knebel, Zollstraße 4. Herren- u. Knabengarderobe.
Sachs, Albert, Zollstraße 31.

Manufakturwaren, Konfektion.
Glaser, Gebr., Ring 2 (Spez. Kleiderstoffe).

Schuhwaren und Schuhmacher.
Barisch, Aug., Burgstraße 13. Reparatur-Werkstatt.
Burger Schuhfabrik, Zollstraße. 27.
Schinke, Fr., Schuhwarenhaus, Langestr. 55.
Stache, O., Wollwitzstr. 12. Größtes u. billigst. Schuhwarenh.
Urbanczik, L., Zollstraße 11/12.

Stroh- u. Filzhutfabrik, Waschanstalt.
Stock, Gust., Wollwitzerst. 2 (Trauerhüte).

Uhren und Goldwaren.
Gaffel, Paul, Langestr. 61 62, Rep.-Werkst.
Hecht, Carl, Zollstr. 6, Rep.-Werkst.
Materne, R., Oppelnerstr. 5, Verk. u. Reparat.
Strangfeld, Ernst, Wollwitzerstraße 5.
Werich, E., Burgstr. 22. Gr. Auswahl.

Zigarren, Zigaretten, Papierwaren.
Bürger, G., Milchstr. 4, neb. d. Schankwirtsch.
Hoebbchen, Georg, Ecke Zoll- u. Burgstr.

Bunzlau

Fleischereien.
Matthäi, Oskar, Zollstraße 11.

Herren-Artikel.
Rothe, Rich., Markt 12 Kragen, Krawatten.

Herren- u. Knaben-Garderobe.
Breuer, Joh., Ring 28. Fertige Garderobe u. Maß.
Scholz, Paul, Schönfelderstr., Maßanfertig.

Hüte, Mützen, Pelzwaren.
Milde, Max, Kirchstraße, Ring 13.

Kurz-, Weiss- und Wollwaren.
Kaufhaus Peritz, Markt 32. Herrenartikel.

Orig. Sing.-Nähmaschin., Sprechapp.
Kranz, E., Klosterstraße. (Platten).

Putz-, Weiss- u. Wollwaren.
Böttel, G., Untermarkt 16 (Böhm. Bettfed.).

Sortimentshaus.
Rosenthal, Theophil.

Schuhwaren u. Schuhmacher.
Gärtner, Rob., Zollstr. 23. (Rep.-Werkst.)
Görl. Schuhhaus, G. Jacobsohn, Markt 37.
Krampe, R., Markt 14. (Billigste Preise).
Scholz, Paul, Görlitzerstr. 43. Rep. Maßanf.

Trikotagen, Weiss- u. Wollwaren.
Reimert, R., Görlitzerstr. 40 (Galanterien.)
Ulbrich, Bruno, Zollstr. 14. (Strümpfe).

Cosel

Bäckereien.
Klose, Josef.

Fleischereien und Wurstfabriken.
Czaner, Paul.

Dtsch.-Lissa, Stabelwitz.

Bäckereien.
[illegible]

Brauereien und Restaurateure.
[illegible]

Herren- und Knaben-Garderobe.
[illegible]

Fleischerei und Wurstfabrik.
Fischer, Emil, Breslauerstraße 21.
Schubbe, Hermann, Breslauerstr. 10.

Kolonialwaren.
Breitschneider, G., Brunnenstraße 1.
Hellwig, Franz, Breslauerstraße.
Müller, C. G., Selt.- u. Brause-Limonadenf.
Starosti, F., Breslauerstraße 24.

Manufakturwaren, Arbeiterkonfektion.
Breslauer Engros-Lager, Breslauerst. 10

Möbel- und Sargmagazin.
Schmidt, Robert, Kirchstraße 7.

Polstermöbel und Lederwaren.
Kröker, Wilhelm, neben der höheren Schule.

Schuhwaren, Schuhmacher.
Bodisch, Carl, Marienstraße.
Stache, Carl, Breslauerstraße 25.
Stache, Max, Breslauerstraße 18.

Uhren, Gold- u. Silberwaren.
Herrmann, Rudolf, Breslauerstraße.
Otto, Oskar, Breslauerstraße 31. ptr.
Scholz, Herm., Breslauerstr., Marktplatz.

Weiss- und Wollwaren.
Willich, Joseph, Kirchstraße 2.

Freiburg

Bäckereien und Konditoreien.
Enderlein, Bruno (Konsumvereins-Lief.).

Bier-Brauereien.
Vereinigte Freiburger Brauereien.

Fahrräder, Nähmaschinen.
Böse, Ferd., Reparatur-Werkstatt.
Kahl, Bernh., Grammoph. u. Rep.-Werkst.

Glas-, Porzell.- u. Steingutwaren.
Hoffmann, O., Spiegel, Bilderleisten.

Herren- u. Knaben-Bekleidung.
Bothe, Karl, Erstes Spezialgeschäft.

Hüte, Mützen, Pelzwaren.
Schinzel, Osk., Burgstr. 7. Vorzugspr.
Schrabeck, E., Schuhwaren u. Reparat.

Manufaktur- und Modewaren.
Becker, Theodor (Damen-Konfektion).
Hilbert, Emma, Sandstraße 27.
Kräuzig, Paul, Ring. 4% Rabatt.

Schuhwaren und Schuhmacher.
Fischer, Gebr., Ring 11.

Spezial-Putzgeschäft.
Franz, Anna, Damenhüte in groß. Auswahl.

Glogau

Alkoholfreie Getränke.
Trinkt nur „Bilz-Sinalco".

Haus- und Küchengeräte, Spielwaren.
Bernstein, Hermann, Langestraße 28.

Herren- und Knaben-Garderobe.
Loewenthal, Louis, Preußischestr. 1/2.

Musikwarenhaus.
Hauble, Hugo, Nachf., Langestr. 59.

Schuhwaren und Schuhmacher.
Burger Schuhfabrik, Preußischestr. 55.

Goldberg

Altwaren-Geschäft.
Göschel, R., neue u. gebr. Schuhw., Kleidungsstück.

Bienenhonig-Versandhaus Goldberg, garantiert reiner Bienenhonig. Engrosverk.

Fahrräder, Näh- u. Sprechmaschinen.
Hänisch, Arth., Rabestr. 355 (Grammophone).
Mühmert, Carl, Niederstr., (Platten).

Glas- und Porzellanhandlung.
Grober, Oswald, Ring 110.

Herren- und Knaben-Garderobe.
Jäschke, D., Friedrichstr. (Schnitt-Welln. u.).
Kamel, L., Manufaktur, Herr.- u. Dam.-Konf.

Hüte, Mützen, Pelzwaren.
Großmann, Carl, Damenputz, Modeartikel.

Mühle und Bäckerei.
Weinhold, Friedr., empfiehlt sich einer geehrt. Beachtung.

Seifenfabrik.
Welle, B., Schmiedestr. 339. (Spez. Waschseife.)

Schuhwaren und Schuhmacher.
[illegible], Oberring 196. (Repar.-Werkst.)
Wummer, August, Ring 51.

Gorkau

Bäckereien.
Dentsch, Wilhelm, Gorkau.

Brauereien.
Gorkauer Schloßbrauerei, A.-G.

Haynau

Abzahlungs-Geschäfte.
[illegible]

Bau- und Möbeltischlerei.
[illegible], Herm., Ring 17. (Sarglager.)

Bäckereien.
[illegible], F., Brot und Gebäck.
[illegible], Carl, Brot- und Weißbäckerei.

Biergroßhandl., alkoholfr. Getränke.
Engel, Wilh., Gartenstr. 7. Telephon 17.

Drogen und Farben.
[illegible], Fr., Ringplatz 15 (Kolon.-Waren.)

Fahrräder und Nähmaschinen.
[illegible], D., Ring 36. Sprechmaschinen.
Hoffmann, Reinh., Ring 68. (Zigarren.)
[illegible], Robert, [illegible] 4, (Zigarren).

Galanterie- u. Spielwaren.
Engel, Richard, Ring.
[illegible]

Herren- u. Knaben-Garderobe.
[illegible], Joh., Ring 49 (Schuhwaren).
[illegible], Otto, Ring 1, Herren- u. Damengard.
[illegible]

Hüte, Mützen, Pelzwaren.
[illegible]

Kaufhäuser.
[illegible]
Scholz, Fritz (4% Rabatt).

[illegible]
[illegible], Ring 7. (Schuhwaren).

[illegible]

Manufaktur- und Modewaren.
Kubiza, Hermann, Ring 11.

Partiewaren und Restehandlung.
Kiefert, Klara, Mönchsstraße 12, I.

Photographisches Atelier.
Speer, Hg., Wilhelmspl. 2, vis-à-vis Kriegerd.

Schnitt-, Weiss- und Wollwaren.
Hille, Otto, Spezialit.: Schürzen u. Wäsche.
Hoffmann, Marie, Ring 19. (4% Rab.)

Schuhwaren.
Hartmann, Gustav, Liegnitzerstraße 59.
Stiller, Hermann, Bahnhofstraße 4.

Uhren- und Goldwaren.
Kriebel, Rudolf, Ring 17. (Optisch. War.)
Pütschel, Gustav, Ring 25.

Zuckerwaren, Schokoladen, Kaffee.
Mehlhardt, Marg., Burgstraße 8.

Hirschberg

Hirschberger Brauhaus.

Arbeiter-Sachen, Schnitt-Verkauf
... Röcken u. Blusen, G. Langer, Burgstr. 14

Bau- und Möbeltischlerei.
Ehrenberg, Reinh., Bergmannstr. 3.

Bäckerei und Konditorei.
Weber, Josef, Cunnersdorf i. R.

Bilder, Spiegel, Uhren, Musikwerke.
Rediger, A., Bergmannstr. 8, auch Teilz.

Brauereien.
Löwenberger Brauerei, J. Hobberg.
Zitt. Bürg.-Bräu-Niederl., Berndtst. 3a. T. 13

Damenhüte, Herrenwäsche.
Haufe, Wilh., Weiße, Woll-, Strumpfw. Lichte Burgstraße.

Damenkleiderstoffe, Wäsche.
Bendel, Franz, Bahnhofstraße 65.

Damen-Konfektion.
Milke, G. A., Kostüme, Mäntel, Blus., Kleider, Röcke.

Drogen, Farben, Verbandstoffe.
Drogerie goldener Becher, Langstraße 6.

Fahrräder, Nähmaschinen.
Demuth, Gust., Aeuß. Burgstr. 7, Reparat.
Knauer, H., Schildauerstr. 26, Rep.-Werkst.
Schröter, Heinr., Bahnhofstr. 20 (Reparat.)

Herren- u. Knaben-Garderobe.
Milke, G. A., Größtes Spez.-Geschäft für Konfekt. (alßerst. b. Branche)
Behrendt, Max, Schildauerstraße 12.
Bortwald, F., Ost. Burgstr. 10, Reste-Hdlg.
Meyer, X., Langstr. 19, Herren-, Dam.- u. Kinderkonf.
Müller, Franz, Bahnhofstraße 61.
Zamerth, Max, (Damen- u. Herren-Garb.)

Haus- und Küchengeräte.
Harbig, Carl, Lichte Burgstr. 17, Werkzeuge

Hüte und Mützen.
Grosmann, H., Markt 35.

Kaufhäuser.
Kaufhaus R. Schäfer.
Pinoff, Georg, Langstr. 4/5. alte Herrenstr. 16

Manufaktur-, Modew. u. Aussteuerhaus.
Johannes Behr Nachf., Schildauerstr. 3.

Möbelstoffe, Teppiche, Gardinen.
Degenhardt & Wolf, vorm.: H. Heimann, Wäsche, Herrenartikel, Blusen, Kleiderstoffe.

Musik-Instrumente.
Ulbrich, Gustav, Bahnhofstraße 43b.

Schuhwaren.
Matters, Robert, Promenade 17.
Riedner, A., am Warmbrunner Platz.
Scharf, G., Warmbrunnerstr. 7, a. Warmbr. Pl.

Seifen, Kerzen, Parfumerien.
Maul, X., Hirschberg-Warmbrunn.

Strickgarne, Trikotagen, Wollwaren.
Böttcher, Oskar, Schildauerstraße 8.

Uhren- und Goldwaren.
Ernst, Gotthardt, Schulstraße 13.
Schmidt, E., Markt 49. (Optische Artikel)

Wäsche, Wollwaren, Herrenart.
Kähnel, A. E., Schildauerstraße 25.

Weiss- u. Wollwaren, Wirtschaftsartikel.
[illegible]

Zigarren, Zigaretten, Tabak.
Gube, Willi, Cunnersdorf i. R.

Jauer

Altwaren- und Kostümverleihgeschäft.
[illegible], J., am Striegauer Schulze, Kriegsb.

Fahrräder und Nähmaschinen.
Otto, Heinrich, Königstr. 21. (Zubehörteile)

Herren- und Damenkonfektion.
Zipper, G., Goldbergerst. 35. Billigste Preise.

Herren-, Knaben- u. Arbeitergarderobe.
[illegible], Ferd., Ziegelerstr. 21. Kat u. Maß.

Hüte, Mützen, Pelzwaren.
Oerfel, Emil, Königstraße 1.
[illegible], B., Königstraße, Goldbergerstr. 30.

Kinderwagen, Reisekörbe, Leiterwagen.
[illegible]

Kleiderstoffe, Herren- u. Damengard.
[illegible], Goldbergerst., bill. Preis.

Mineralwasserfabrik u. Biergroßhdlg.
[illegible]

Photogr. Atelier u. Vergrößerungen.
[illegible]

Putz-, Weiss- und Wollwaren.
[illegible]

Seifen, Parfümerien.
[illegible], Goldbergerstr. 28.

Schuhwaren, Schuhmacher.
[illegible]

Uhren, Goldwaren, Musikwerke.
[illegible], Ring 29. Optische Artikel.

Zigarren und Zigaretten.
[illegible], Paul, Bolkenhainerstraße 11.

Kattowitz

Schuhwaren u. Schuhmacher.
[illegible], Paul, Grundmannstraße 21.

Waren- und Kaufhäuser.
Barasch, Gebr., Grundmannstraße 9.

Klettendorf/Hartlieb

Fahrradhandlg. u. Reparaturwerkstatt.
König, P., Klettendorf, Nähmasch. u. Gramm.

Fleischerei und Wurstfabrik.
Jaskulla, Carl, Hartlieb.
Milde, Hermann, Klettendorf.
Röhr, Karl, Klettendorf.

Kolonialwaren.
Michael, W., Klettendorf.

Möbel- und Sargmagazine.
Seipelt, Franz, Klettendorf.

Restaurateure.
Etabl. „Zur neuen Rennbahn", Hartlieb.

Schuhwaren und Schuhmacher.
Lippe, Emil, Hartlieb.

Königshütte O.-S.

Ausschank und Restaurateure.
Zander, M., Kaiserst. 4. Spezialalkoholfr. Getränk.

Herren-Garderobe und Schuhwaren.
„Zum Arbeiterfreund", Kronprinzenstr. 47.

Möbel-Magazin.
Slotosch, Carl, Kaiserstraße Nr. 37.
Bei Barzah., unstreitig billigst. Bezugsquelle.

Möbel und Schuhwaren.
Lewin, Adolf, Ringstr. 3. (Gewerkschaftsh.)

Liegnitz

Hourwitz, Ludwig, Frauenstr. 9, Erstes u. größtes Geschäftshaus am Platze für Kleiderstoffe, Leinen, Tisch-, Leib- u. Bettwäsche, Damenkonfektion, Putz, Gardinen, Teppiche, Berufskleidung. — Groß aufgenommen: Anzüge, Paletots, Joppen, Arbeiter-Bekleidung.

L. Wolf Söhne
Glas, Porzellan, Steingut, Emaille, Lampen, Haus- und Küchengeräte, Galanterie- und **Spielwaren.** Hochzeits- und Gelegenheitsgeschenke. Vereine erhalten Vorzugspreise.

Abzahlungs-Geschäfte.
Hain, Carl, Nachf., Haynauerstr. 28, I.

Alkoholfreie Getränke.
Rahl, Jos., Steinmarkt 3, Bierverlag.
Trinkt nur „Bilz-Sinalco".

Arbeits- und Berufskleidung.
Gottheiner, J., Burgstr. 76, dicht am Ringe.

Bäckereien u. Konditoreien.
Gierschdorf, Paul, Feldstraße 11.
Singelbach, Reinhard, N. Haynauerstr. 35.

Bierbrauereien, Bierverleger
Jul. Rüttner's Nachf., Haagstraße 3.
Genossenschafts-Brauerei, Liegnitz.

Buchdruck., Papier- u. Schreibwaren.
Anlauf, Paul, Neue Haynauerstraße.

Bürsten, Pinsel etc.
Müller, H., N. Carthausstr. 12, Vorkostbdlg.

Drogen und Farben.
Carthaus-Drog., W. Fengler, N. Carthst. 50

Eisen- und Stahlwaren.
Klein, G., Frauenstr. 58, Haus- u. Küchgerät.
Brachle, R., Nachf. Anton Spitzer, Frauenstr. 16

Erfrischungs-Getränke
Cipria-Brause, alkoholfrei, überall erhältlich.

Fahrräder, Nähmaschinen.
Baumert, Paul, Neue Goldbergerstr. 75.
Rieger, P., Haynauerstr. 35. (Sprechappar.).

Fleischereien u. Wurstfabriken.
Krieger, Fritz, Haynauerstraße 31.
Handke, Paul, Breslauerstr. 18.
Lemm, Max, Jauerstraße 100.
Peter, Fritz, Jauerstraße 89.
Winter, Paul, N. Haynauerstraße 13.
Zobel, Fritz, Neue Breslauerstr. 58.

Galanterie- und Spielwaren.
O'Brien, Rich., Nacht., Frauenstr. 29c, Hintergass., Verlosungsgegenst.
[illegible]
Schwartzer, C., Wirtschafts- u. Verlosgsart.

Herren-Artikel.
Engl. Magaz. (Inh. Fritz Grepp), Mittelst. 2.

Herren-Garderobe.
Firma Ruben, Oskar, Burgstraße 3/4.
Salzmann, Max, Mittelst. 11, Ecke Sporerstr.
Schiller, Sally, Mittelstraße 25.
Schwarz, Max, Mittelstraße 38, Arbeiter-Garderobe.

Hüte, Mützen.
Thiele, D., Markstr. 81, beste Bezugsquelle
Herbert, Jul., Ring 31, Eingang Bäckerstr.
Hänl, F., Carthausstr. 4 (Filzschuhe).
Pastier, Herm., Burgstraße 19.

Kaufhäuser.
Sacke, Wilhelm, Goldbergerst. 37, am Ring
Kaufhaus Carthaus (Inh. Erich Londen).

Korbwaren.
[illegible], Robert, Mittelstraße 52.

Korsetts.
Drescher, [illegible], Frauenstr. 2, Ecke Ring.
Vogel, Helene, Frauenstraße 7.

Kurz-, Weiss- und Wollwaren.
[illegible], Wwe., Neue Breslauerstraße 4.
Carl Engr.-Lager, Ring 15, Eing. Burgstr.
[illegible], Emil, Carthausstr. 20. (Spez.-Putz.)
[illegible], Herm., Mittelstr. 24, Modewaren.
[illegible], N. Carthausst. 1, Kurz- u. Wollw.
[illegible], Feldstr. 20 (Herrenkonfektion)
[illegible], Gustav-Adolfstr. 24. Spez.-Putzgesch.

Lederwaren und Sattlerei.
[illegible], Oskar, Neue Carthausstraße 60.

Leinen, Wäsche, Bettfed., Damenwäsche.
[illegible], Frauenstraße 1.

Manufaktur- und Modewaren.
[illegible], Inh. W. Berger, Burgstr. 76, I.
[illegible] Ring 30, Ecke Bäckerst. Damen-, Seiden- u. Kleiderstoff.

Möbel-Magazine.
Burghardt, J. W. [illegible]
[illegible], Hermann, Jauerstraße 30.
[illegible], N. Bergstr. 8, Garzw., bill. Preise.

Musik-Instrumente.
Wittig, A., Nachf. (R. Ladegast), Ring 40.

Obst- und Beeren-Weine.
Kühn, G. H., Schulstraße 9.

Papier- u. Schreibw., Buchbind.
Kuschinsky, P., Neue Carthausst. 70 (Zigarr.).

Photographische Ateliers.
Pohl, Alfred, Georgenstr. 14b, parterre

Spezial-Putzgeschäft.
Baumgart, B., Mittelstraße 53.

Rossfleischereien.
Richter, Eugen, Burgstraße 54.

Sarg-Magaz. u. Beerdigungsinst.
Görtig, Emil, Frauenstraße 32.
John, Paul, Marienplatz 11. Teleph. 125.

Schuhwaren u. Schuhmacher.
Geisler, Ernst, Lübenerstr. 10. (Reparat.)
Goh, Albert, Neue Carthausstraße 62.
Hartmann, Hermann, Mittelstr. 76.
Jäschke, A., Gerichtsstr. 6, Ecke Jänischenst.
Kratofil, Karl, Glogauerstraße 16a.
Lenz, A., Neue Goldbergerstr. 2 u. Feldstr. 20.
Mücke, Constantin, Burgstr. 38.
Silbermanns Schuhhaus, Ring 9.
Sprotte, Paul, Frauenstraße 15.
Tack, Conrad & Cie., Ring Nr. 14
Wiese, R., N. Carthausst. 22, Maßanf. Rpwkst.

Strumpfstrickerei.
Bonkatz, C., Frauenst. 30. Strümpf. j. Art bill.

Teppiche, Gardinen, Läuferstoffe.
Schiedel, A., Mittelst. 83, Stepp- u. Schlafdeck.

Uhren und Goldwaren.
Bulst, Max, Neue Carthausstraße 56.
Fischer, O., Neue Carthausst. 67, a. d. Brücke.
Mansel, P., Goldbergerstraße 4, am Ring.
Nitsche, R., Mittelstr. 81, (Spez.: Trauringe)
Romberg, Albert, Mittelstraße 53.
Sucker, Oskar, Bäckerstraße 1.

Wäsche, Wollwaren, Herrenart.
Ehlers, Karl, Breslauerstraße 1.

Zahn-Atelier.
Busch, Max, Goldbergerstraße 9, II.

Zigarren, Zigaretten.
Hanke, Max, Ritterstraße 10/11.
Köhler Hugo, Glogauerstr. 18, Schreibwar.
Krebs, Paul, Neue Haynauerstr. 3.
Richter, Hermann, Schloßstraße 25.
Schiefenbusch, Paul, N. Haynauerstr. 46.
Schmidt, Max, Gustav-Adolfstraße 22.
Steinborn, Rich., Gustav-Adolfstraße 34.

Zuckerwaren, Schokoladen.
Gotthelf, Arth., Mittelstr. 17. (Kaffee, Tee.)

Neukirch

Fleischereien und Wurstfabriken.
Geisler, Rudolf.

Kolonial- und Gemischtwaren.
Naßdeutscher, August.
Obst, Alois, Spielwaren.

Neumarkt

Bäckereien.
Zurlo, Josef, Konsumlieferant.

Bier-Brauereien.
„Stadt-Brauerei" Gebr. Pfeffroff.

Fleischereien.
Kerber, Max, Ring.

Spezialgeschäft für Fahrräder.
Reinwald, Gustav, Neumarkt.

Restaurateure.
Freudenberger, H., Gasthof zum gelb. Löwen.

Schnittwaren, Putz und Konfektion.
Webers, M., Nachfl., D. Neumann, Ring 57.

Zigarren.
Kusche, Wilhelm, (Gasthof weißer Adler).

Ohlau

Fahrräd., Nähmaschin., Grammophone.
Ertel, Adalbert, Ring 13.

Fleischerei und Wurstfabrik.
Sanger, Paul, Brauhausgasse 1.

Herren- u. Damengarderob. Kleiderstoff.
Zobel, L., Nachfl., Ring—Breslauerstr. 2.

Hüte, Mützen, Pelzwaren.
Neumann, Marie, Briegerstraße 5.

Möbel, Konfektion, Schuhwaren.
Krenfel, Karl, Ring.

Spiel-, Papier- und Schreibwaren.
Lippert, M., Galanteriew., Verlosungsgegenst.

Schuhwaren.
[illegible], Paul, Ring 14.

Oels/Hundsfeld

Buchdruckerei u. Papierwaren.
Becker, P., Luisenstr. Nr. 1. 4% Rabatt.

Herren-Garderobe.
Scholz, Paul, Carl, Hundsfeld, Ring.

Schuhwaren u. Schuhmacher.
Rüder, Robert, Breslauerst. 8. Bill. Preise.

Oltaschin

Kolonial- und Gemischtwaren.
Gutsche, Gustav, Zigarren, Zigaretten.

Restaurateure.
Etabl. Zum Deutsch. Kaiser, (Inh. J. Müller).

Parchwitz

Bäckereien.
Güttner, Max, Breslauerstraße.

Kolonial- und Gemischtwaren.
Methner, Herm., Bierverlag Haase-Breslau.

Qualkau

Bäckerei und Kolonialwaren.
Dehl, Gustav, Qualkau.

Preiseltzereien.
Huld, Hermann, Qualkau.

Schweidnitz

Manufaktur- und Modewaren.
Domscheidt, Gebr., Hohstr. 16, (Damenkonf.)

Schuhwarenhäuser.
Bleicher, A., Langestr. 4, (Reparaturen.)
Förster, Wilhelm, Langstraße 6.

Strehlen

Bier-Brauereien.
Jaeckel, Rob., Lagerbier-Brauerei A.-G.

Damen- u. Herrengard., Manufakturwar.
Kaufhaus Alfred Puff.

Drogen und Farben.
Hoffmann, J., Markt 19, Wein u. Zigarren

Herren- u. Knaben-Garderobe. Kaufhäuser.
Breitzer, Karl, Spezial-Geschäft.

Kolonialwar., Drogen, Zigarren.
Otto, Robert, Ring 8 (Weine).
Trautmann, C. J., Inh. Curt Trautmann.

Manufakturw., Herren- u. Knaben-Gard.
Jacoby, Martin (Damenkonfektion).

Photographisches Atelier.
Ludwig, Albert, 32, Münsterbergerstr. 32.

Schuhwaren u. Schuhmacher.
Perthel, August, Münsterbergerstr. 36.
Blaschke, Paul, Ring 11, größt. Lager am Platz.

Striegau

Brauereien und Bierverleger.
Genossenschafts-Brauerei, e. G. m. b. H.
Neumann, C. F., Schweidnitzerstr. 30.

Damenputz, Weiss- und Wollwaren.
Bergmann, Maria, Ring 36.

Fahrräder, Nähmaschinen.
Böhmelt, Paul, Bahnhofst. 37, Rep.-Werkst.

Fleischereien u. Wurstfabriken.
Böhm, Georg, Gräben 1.
Brückner, Paul, Kirchstraße 16.

Galanterie-, Spielwaren, Haushalt.-Art.
Bürgelt's, G., Bazar, Schweidnitzerstr. 9.
Fischer, R., (M. Radur), Ring 14. (Kurzw.).

Handschuh- und Wäschegeschäft.
Lange, R., Ring, Ecke Güntherstraße.

Herren-, Damen- und Kindergarderobe.
Ostrower, A., Ring 48, pt. u. I. Etg. Spezialg.

Herren- u. Knaben-Garderobe.
Bittner, Paul, Güntherstraße 11.

Herren-Bekleidung u. Arbeiter-Gardb.
Wolff, M., Ring 19 billigste Bezugsquelle.

Hüte, Mützen u. Pelzwaren.
Wagner, Hermann, Wittigstr. 8.

Kaufhäuser.
Breslauer Engros-Lager, Herm. Licht, Ring.

Kinderwagen, Reisekörbe, Leiterwagen.
Pasbrig, Max, Sedanstr. 3.

Manufaktur- u. Modewaren.
Nürnberger, W., Ring 44, Herr.- u. Damgdb.

Photographisches Atelier.
Vogdt, Hugo, Kirchstrasse 27.

Polstermöbel, Lederwaren.
Klein, Aug., Güntherst. 7, Bettst. m. Mtr.

Polsterwaren.
Beefken, Paul, Jauerstraße 1, am Ring.

Schuhwaren und Schuhmacher.
Curt Gräbl, Nachf., Ring 32.
Heinemann, Wittigstraße (Graul's Hotel).
Hielscher, O., Schweidnitzerst. 11, Rep.-Wrkst.
Krause, L., Ring 12.
Zingler, Paul, Güntherstr., Ecke Kirchstr.

Uhren und Goldwaren.
Ertner, Alfred, Ring 2, Musikwaren.
Hoffmann, A., Güntherstr. 10, Musikwar.
Sander, Rud., Ring 23. Optiker u. Musikw.
Thamm, Josef, Güntherstr. 6. (Musikwar.)

Zigarren und Zigaretten.
Kutzner, R., Schweidnitzerstr., Ecke Ring.

Ströbel

Fleischereien.
Klein, Bruno, Fleischerei mit Kraftbetrieb

Kolonial- und Manufakturwaren.
Aßmann, Josef.
Heidrich, Paul.

Kl.-Tschansch

Fleischereien und Wurstfabriken.
Siegemund, Paul, Chaussee 15.
Weiß, Wilhelm, Klein-Tschansch Nr. 21.

Kolonialwaren.
Freitag, Wilhelm, Chaussee 25.
Schimmel, H., Kl.-Tschansch, (Zigarr.).

Schuhwaren.
Plüske, Paul, Kl.-Tschansch Nr. 34.

Waldenburger Industrierevier

Abzahlungs-Geschäfte.
Gritzner, O., Friedländerstraße 18.
Deutsch, F., Sandstraße 1.

Bandagen, Leibbind., Gummiwaren usw.
Rein, Franz, Freiburgerstr. 22. Eig. Fabrikat.

Bäckereien u. Konditoreien.
Biedermann, A., Waldenbg., N.-Waldbg.
Hartwig, W., Hermannst. 17, N.-Waldbg.
Kühnel, Conrad, Ring 15.
Opitz, Heinr., Neu-Salzbrunn 47.

Bilder, Spiegel, Galanteriewaren.
Welz, Gebr., N.-Waldbg., Hermannst. 22

Bierbrauereien.
Genossenschafts-Brauerei.
Storch, R., Inh. R. Heinze, Selt.- u. Limonadf.

Damen-Konfektion.
Pförtner, P., Ring 2 (Modewaren).

Färberei und Waschanstalt.
Werner, Fritz, Auenstraße 34.

Galanterie, Haus- u. Küchengeräte.
Euber, Theodor, Scheuerstraße 2.

Gasthäuser.
[illegible], G. Seibel, N.-Waldbg.

Haus- und Küchengeräte.
Berliner Warenhaus, Ad. Jacobsohn

Fortsetzung im Hauptblatt.

Wir verlangen von der Regierung, daß ein Wahlrecht geschaffen wird, das allen Bürgern gleiche Rechte gibt und daß die Vorrechte der Minorität, die uns augenblicklich beherrscht, beseitigt werden aus der Kreisordnung, der Provinzialordnung, bei Besetzung der Landräte und der höheren Stellen in der inneren Verwaltung. Wir stehen mit diesen Forderungen auf dem Boden der Verfassung. (Lebh. Bravo! links.)

Minister v. Dallwitz:

Die Forderung des Interpellanten ist ganz unbegründet, denn solche Vorrechte bestehen nicht. (Lautes Lachen links.) Das ergibt sich aus der von mir vorgetragenen Tabelle. Von 481 Landräten stammen nur 152 aus landwirtschaftlichen Kreisen, 281 aus Beamtenkreisen usw. Regierungsseitig findet also eine Bevorzugung agrarisch-konservativer Kreise nicht statt. Ich weise diese Behauptung entschieden zurück, die durch nichts zu beweisen ist. (Bravo! rechts, Lachen links.) Das Verfahren gegen den Landrat Schroeder schwebt noch. Ehe es beendet ist, kann ich meinerseits keine Entschließungen treffen. Im Falle Bolkenhain ist Bericht erfordert, aber noch nicht eingegangen. Im übrigen eignen sich Gastwirte wenig zu Gemeindevorstehern infolge ihrer Abhängigkeit von der Bevölkerung. (Sehr richtig! rechts. Lachen links). Daß Herr v. Hippel die Absicht gehabt hat, die Abschrift der Wählerliste zu erschweren, bestreite ich. Er hat die Abschriftnahme im Gegenteil dem freisinnigen Parteisekretär ausdrücklich auf Verlangen verschafft. (Hört, hört! rechts. Zuruf bei den Soziald.: Woher denn die Beschwerden?) Die Festsetzung des Stichwahltermins ist so rasch wie möglich erfolgt, damit nicht wieder eine große Agitation einsetze (Hört, hört! links.) — bei allen Parteien. Nach dem vorliegenden amtlichen Bericht kann von einer Ueberrumpelung keine Rede sein. Auch sonstige Behauptungen liberaler Blätter haben sich nach den amtlichen Ermittelungen als Erfindungen resp. Mißverständnisse herausgestellt. Der Minister widerlegt u. a. auch eine gar nicht aufgestellte Behauptung. (Zurufe links: das ist ja gar nicht behauptet worden! Abg. Hoffmann (Soz.): Aber es steht auf seinem Zettel!) (Heiterkeit.) Unrichtig ist auch, daß das Kreisautomobil zur Wahlagitation benutzt sei — Dann ist dem Landrat vorgehalten worden, er habe Wagner gegen den Vorwurf des „dunklen Punktes" nicht in Schutz genommen. Tatsächlich hat er in der Sitzung des konservativen Wahlvereins, der er als Gast beiwohnte, darauf hingewiesen, daß die betreffende Sache zugunsten Wagners erledigt sei. Von der Pressenotiz darüber hat er keine Kenntnis gehabt und sie nachher bedauert. (Hört, hört! rechts.) Die Verbreitung des „Volksfreund", eines Organs zur Bekämpfung der Sozialdemokratie durch die Landräte halte ich für sehr erwünscht. (Bravo! rechts; Hört, hört! links; Zuruf bei den Soz.: Wovon wirds bezahlt?!)

Präsident **Kröcher:** Nach der Verfassung haben die Minister das Recht nicht nur zu sprechen, sondern auch gehört zu werden. (Heiterkeit.) Ich bitte, den Herrn Minister nicht zu unterbrechen.

Minister **v. Dallwitz:** Auf den noch schwebenden Beckerprozeß kann ich nicht eingehen. Das Aktenstück über den liberalen Wahlverein müßte nach dem Vereinsgesetz angelegt werden. (Zuruf links: Und warum nicht über den konservativen Verein?) Weil er nicht annähernd so viel Arbeit macht. (Heiterkeit rechts.) Auch im Ministerium des Innern ist ein besonderes

Aktenstück über diesen liberalen Wahlverein

angelegt worden, weil Dutzende von Beschwerden von ihm an das Ministerium eingingen. Es enthält nichts anderes als andere Aktenstücke über Vereine. — Die Absicht, Herrn Becker geschäftlich zu schädigen, hat nach dem Ergebnis des Prozesses der Landrat nicht gehabt. Ich habe überhaupt aus dem Prozeß den Eindruck gewonnen, — daß eigentlich der Landrat der Verfolgte gewesen ist. (Gr. Hlkt. links). (Er war umgeben von einem Netz von Spionen, seit zehn Jahren wurde jede seiner Aeußerungen in seinem Hause hinterbracht.' — Ich kann nach alledem nur erklären, daß dem Minister Tatsachen nicht bekannt geworden sind, welche es wünschenswert oder notwendig machen, besondere Maßnahmen zu treffen, um einseitigen parteipolitischen Uebergriffen von Landräten entgegenzutreten. (Hört, hört! links. Lebh. Bravo! rechts.)

Auf Antrag der Abg. von Heydebrand (kons.) und Dr. Pachnicke (fortschr. Vp.) wird die Besprechung der Interpellation beschlossen.

Abg. v. Hennigs-Techlin (kons.):

Klagen über Uebergriffe von Landräten haben wir ja schon oft hier gehört, es ist zu einer Art Suggestion geworden, daß solche Uebergriffe vorkommen. (Sehr richtig! rechts, Lachen links.) Es kommt das ganze Milieu in Betracht, in dem sie passiert sein sollen, Wahlkämpfe nach amerikanischer Art mit dem Gelde des Hansabundes. (Zuruf: Der Bund der Landwirte mit den Kaligeldern!) Nach meinen Erkundigungen ist die Behauptung bezüglich der Kaligelder eine Unwahrheit. Der Landrat ist, wenn er seine Stellung richtig ausfüllt, der Vertrauensmann der Einwohner seines Kreises. Er muß vor allem darauf sehen, daß er seine Autorität wahrt. Was nun die vorgebrachten Fälle anlangt, so hat der Fall Schroeder mit der Interpellation nichts zu tun. Schroeder ist kein Parteimann, auch sind die Vorwürfe gegen ihn noch nicht bewiesen. Der Fall in Bolkenhain liegt ganz klar. Gegen die Sozialdemokratie vorzugehen, ist geradezu die Pflicht des Landrats. (Lebh. Widerspruch bei den Soz. — Präsident **v. Kröcher:** Ich weiß nicht, worüber Sie (zu den Soz.) sich so aufregen, der Redner spricht ja bloß gegen die Freisinnigen. — Große Heiterkeit rechts.) Ebensowenig sind die Vorgänge in Labiau-Wehlau geeignet, von den Liberalen in der Agitation ausgenutzt zu werden. Was den sogenannten „dunklen Punkt" anlangt, so hat der Regierungspräsident das Verhalten Wagners durchaus nicht für so korrekt erklärt. (Zuruf links: Ja jetzt, nach der Wahl!) Die Sache mit dem Kreisarmenhaus ist ganz ungeklärt, darüber können wir hier nicht urteilen. Die Herren der Linken sollten doch die Selbstverwaltung auf dem Lande auch ruhig arbeiten lassen und sie nicht immer angreifen, wenn sie ihnen nicht paßt. — Was nun den Fall Becker anlangt, so ist Herr v. Maltzahn

einer der höflichsten und friedfertigsten Menschen,

aber Herr Becker hat es ihm äußerst schwer gemacht, mit ihm in Frieden zu leben, indem er sich als Querulant bewiesen hat. Seiner Zeit hat er sich beschwert, daß er nicht vom Landrat zum Wahlvorsteher ernannt sei. 1907 bei den Blockwahlen wollte der Landrat v. Maltzahn ihm besonders entgegenkommen, ernannte ihn zum Wahlvorsteher und sofort richtete Herr Becker telegraphische Beschwerde an den Reichskanzler, daß er zum Wahlvorsteher ernannt sei, ohne gefragt zu sein. (Große Heiterkeit rechts.) Aeußerst bedauern muß ich es, daß der Führer einer großen Partei wie Herr Dr. Friedberg aufgrund unbewiesener Behauptungen dem Landrat v. Maltzahn an den Kopf geworfen hat, seine Handlungsweise sei nicht vornehm. Ich halte dies Vorgehen für unkorrekt und für den Mißbrauch der Immunität eines Abgeordneten. (Große Unruhe links, lebh. Bravo! rechts.) Bezeichnend für den Charakter des Herrn Becker ist zum Beispiel, daß er in Eingaben an seine Vorgesetzten geschrieben hat, die Richter im Disziplinarhof hätten sich nicht zusammengefunden, das Recht zu finden, sondern das Recht zu beugen. Der Staatsanwalt hat mit Recht gesagt, ein solcher Vorwurf sei ihm in seiner langen Praxis noch nicht vorgekommen. In einer anderen Eingabe schreibt Herr Becker: Herr Minister, wenn Sie den Landrat nicht erziehen, dann werde ich seine Erziehung in die Hand nehmen. (Große Heiterkeit rechts.) Nicht erwähnt worden ist auch, daß Becker schon einmal wegen Beleidigung des Regierungspräsidenten mit 4 Wochen vorbestraft ist. Die Strafe gegen ihn ist jedenfalls so hart ausgefallen, weil Herr Becker mit großer Hartnäckigkeit auch all die Sachen vor Gericht aufrechterhalten hat, deren Gegenteil bewiesen war. Daß die Akten vom Ministerium nicht hergegeben worden sind, halten wir für durchaus richtig. Jedes Vertrauen zwischen Untergebenen und Vorgesetzten müßte völlig untergraben werden, wenn solche Geheimakten dem Gericht überliefert würden. Landrat von Maltzahn hat mir gesagt: Meinetwegen kann alles vorgelegt werden, das würde meine Stellung nur verbessern. Aber aus staatsrechtlichen Gründen können wir nicht zugeben, daß solche vertrauliche Akten der Oeffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. (Lebh. Zustimmung rechts. Abg. Liebknecht (Soz.): Lieblicher Verwaltung!) Seit langer Zeit ist nun von der Linken Material gesammelt, die Landräte zu begründen. Es ist aber bei der ganzen Interpellation nichts herausgekommen. In Labiau-Wehlau ist nichts vorgekommen, was die Interpellation rechtfertigte (Lachen links.) und der Prozeß Becker hat eine glänzende Rechtfertigung des Landrats von Maltzahn gebracht. (Stürmischer Beifall rechts, Zischen links.)

Hierauf vertagt sich das Haus.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. **Dr. Friedberg** (natl.): Herr v. Richthofen hat gesagt, ich hätte meine Immunität gemißbraucht. Ich frage den Herrn Präsidenten, ob er mich gegen den beleidigenden Vorwurf in Schutz nehmen wird.

Präsident **v. Kröcher:** Ich glaube, der Herr Abgeordnete ist in der Lage, sich selbst dagegen in Schutz zu nehmen. Ich kann an dem Ausdruck „Mißbrauch der Immunität" ebensowenig eine Beleidigung sehen, als wenn einer dem anderen sagt, er mißbrauche seine geistige Ueberlegenheit ihm gegenüber. (Lachen links.) Das Haus kann mir höchstens sagen, ich habe zu unrecht zur Ordnung gerufen, aber Sie können von mir nicht verlangen, daß ich gegen meine subjektive Ueberzeugung einen Ordnungsruf erteile.

Abg. **Dr. Friedberg:** Ich gebe Herrn v. Hennigs zu, daß ich vielleicht einen weniger scharfen Ausdruck hätte wählen können. Jedenfalls war sein Angriff gegen mich, zumal er selbst Herrn Becker für nicht ehrenwert erklärt hat, eine Ueberhebung und eine Dreistigkeit, die ich zurückweise. (Bravo! links.)

Abg. **v. Hennigs** (kons.): Ich war zu einem Angriff auf Grund des Prozesses und in der Abwehr gegenüber schweren Vorwürfen gegen einen hohen Staatsbeamten berechtigt. (Bravo! rechts.) Auf das Wort „Ueberhebung" antworte ich nicht, darüber mag das Haus entscheiden.

Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr (Fortsetzung der Besprechung und Interpellation über die Winzernot).

Schluß 6½ Uhr.

Aus den Gerichtssälen.

Der unsittliche Reznicek.

Die Strafkammer II des Hamburger Landgerichts unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Goverts hat ein Urteil gefällt, das in allen kunstfreundlichen Kreisen gewiß Aufsehen machen wird. Es stand nämlich die Frage zur Entscheidung, in wie weit Arbeiten des bekannten, leider zu früh verstorbenen Zeichners vom „Simplicissimus", Franz von Reznicek, als — unsittliche zu betrachten seien.

Angeklagt war der Kunsthändler und Kaufmann Hulbe aus Hamburg wegen Vergehens gegen den § 184 des Strafgesetzbuches. Ihm wurde zur Last gelegt, in einem seiner Schaufenster solche Reznicekbilder ausgestellt zu haben, aus denen „normal" veranlagte Menschen den bestimmten Schluß ziehen mußten, daß die dargestellten Vorgänge auf einen unmittelbar bevorstehenden außerehelichen Geschlechtsverkehr hinweisen sollten. Das Strafverfahren war gegen den Angeklagten eingeleitet worden auf Grund einer Anzeige des Bürgerschaftsmitgliedes Dr. Rudolf Mönkeberg, des Bruders des verstorbenen regierenden Bürgermeisters von Hamburg. Die Staatsanwaltschaft hatte daraufhin eine ganze Reihe von Bildern Rezniceks in dem Hulbeschen Geschäft beschlagnehmen lassen, zum Beispiel: „Ein Tag aus dem Leben einer Weltdame", „Badeszene", „Fandango", „Im Faschingstrubel", „Die Gouvernante" usw.

Kurze Zeit nach der Beschlagnahme wurde dem Angeklagten von der Staatsanwaltschaft mitgeteilt, daß die Bilder nicht unsittlich seien und wieder zu seiner Verfügung ständen. Dann aber wurde wenige Tage darauf, jedenfalls auf das Eingreifen der vorgesetzten Behörde, die Auslieferung verweigert und die Anklage gegen Hulbe wegen der Zurschaustellung der Bilder: „Die Gouvernante", „Fandango" und „Badeszene" erhoben.

Die Verhandlung gestaltete sich recht interessant. Nachdem der Angeklagte erklärt hatte, daß er nicht den „Simplicissimus", wohl aber den Reznicek liebe, weil er diesen für einen großen Künstler halte, erklärte der Vorsitzende, es könne kein Streit darüber herrschen, daß Reznicek ein bedeutender, ernster und tüchtiger Künstler gewesen sei. Hier handle es sich aber lediglich um die Feststellung der Frage, ob seine Zeichnungen oder einzelne von ihnen unzüchtig seien. Es werde gewiß niemand abstreiten wollen, daß die Nacktheit als solche außerordentlich viel keuscher sei als die verschleierte Nacktheit. Wenn solche Bilder in einem der Oeffentlichkeit in geringerem Maße zugänglichen Lokale ausgestellt würden, wäre die Sache nicht so schlimm. Schlimm würde sie erst dann, wenn die Bilder an einer lebhaften Straße zu jedermanns Besichtigung ausgestellt würden, so daß jeder normal empfindende Mensch in seinem geschlechtlichen Empfinden verletzt werden müsse.

Staatsanwalt Dr. Schön führte in seinem Plaidoyer aus, daß die Erörterung der Frage, ob die beschlagnahmten Bilder Kunstwerke seien oder nicht, völlig auszuscheiden sei. Alle seien sich gewiß darüber einig, daß man es nicht mit minderwertigen Darstellungen zu tun habe. Hier sei aber lediglich die Frage zu prüfen, ob die Bilder geeignet seien, in geschlechtlicher Beziehung das Schamgefühl eines normal empfindenden Menschen zu verletzen. Weiter komme es auf die Prüfung an, ob die Art der Zurschaustellung gegen das Gesetz verstoße. Diese Fragen müßten bejaht werden. Die Presse werde zwar sagen, es handle sich um einen „Angriff gegen die Kunst", „der Genius der Kunst" solle totgeschlagen werden, und die Staatsanwaltschaft betreibe „Nuditätenschnüffelei". Solche Vorwürfe würden die Sache aber nicht treffen. Hier werde nicht das Kunstwerk an sich beanstandet, sondern der anstößige Vorgang, der in dem Bilde dargestellt werde. Durch solche Darstellungen würde das Schamgefühl normal empfindender Menschen verletzt. Die Venus von Tizian könne in einer Galerie erhebend wirken, aber auf der Straße Anstoß erregen. Genau so sei es mit manchen Reznicekbildern, insbesondere mit den zur Anklage stehenden. Der Angeklagte hätte den unzüchtigen Charakter dieser Bilder erkennen müssen, und sei daher zu bestrafen. Er beantrage gegen ihn eine Geldstrafe von hundert Mark beziehungsweise zehn Tage Haft. Außerdem beantrage er die Vernichtung der Bilder.

Das Gericht schloß sich im wesentlichen den Erwägungen des Staatsanwalts an und verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von fünfzig Mark eventuell zu zehn Tagen Haft. Die Beschlagnahme der drei Bilder müsse ebenfalls verfügt werden, nicht die Beschlagnahme aller Bilder, da es sich hier nur um eine relative Unzüchtigkeit gehandelt habe.

Arbeiterbewegung.

Lohnbewegung im Lithographiegewerbe Leipzigs. Die Arbeitsverhältnisse im Lithographiegewerbe in Leipzig haben durch das von den Großunternehmern gezüchtete Zwischenmeistertum bedenklichen Charakter angenommen. Durch die starke Ueberfüllung des Berufs mit Arbeitskräften werden sehr viele, zumeist junge Leute, nach Beendigung ihrer Lehrzeit aus dem Berufe herausgedrängt. Die Intensität der Arbeit verschuldet es, daß 31 Prozent der Kranken an schweren nervösen Störungen und 26 Prozent an Erkrankungen der Lungen und Atmungsorgane erwerbsunfähig sind. In umgekehrtem Verhältnis hierzu stehen Entlohnung, Stellungsdauer und die berufliche Ausbildung. Das hat zu großer Unsicherheit der Existenz und zu schlechter Lebenshaltung geführt. — Die Lithographen in Leipzig streben jetzt eine Besserung dieser mißlichen Arbeitsverhältnisse an. Den Privatlithographen wurden Vereinbarungen unterbreitet und Verhandlungen angeboten. In stark besuchter Versammlung beschlossen die Arbeiter, alle Betriebe zu sperren, die sich einer Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse widersetzen; am 21. Januar soll eventuell das Arbeitsverhältnis gekündigt werden.

Aus Oberschlesien.

Auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

Von der unendlich großen Mühe der Polizei in Bismarckhütte und deren Maßnahmen und Anzeigen gegen die freie Arbeiterbewegung am Ort, die bisher mit Freisprechung endeten, haben wir schon wiederholt berichtet. Der Hauptschlag aber sollte gegen den „Sozi"-Verein geführt werden. Wegen Ausschenkens von Bier und alkoholfreien Getränken an die Parteimitglieder war der angeklagt der Genosse P. Logornik und dessen Ehefrau wegen Uebertretung des § 33 der Reichsgewerbeordnung und des Steuergesetzes und Genosse Anderisch-Kattowitz wegen Anstiftung zu diesem Vergehen. Vor dem Schöffengericht in Königshütte, wo in dieser Sache verhandelt wurde, waren 16 Zeugen geladen, darunter der Hauswirt, der Bierlieferant, Genosse Hörsting, drei Polizeibeamte und eine Anzahl Mitglieder der Organisation. In der sehr langen und eingehenden Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß alle Waren bedeutend billiger und nur an Parteimitglieder abgegeben sind. Trotzdem wollte der Amtsanwalt die Angeklagten bestraft wissen und beantragte gegen die drei Sünder je 20 Mark Geldstrafe. Das Gericht kam aber zu einem freisprechenden Urteil. Es sei festgestellt, daß nur an Mitglieder Waren abgegeben wurden und bei dem gewaltigen Preisunterschied könne von einem Gewerbe keine Rede sein, sondern nur von einer Wohlfahrts-Einrichtung. Daher sind alle Angeklagten auf Kosten der Staatskasse freizusprechen.

Kattowitz, 20. Januar. Freisinnige Wahlvorbereitungen. In der Generalversammlung des Wahlvereins der fortschrittlichen Volkspartei für Kattowitz und Umgegend wurde beschlossen, sofort mit den Nationalliberalen (der sog. Hüttenpartei) zu verhandeln wegen Aufstellung eines gemeinsamen freisinnigen Reichstagskandidaten. Wenn die Verhandlungen unbefriedigend verlaufen, ist die Aufstellung eines eigenen Kandidaten in Aussicht genommen. — Dazu wird es ja nicht kommen.

Gleiwitz 20. Januar. Wahl zum Junkerparlament. Bei der gestrigen Landtagsersatzwahl anstelle des verstorbenen Landtagsabgeordneten Dr. Heisig (Zentrum) wurde mit allen 367 Stimmen Stadtpfarrer Peter (Zentrum)-Gleiwitz „gewählt". Gegenkandidaten waren nicht aufgestellt — Besser kann das famose Wahlrecht zum Dreiklassen-Parlamente nicht illustriert werden.

Gleiwitz, 19. Januar. Abgeblitzt. In Laband tagte im November v. J. eine Mitgliederversammlung der „Polnischen Berufsvereinigung", die aber, obgleich nur Mitglieder erschienen waren, vom Gendarmen Roßmann ohne Angabe von Gründen aufgelöst wurde. Der Vorsitzende Bilik erhob Beschwerde beim Kreisausschuß, wurde dort aber abgewiesen. Im Klagewege erzielte B. vor dem Bezirksausschuß in Oppeln ein obsiegendes Urteil. Das Verbot wurde aufgehoben, da die Versammlung eine nichtöffentliche war.

Zabrze, 20. Januar. Wieder einmal daneben gegriffen. Zum großen Erstaunen aller Prozeßbeteiligten stellte am Dienstag vor dem hiesigen Schöffengericht der Amtsanwalt als aktenkundig fest, daß es in Zabrze einen Kriminalbeamten gibt, der auf dem Gebiete der Vergehen für Handzettelverteilen und Plakateankleben „Spezialist" ist. Jedenfalls durch die Anzeigen dieses „Spezialisten" hatte sich Genosse Kunze-Zabrze wegen Aushängen von Plakaten in den Fenstern des Gewerkschaftslokals in drei Fällen zu verantworten. Da aber im Gewerkschaftslokal viele Menschen verkehren, so konnte nicht festgestellt werden, wer die Vergehen gegen das Preßgesetz von 1851 begangen hat. Der Amtsanwalt war der Meinung, daß, solange kein anderer da ist, dem die Tat nachgewiesen werden kann, Kunze als Verwalter des Lokals zu bestrafen sei. Er beantragte für jeden Fall 10 Mk., in Summa 30 Mk. oder 10 Tage Haft. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Lichtenstein, beschäftigte sich sehr eingehend mit der Tätigkeit der „Spezialisten". Sehr treffend kritisierte er dann die Art, auf Grund dieses veralteten Gesetzes gegen Sozialdemokraten Anklagen zu erheben, während gegen andere Parteien, die stündlich gegen diese Verordnung verstoßen, nichts unternommen wird. Kunze zu bestrafen, weil der oder die Täter nicht ermittelt werden können, sei einfach absurd und unzulässig. Das Gericht schloß sich dieser Ansicht an und erkannte auf Freisprechung auf Kosten der Staatskasse.

Die Steuerzahler müssen die Kosten zahlen. Wir werden mit großem Vergnügen auch die ferneren Freisprechungen registrieren.

Zabrze, 20. Januar. Das Geständnis des Mörders. Nachdem der Streckenarbeiter Kampa vor dem Untersuchungsrichter nochmals ins Kreuzverhör genommen wurde, legte er ein umfassendes Geständnis ab. Der jugendliche Mörder, er zählt erst 19 Lenze, hatte bekanntlich mit dem ebenfalls unverheirateten, auf so gräßliche Weise ermordeten Bialas in Sosnitza zusammen in einer Stube gewohnt und stammt aus Laband.

Neustadt OS., 20. Januar. Leichenfund. Am Dienstag wurde auf der Landstraße zwischen Zülz und Altzülz die Leiche einer Frauensperson aufgefunden. Allem Anschein nach ist die Verunglückte überfahren worden.

Morgenroth, 20. Januar. Kleine Ursachen — große Wirkungen. Die 31 Jahre alte Frau des Wagenmeisters Morgalla bekam im Gesicht eine Blatter, die sie aufkratzte. Bald darauf schwoll der ganze Kopf, so daß ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte. Drei Aerzte bemühten sich vergebens, um die Unglückliche am Leben zu erhalten. Sie hinterläßt fünf unerzogene Kinder, das jüngste ist etwa acht Tage alt.

Beuthen OS., 20. Januar. Schwurgericht. Wie geeignet die heutige Gesellschaft zur Jugenderziehung ist, bewies wieder recht drastisch eine Verhandlung gegen den 18 Jahre alten, aber schon öfters vorbestraften Grubenarbeiter Franz Kuchta aus Königshütte wegen Raubes. Am 26. März v. J. hatte er dem stark angetrunkenen Grubenarbeiter Albert Chmiel, der die Knappengasse lang wankte, eine Flasche Schnaps und 2 Mk. fortgenommen. Zwei erst jugendliche Komplizen hatten ihm dabei geholfen. Die Geschworenen sprachen ihn im Sinne der Anklage unter Versagung mildernder Umstände schuldig. Das Gericht verhängte eine Zuchthausstrafe von 5 Jahren. Der mitangeklagte Tiel erhielt wegen Beihilfe 1 Jahr Gefängnis. Die Gebrüder Beck wurden freigesprochen.

Friedland OS., 20. Januar. Unterschlagungen bei der städtischen Sparkasse. Kämmerer Janetzky hat sich der Unterschlagung von Sparkassengeldern der städtischen Sparkasse schuldig gemacht und sollte gestern vor dem hiesigen Amtsgericht dieserhalb vernommen werden. Er zog es aber vor, zu dem Termine nicht zu erscheinen, sondern fuhr nach Neisse, um sich der Staatsanwaltschaft daselbst freiwillig zu stellen. So viel bekannt ist, sind bis jetzt Fehlbeträge in Höhe von 15 000 Mark zu verzeichnen, die sich auf eine zurückliegende Zeit von zehn und mehr Jahren verteilen. Er bezog bis vor einigen Jahren ein Diensteinkommen von nur 1500 Mark jährlich, das schließlich auf 1800 Mark erhöht wurde. Davon hatte er noch die Wohnung zu bestreiten. Janetzky hatte sein Amt 24½ Jahre inne.

So gering besoldet man einen verantwortungsvollen Posten nicht. Und deshalb sind diejenigen, die den Kämmerer angestellt und nichts für eine Aufbesserung seines Gehaltes getan haben, von einer Mitschuld durchaus nicht freizusprechen.

Oppeln, 20. Januar. Körperverletzung mit Todeserfolg infolge eines Steinwurfes wurde dem fünfzehnjährigen Steinbrucharbeiter Wilhelm Z. aus Malnie [illegible] zur Last gelegt. Er hatte einen Mitarbeiter im Verlaufe eines Streites mit einem Stein geworfen. Einige Tage darauf trat der Tod des Getroffenen ein. Da nach dem Gutachten des ärztlichen Sachverständigen der Tod jedoch auf den Steinwurf nicht zurückzuführen ist, so wurde der Angeklagte dieserhalb freigesprochen. Dagegen erhielt er wegen Werfens mit Steinen auf Menschen 14 Tage Gefängnis; dem Angezeigten wurde bedingte Begnadigung in Aussicht gestellt.

Bismarckhütte, 20. Januar. Abgestürzt. Von einem 17 Meter hohen Gerüste sind zwei Hüttenarbeiter [illegible]. Sie wurden mit schweren Verletzungen in das Knappschaftslazarett gebracht, wo sie hoffnungslos [illegible].

2. Beilage zu Nr. 18 der „Volkswacht“.

Sonnabend, den 21. Januar 1911.

Deutscher Reichstag.

111. Sitzung. Donnerstag, den 19. Januar, 1 Uhr Nachmittags.

Am Bundesratstisch: Wermuth.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des

Reichswertzuwachssteuergesetzes.

Abg. Graf Westarp (kons.) befürwortet einen Antrag zum § 10a, Aufwendungen für Bauten und Verbesserungen auch dann dem Erwerbspreis zuzurechnen, wenn sie der laufenden Unterhaltung dienen. Der Antrag solle keineswegs bloß den Landwirten zugute kommen.

Abg. Dr. Weber (natlib.) äußert Bedenken gegen den Antrag.

Abg. Dr. Potthoff (Fortschr. Volksp.): Die berechtigten Abzüge für Meliorationen sind bereits im § 10 Ziffer 3 gestattet. Der Antrag muß daher abgelehnt werden.

Direktor im Reichsschatzamt Kühn ist ebenfalls der Meinung, daß Ziffer 3 zu § 10 genüge, worauf

Abg. Graf Westarp seinen Antrag zurückzieht.

Nach § 10b sollen Enteignungsentschädigungen und Entschädigungen für Bergschäden von dem Erwerbspreis abgezogen werden.

Abg. Herold (Zentr.) beantragt namens seiner Fraktion, den § 10b zu streichen. Es liege dafür kein Grund vor.

§ 10b wird angenommen.

§ 10c bestimmt, daß dem Erwerbspreis von dem Betrag bis zu 100 Mk. pro Ar (bei Weinbergen bis zu 200 Mk.) für jedes Jahr 2½ Prozent zuzurechnen sind.

Abg. Trimborn (Zentr.) befürwortet, statt 200 Mk. 300 Mk. pro Ar zu setzen.

Abg. Cuno (Vp.) beantragt, den zuzurechnenden Zinsfuß auf 4 Prozent zu erhöhen. Nachdem die Rechte den landwirtschaftlichen Grundbesitz so sehr bevorzugt hat, sehen wir nicht ein, warum wir den städtischen Grundbesitz so sehr belasten sollen. Jetzt wollen wir das Gesetz schon lieber so gestalten, daß überhaupt nichts übrig bleibt.

Abg. Graf Westarp (kons.) bestreitet den agrarischen Charakter des Gesetzes.

Abg. Dr. Potthoff (fort. Vp.): Die Regierungsvorlage enthielt einen bodenreformerischen Gedanken, der aber jetzt fast ganz verschwunden ist und immer mehr verschwindet, je weiter diese sogenannte Plenarberatung, die eigentlich eine vierte Kommissionsberatung ist, fortschreitet. Ich werde gegen den ganzen § 10c stimmen.

Direktor im Reichsschatzamt Kühn: Durch die Kommission ist das Gesetz bereits so gestaltet, daß in einer ganzen Reihe von Orten, welche eine Wertzuwachssteuer haben, die Steuerzahler durch Einführung des Gesetzes erheblich entlastet werden. Bei der Beratung hier im Plenum wird das Bestreben der Entlastung noch fortgesetzt. Danach liegt die Gefahr vor, daß das Gesetz für die Verbündeten Regierungen ertraglos und also wertlos wird.

Reichsschatzsekretär Wermuth: Ich möchte diese Ausführungen unterstreichen und dringend davor warnen, über die Kommissionsbeschlüsse noch hinauszugehen.

Abg. Raab (wirt. Vgg.) schließt sich dieser Bitte an; am besten wäre es, den ganzen § 10c zu streichen.

Abg. Dierksen (Rpt.): Nach den Ausführungen des Staatssekretärs würden wir, um das Gesetz nicht scheitern zu lassen, für die Kommissionsbeschlüsse stimmen.

Die Diskussion schließt, die Abschwächungsanträge Cuno und Trimborn werden angenommen und dann der so umgestaltete § 10c.

§ 11 Abs. 1 besagt, wenn der Erwerb des Grundstückes auf einem steuerfreien Rechtsvorgang beruht, so ist für die Bemessung des Wertzuwachses von dem Preise zur Zeit des letzten steuerpflichtigen Rechtsvorganges auszugehen.

Abs. 2 verleiht dem Gesetze rückwirkende Kraft bis zum 12. April 1910. Liegt der letzte steuerpflichtige Rechtsvorgang mehr als 40 Jahre vor Eintritt der Steuerpflicht, so soll als Erwerbspreis der Wert gelten, den das Grundstück 40 Jahre vor Eintritt in die Steuerpflicht hatte. Liegt der letzte steuerpflichtige Rechtsvorgang vor dem 5. Januar 1885, so soll als Erwerbspreis der Wert gelten, den das Grundstück vor dem 1. Januar 1885 hatte.

Abg. Dr. Arendt (Rp.): Der erste Absatz ist mit Recht eine indirekte Erbschaftssteuer genannt worden. Trotzdem macht er für mich das Gesetz noch nicht annehmbar. Ganz unannehmbar aber für mich ist es durch die rückwirkende Kraft und die Rückbeziehung auf den Wert vor 40 Jahren, resp. das Jahr 1885.

Abg. Graf Westarp (kons.) und Cuno (Vp.) erklären die Bedenken des Abg. Arendt für übertrieben.

Die Bestimmungen über die rückwirkende Kraft und die Rückbeziehung auf den 1. Januar 1885 werden zurückgestellt, Abs. 1 und 3 des § 11 werden angenommen.

§ 12 ist von der Kommission gestrichen. Nach der Regierungsvorlage berechtigte er die Gemeinden, mit Genehmigung der Landesregierung zu bestimmen, daß bei Berechnung des Wertzuwachses Erwerbsvorgänge berücksichtigt werden, die vor dem im § 11 bezeichneten Zeitpunkt liegen.

Ein Antrag Albrecht (Soz.) will die Regierungsvorlage wieder herstellen.

Abg. Brühne (Soz.) begründet den Antrag. Man hat uns mehrmals zugerufen, wir seien die reine Regierungspartei. (Hth.) Unsere Stellung beweist aber nur, daß wir das Gute und sogar das relativ Gute auch von einer Regierung entgegennehmen, die wir sonst auf das schärfste bekämpfen. Unser Antrag ist gestellt worden namentlich im Interesse der rheinisch-westfälischen Gemeinden, die unter der Steuerlast geradezu zusammenbrechen. Sind doch Zuschläge von 35 Prozent dort keine Seltenheit! Andererseits ist gerade dort der allergrößte Wertzuwachs zu verzeichnen. Ich weiß, daß auch in Süddeutschland starke Stimmung für die Annahme unseres Antrages vorhanden ist. So hat sich z. B. der Bayerische Städtetag im gleichen Sinne ausgesprochen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Wir bitten dringend im Interesse der Gemeinden, unseren Antrag anzunehmen.

Abg. Dr. Weber (natl.), Dr. Neumann-Hofer (Vpt.) und Dr. Arendt (Rp.) wenden sich gegen den Antrag, der in der Praxis zu großen [illegible] führen würde.

Abg. Brühne (Soz.) weist die Einwände zurück und tritt erneut für den Antrag ein.

Der Antrag Albrecht wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Es bleibt also bei der Streichung des § 12.

§ 13 wird debattelos in der Kommissionsfassung angenommen.

§ 14 lautet in seinem letzten Absatz nach der Kommissionsfassung: Werden Teile eines [illegible]

Die Abgg. Cuno u. Gen. (Vp.) beantragen, [illegible]

Die Abgg. Albrecht u. Gen. (Soz.) beantragen, den Absatz zu streichen.

Ein Regierungsvertreter spricht sich für die [illegible]

[illegible]

graphen durch die Kommission ist aber ganz ersichtlich im Interesse der Großspekulanten und der großen Terrainbesitzer beschlossen worden. Ich freue mich, daß auch einmal ein Regierungsvertreter offen für unseren Antrag eingetreten ist. Es liegt wirklich kein Grund vor, der Steuerscheu des Großbesitzes aller Schattierungen entgegenzukommen. (Lebh. Zust. b. d. Soz.)

Abg. Neumann-Hofer (Vp.): Es kommt bei dem Gesetze doch nicht allein darauf an, die Interessen der kleinen Leute zu wahren, sondern auch auf die Gerechtigkeit, und zwar auch auf die Gerechtigkeit gegenüber den „Großen“. (Sehr richtig! rechts.) Wir bitten um Annahme unseres Antrages, wenn wir auch nicht gerade entscheidenden Wert darauf legen. (Beifall bei der Volksp.)

Abg. Graf Westarp (kons.) protestiert in erregtem Tone gegen die Angriffe des Abg. Zieche (Zuruf: Zietsch), die derselbe gegen die Kommission gerichtet hätte.

Der Antrag Cuno wird (da die erste Abstimmung zweifelhaft ist, durch Hammelsprung) mit 126 gegen 118 Stimmen angenommen. Darauf wird der so geänderte Abschnitt 3 mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten beibehalten.

§ 15 zählt die vom Veräußerungspreis zulässigen Abzüge auf.

Die Abgg. Cuno u. Gen. (Vpt.) beantragen die Zulassung noch weiterer Abzüge (z. B. Propaganda- und Reklamekosten).

Abg. Vogel (natl.) beantragt ebenfalls weitere Abzüge im Interesse der Bergwerksbesitzer.

Staatssekretär Wermuth bittet um Ablehnung der Anträge. Man führe da ein wahres Labyrinth von Abzügen und Berechnungen auf.

Abg Binder (Soz.): Zuerst suchten die Bergwerksinteressenten die Einbeziehung der Bergwerke überhaupt zu hintertreiben unter der Vorspiegelung, daß beim Bergwesen es überhaupt keinen unverdienten Wertzuwachs gebe. (Heiterkeit b. d. Sozialdemokraten.) Nachdem ihnen das nicht gelungen ist, suchen die Herren auf dem Umwege von Durchlöcherungsanträgen ihr Ziel zu erreichen. Wir bitten dringend um Ablehnung dieser Anträge. (Beifall b. d. Sozialdemokraten.)

Abg. Raab (wirt. Vgg.): Der scheußlichste von allen Abschwächungsanträgen ist wohl der auf Einberechnung der Propaganda- und Reklamekosten. (Heiterkeit und Zustimmung.) Auch der mindest begabte Kapitalist kann sich nach Annahme dieses Antrags von der Steuer drücken. (Heiterkeit und Beifall rechts.)

Abg. Cuno (Vp.) polemisiert gegen den Vorredner. Abzug der Propagandakosten sei durchaus berechtigt.

Die Nationalliberalen und fortschrittlichen Abschwächungsanträge werden teils abgelehnt, teils zurückgezogen und § 15 im wesentlichen in der Kommissionsfassung angenommen.

Die §§ 16—19 werden debattelos in der Kommissionsfassung angenommen.

§ 20 enthält die Steuerskala.

Abg. Marx (Zentr.) beantragt Herabsetzung der Sätze für den vor dem Jahre 1900 seit Jahrzehnten in festen Händen befindlichen Besitz.

Abg. Dr. Südekum (Soz.): Ich bin dem Herrn Vorredner dafür dankbar, daß er in so offener Weise den Klassencharakter des Gesetzes enthüllt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Also diejenigen Kreise des Volkes, die schon lange im Besitz sind, sollen erneut

vor den Besitzlosen privilegiert

werden. Das paßt allerdings vortrefflich hinein in den Gedankengang der im Zentrum maßgebenden Kreise. Aber es fragt sich doch noch, ob die katholischen Arbeitermassen des Zentrums mit dieser neuen agrarischen Privilegierung einverstanden sein werden. Wir bitten dringend um Ablehnung dieses Abschwächungs- und Verschlechterungsantrags. (Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Dr. Weber (natl.) meint, es läge ein durchaus berechtigter Gedanke in dem Antrag Marx. Daß die Sozialdemokratie ihn ausschlachten würde, sei natürlich zu erwarten gewesen. Die Sozialdemokratie habe keinen Sinn für die Interessen einer bodenständigen Arbeiterschaft. (Bravo! bei den Nationalliberalen, rechts und im Zentrum.)

Staatssekretär Wermuth bittet um Ablehnung des Antrages. Seine Annahme müßte die finanziellen Erträgnisse der Steuer noch weiter herabdrücken.

Abg. Dr. Arendt (Rpt.): Der Antrag des Zentrums ist gut gemeint, er will den Uebergang erleichtern, ich glaube aber, er ist nicht zweckmäßig gefaßt.

Abg. Marx (Zentr.) wendet sich gegen die Bedenken des Abgeordneten Arendt und bestreitet gegenüber dem Abg. Südekum, daß es sich um ein Klassengesetz handle. Die Versuche der Sozialdemokratie, die katholische Arbeiterschaft dem Zentrum abspenstig zu machen, seien zur Erfolglosigkeit verurteilt. (Beifall im Zentrum, Lachen bei den Soz.)

Abg. Dr. Südekum (Soz.): Mit Recht hat der Staatssekretär darauf hingewiesen, daß die Annahme des Antrages Marx den ganzen Zweck des Gesetzes vereiteln würde. Herr Weber hat behauptet, daß von der Annahme des Antrages Marx auch weite Kreise der Arbeiterschaft Vorteile hätten. Nun, solche Arbeiter lege er mal auf den Tisch des Hauses nieder (Große Heiterkeit.), die von dieser Privilegierung des festen Grundbesitzes Vorteil haben würden. Aber auch wenn einzelne Arbeiter Vorteil davon haben sollten, so würde das unsere Stellung gegenüber diesen Anträgen nicht ändern. Es handelt sich hier doch, wie wir immer wieder hervorheben müssen, um keine Vermögenssteuer, sondern um eine Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Privatbesitz von Grund und Boden hat geradezu einen Monopolcharakter angenommen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Die Besitzer von Grund und Boden haben sich die übrigen Volksgenossen

geradezu [illegible]

gemacht. Darum eben ist die Wertzuwachssteuer eine unbedingte politische wie soziale Notwendigkeit, an deren Einführung die Nichtbesitzenden in hohem Maße interessiert sind. Ich bitte nochmals um die Ablehnung der Abschwächungsanträge. Im übrigen gebe ich die Hoffnung nicht auf, daß die Spekulation des Zentrums auf die Einsichtslosigkeit der katholischen Arbeiter eines Tages doch noch fehlschlagen wird. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Inzwischen ist ein Antrag Weber (natlib.) eingegangen, welcher die im Antrag Marx vorgeschlagene Schonung des lange in derselben Hand befindlichen Grundbesitzes etwas abschwächt.

Abg. Cuno (Fortschr. Vp.) bekämpft den Antrag Marx.

Der Antrag Marx wird abgelehnt; der Antrag Weber und mit ihm § 20 angenommen.

Dann wird Abs. 4 des § 11 (Rückbeziehung auf den 1. Januar 1885) nach Zurückziehung des dazu gestellten Antrages angenommen, desgleichen § 21.

§ 22 befreit von der Steuerpflicht das Reich, die Bundesstaaten und Gemeinden sowie gemeinnützigen Vereinigungen, die sich mit innerer Kolonisation, Arbeiteransiedelung, Grundbesitzbildung, Wohnungen für die minder bemittelten Klassen befassen.

Abg. Korfanty (Pole) begründet einen Antrag, die Steuerfreiheit der Bundesstaaten zu streichen und sie den gemeinnützigen Vereinen nur zu gewähren, wenn sie bei ihrer Tätigkeit keine Rücksicht auf die Abstammung nehmen, denen sie zugute kommen sollen. Nur dann werde man verhindern, daß das Gesetz zu einem Ausnahmegesetz gegen die Polen werde. [illegible] (Lebhaftes Sehr gut! b. d. Polen u. d. Soz.)

Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr.

Schluß [illegible] Uhr.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

7. Sitzung. Donnerstag, den 19. Januar, Nachmittags 1 Uhr.

Am Ministertische: v. Dallwitz.

Auf der Tagesordnung steht die

Interpellation betr. Uebergriffe von Landräten

und anderen Regierungsbeamten im einseitigen Parteiinteresse.

Abg. Lippmann (freis. Vp.): Im Volke ist die Ansicht allgemein, daß wir in Preußen unter der Herrschaft einer konservativ-agrarischen Minorität stehen. (Sehr wahr! links.) Das zeigt sich vor allem bei dem Wahlrecht zum Landtag, bei der Zusammensetzung der Kreisvertretungen und bei der Auswahl der Landräte und anderer Regierungsbeamten. Der Herr Minister hat uns nun eine Aufstellung vorgelegt, wonach die Landräte nicht ausschließlich aus konservativ-agrarischen Kreisen, sondern auch aus Beamten- und anderen Kreisen stammen sollen. Diese Aufstellung kann uns aber nicht befriedigen. Ich will nicht fragen wie Herr Porsch, wie viel Katholiken dabei sind, auch nicht etwa wie viel Juden? (Sehr gut! links.) Tatsache bleibt, daß von 481 Landräten **268** adlig sind. Von den andern hat Herr Wiemer gesagt, sie sind gelernte Adlige und die sind vielleicht noch schlimmer. (Sehr wahr! links.) Aber bei den Landräten ist es ausgeschlossen, daß wie in der Justiz Söhne kleiner Handwerker und Bauern, Söhne von jüdischen Bankiers in die höheren Stellen einrücken. (Sehr gut! links.) Wenn die Regierung es ernst meint mit ihrer Beteuerung, daß die Landräte über den Parteien stehen sollen, möge sie es machen, wie die Justiz und die Landräte nicht nur aus den Kreisen des Adels nehmen und denen, die gern geadelt werden wollen. (Lachen rechts.) Ich behaupte nicht, daß alle Landräte einseitig vorgehen, aber wir haben doch eine große Zahl solcher Uebergriffe zu verzeichnen. Ich erinnere zunächst an den

Fall des Landrats Schröder

in Witgenstein. Einen jüdischen Lehrer beschied er zu sich, weil er ihn nicht richtig gegrüßt habe, von einem Milchhändler verlangte er, daß er ihm zuerst die Milch liefert, und als er das ablehnte, entzog er ihm die Milchlieferung für das Kreiskrankenhaus; seine Untergebenen behandelte er so, daß verschiedene Selbstmordgedanken äußerten usw. Das alles ist im Sommer gerichtlich festgestellt, aber ein Disziplinarverfahren gegen den Landrat Schröder ist bisher nicht eingeleitet. (Hört, hört! links). Einem untergebenen Beamten, der sich infolge der Behandlung seitens des Landrats hatte pensionieren lassen, versagte der Landrat Schröder die Erlaubnis darüber, vor Gericht auszusagen. (Hört, hört! links). Dabei ist nach dem Gesetz die Versagung einer solchen Genehmigung nur statthaft, wenn das Wohl des Staates Preußen gefährdet ist.

Das Wohl des Staates Preußen kann aber nicht durch eine solche Aussage gefährdet werden, sondern vielmehr dadurch, daß

ein Abgrund klaffe zwischen Bürgerschaft und Bureaukratie.

(Sehr wahr! links.) Der Landrat in Bolkenhain in Schlesien hat einen königstreuen Gastwirt nicht als Schöffen bestätigt, weil er Sozialdemokraten in seinem Lokal duldete. (Hört, hört! links.) Noch schlimmer wird es in Ostpreußen. Dort müssen wir uns über einseitige Wahlbeeinflussungen von seiten der Landräte beklagen. Trotz der Anweisung des früheren Ministers des Innern v. Moltke, daß die Wählerlisten jedermann zur Einsicht stehen müßten, wurde von den Landräten in Labiau-Wehlau dies Liberalen wiederholt verweigert. Und der Landrat v. Hippel in Labiau ließ sich auch nach dem Eingreifen des Regierungspräsidenten nicht dazu herbei, dem Gesetz entsprechend zu handeln. (Hört, hört! links.) Saalverweigerungen an Liberale waren an der Tagesordnung. Gemeindevorsteher wurden von dem Landrat v. Hippel zum Verteilen konservativer Flugblätter veranlaßt; das Kreisautomobil wurde dem konservativen Kandidaten zur Verfügung gestellt usw. Der Landrat von Wehlau hat das Hereinwerfen des sogenannten „Dunklen Punktes“ im Vorleben des Bürgermeisters Wagner in den Wahlkampf geduldet, obwohl er wußte, daß Bürgermeister Wagner in dem betreffenden Fall vollkommen korrekt gehandelt hatte. (Hört, hört! links. Zuruf bei den Soz.: Sehr vornehm!) Unerhört war auch der Ueberrumpelungsversuch bei Ansetzung des Stichwahltermins. Nach seiner Wahl als Vertreter der Liberalen in dem Reichstag wurde dem Bürgermeister Wagner die Verwaltung des Kreisarmenhauses mit Dienstwohnung auf Beschluß des Kreisausschusses entzogen. (Zurufe links: Unerhört! Abg. Leinert (Soz.): Es ist eine Frechheit!) Sie hören die Stimme des Volkes. (Heiterkeit rechts.) Aehnliche Uebergriffe haben sich die Landräte in Rastenburg und Darkehmen erlaubt. Was den

Fall Becker

anlangt, so will ich, da das Verfahren noch schwebt, von der Schuldfrage im juristischen Sinne nicht sprechen. Die Höhe der Strafe hat nicht nur Herr Wiemer kritisiert, sondern auch Dr. Friedberg und Herr v. Zedlitz. An absichtliche Voreingenommenheit der Richter denkt niemand von uns, aber für das Volksempfinden ist die Strafe viel zu hoch zum Beispiel im Verhältnis zu der Bestrafung von Soldatenschindern. Die Verhandlung gegen Becker hat im übrigen klar ergeben, daß der Landrat des Kreises Grimmen in einseitig agrar-konservativer Weise vorgegangen ist. Diesen Uebergriffen gegenüber hat Herr Becker ein Rechtsgefühl gezeigt, das wir achten und ehren müssen. (Bravo! links.) Redner geht ausführlich auf den Beckerprozeß ein. In einem langen geheimen Bericht an den Regierungspräsidenten von 1905 legt der Landrat dar, man könne Becker eventuell wieder Gutsvorsteher werden lassen, denn er halte sich in letzter Zeit von der liberalen Agitation scheinbar fern und könne vielleicht für die Konservativen gewonnen werden. (Hört, hört! links.) Das heißt doch einseitige politische Propaganda treiben. (Sehr wahr! links.) Selbst zugegeben hat der Landrat, das liberale Greifswalder Tageblatt als

Schweineblatt

bezeichnet zu haben und einem Oekonomierat abgeraten zu haben, Pferde von Becker zu kaufen. (Hört, hört! rechts.) Auch in diesem Prozeß stand die Regierung auf dem Standpunkt: Nur nichts herauslassen. Das ist der Standpunkt der gemeinsamen Interessen des Beamtenkörpers. Den Beweis dafür, daß der Landrat tatsächlich einseitig gegen die Liberalen Propaganda getrieben habe, hat der Minister der Verteidigung dadurch abgeschnitten, daß er die Herausgabe der Akten verweigerte. (Hört, hört! links.) Ein Lehrer wurde verpflichtet, eine Erklärung zu unterschreiben, daß er nicht mehr politisch tätig sein werde, sonst würde er vom Amte suspendiert werden. (Hört, hört! links.) Das ist unzulässig, verstößt gegen die Verfassung und fordert schärfsten Widerspruch heraus. (Sehr wahr! links.) Ueber den liberalen Wahlverein sind Geheimakten geführt worden und über ihn geheime Berichte an die Regierung gesandt worden. Der Minister sagt nämlich, Beamte könnten allen Parteien angehören, nur nicht der Sozialdemokratie. Warum denn nicht? Und übrigens scheint man die Grenze zwischen Sozialdemokratie und Freisinn allmählich verwischen zu wollen. Wollen Sie auch die Liberalen außerhalb der Verfassung stellen, die [illegible] sind, die sich als Staatsbürger fühlen. (Zuruf bei den Soz.: Als Staatsbürger fühlen wir uns auch!) Wir verbitten uns solche Geheimlisten über liberale